



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG  
Botschaft in Deutschland

## MONATLICHER PRESSESPIEGEL

Inhalt:

- ▶ Politik
- ▶ Wirtschaft
- ▶ Finanzen
- ▶ Transport und Logistik
- ▶ Tourismus und Gastronomie
- ▶ Verschiedenes

MÄRZ 2019

Botschaft von Luxemburg  
Klingelhöferstraße 7  
D-10785 Berlin

Tel. +49 30 263 95 70  
Fax +49 30 263 95 27

[berlin.amb@mae.etat.lu](mailto:berlin.amb@mae.etat.lu)  
[berlin.mae.lu](http://berlin.mae.lu)



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG  
Botschaft in Deutschland

POLITIK

WO STEHEN WIR?

# Labor Europas

## Über die Bedeutung der Benelux-Union

Benelux ist mehr als bloß eine gängige Bezeichnung für die drei historisch sehr eng verbundenen Länder im Herzen Europas. Es ist eine Institution mit langer Geschichte. Der Zweite Weltkrieg war noch nicht vorbei, die Regierungen noch im Exil, in das sie vor den Nazis fliehen mussten und schon wurde in London über eine vertiefte Zusammenarbeit diskutiert. Aus den Gesprächen ergab sich bereits 1944 eine Zollunion, die 1958 durch eine Wirtschaftsunion vervollständigt wurde. Im Benelux-Vertrag, der 1960 in Kraft trat, wurde bereits der freie Verkehr von Bürgern, Waren, Kapital und Dienstleistungen festgelegt. Er stand Pate für die spätere EU, die auf diesen Freiheiten beruht, die manche Mitgliedsländer, und ausgerechnet solche, die sehr stark davon profitieren, aus wahltaktischen Gründen nun klein machen oder am liebsten ganz weg haben wollen. Aber das ist eine andere Geschichte.

Wäre der Schengen-Vertrag 1985 zur Abschaffung der Grenzkontrollen an den EU-Binnengrenzen zustande gekommen, ohne dass das Benelux-Modell der offenen Grenzen sich bewährt hatte? Und ohne dass die Partnerstaaten geschlossen für das Verschwinden der Schlagbäume eintraten?

Modellcharakter haben auch Verträge zwischen den Beneluxländern was die Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden anbelangt oder die gegenseitige Anerkennung von Ausbildungen. Natürlich ist noch Potenzial da, die Kooperation weiter zu vertiefen, etwa in den Bereichen Nachhaltigkeit und Klimaschutz, in denen man durch konkrete Projekte in einer Allianz der kurzen Wege wiederum Ressourcen und Kompetenzen bündeln kann, um wegweisend zu sein.

Viele ihrer Bürger mögen nicht viel über die auch wegen dürftiger finanzieller Mittel diskreten Benelux-Institutionen wissen. Aber wenn sie etwas nachbohren in der Geschichte der Freiheiten, die sie genießen - und

die so selbstverständlich nicht sind - werden sie unweigerlich auf die gemeinsamen Bemühungen der Politik aus den drei Ländern stoßen.

Bleibt zu erwähnen, dass das Benelux-Modell längst Nachahmer gefunden hat. Als 1991 die Sowjetunion zusammenbrach und die ehemaligen sozialistischen Republiken Estland, Lettland und Litauen endlich ihre eigenen Wege gehen konnten, inspirierten sie sich stark an der Benelux-Union um ihre sich gleichenden Probleme gemeinsam zu lösen. Mit der Baltischen Versammlung genauso wie mit dem Nordischen Rat der skandinavischen Länder unterhält Benelux weiterhin enge Verbindungen. Aber werden mit der Vertiefung der europäischen Integration solche Institutionen nicht überflüssig, wird oft gefragt? Erstens: die genannte Vertiefung stockt derzeit mächtig. Zweitens: man hat immer noch schneller Lösungen unter einem paar Länder gefunden als unter 28 - oder leider bald 27.

Übrigens ist der Erhalt von Benelux sogar im Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (oder Lissabon-Vertrag) in Artikel 350 festgehalten, der besagt: „Die Verträge stehen dem Bestehen und der Durchführung der regionalen Zusammenschlüsse zwischen Belgien und Luxemburg sowie zwischen Belgien, Luxemburg und den Niederlanden nicht entgegen, soweit die Ziele dieser Zusammenschlüsse durch Anwendung der Verträge nicht erreicht sind.“ Sind sie noch lange nicht. Luxemburg hat nun während seiner doppelten Benelux-Präsidentschaft - Ministerrat und interparlamentarische Versammlung - die Chance, die Union der drei Länder diesen Zielen ein wenig näher zu bringen. Und mit ihr die EU als solche, die am besten bei den Bürgern ankommt, wenn sie mit konkreten Projekten ihren Alltag vereinfacht und verbessert. Wie das geht, zeigt die Benelux-Union seit mehr als 60 Jahren.

CLAUDE KARGER

**DREI LANGJÄHRIGE PARTNER**

---

 **NIEDERLANDE**

**Fläche** 41.530 km<sup>2</sup>  
**Bevölkerung** 17, 1 Millionen Einwohner  
**Größte Städte** Amsterdam (854.047 Einwohner), Rotterdam (638.712) und Den Haag (532.561)  
**Wirtschaftswachstum** 2,5 Prozent (2018), 1,7 Prozent (2019), 1,7 Prozent (2020)  
**Staatsverschuldung** 53,51 Prozent des BIP  
**Arbeitslosenquote** 4,9 Prozent

 **BELGIEN**

**Fläche** 30.688 km<sup>2</sup>  
**Bevölkerung** 11,4 Millionen Einwohner  
**Größte Städte** Brüssel (1,2 Millionen Einwohner in der Agglomeration), Antwerpen (523.248) und Gent (260.341)  
**Wirtschaftswachstum** 1,4 Prozent (2018), 1,3 Prozent (2019), 1,2 Prozent (2020)  
**Staatsverschuldung** 101 Prozent des BIP  
**Arbeitslosenquote** 7 Prozent

 **LUXEMBURG**

**Fläche** 2.586,4 km<sup>2</sup>  
**Bevölkerung** 604.000 Einwohner  
**Größte Städte** Luxemburg (116.000), Esch-Alzette (35.000) Differdingen (26.200)  
**Wirtschaftswachstum** 3 Prozent (2018), 2,5 Prozent (2019), 2,6 Prozent (2020)  
**Staatsverschuldung** 21,4 Prozent des BIP  
**Arbeitslosenquote** 5,5 Prozent

---

Kernzahlen zu den drei Benelux-Staaten Quellen: IMF, EU-Kommission, Statec

Benelux

# Keimzelle eines Traums

## Die Benelux-Union zeigt, dass gute Zusammenarbeit sich auszahlt

LUXEMBURG

SVEN WOHL

**E**s herrschte noch Krieg, als am 5. September 1944 in London der Zollvertrag der Benelux-Union unterschrieben wurde. In Kraft trat dieses Abkommen erst im Jahr 1948, doch es war ein eindeutiges Zeichen für das vom Krieg gezeichnete Europa. Denn das Konzept der Benelux, Kräfte zu bündeln, sollte sehr zum Vorteil der teilnehmenden Nationen sein. Gleichzeitig diente die Union als eine Blaupause für Europa.

### Mehrere kleine Schritte, ein großer Sprung

Wie jede gute Idee brauchte jedoch auch diese ein wenig Vorarbeit. Die wirtschaftliche Union zwischen dem Großherzogtum Luxemburg und Belgien sollte genau dies sein. Sie wurde 1921 beschlossen. 1943 folgte ein Übereinkommen über die Wechselraten zwischen den zukünftigen beiden Währungen der angedachten Benelux.

1953 und 1954 folgten weitere Schritte, welche ein Zusammenwachsen erleichterten. Eine gemeinsame Import- und Exportpolitik wurde angestrebt, Geldflüsse konnten sich frei zwischen den drei Ländern bewegen.

Es war jedoch die Unterschrift des Abkommens vom 3. Februar 1958, welches den wohl größten Schritt der Union darstellte. Mit diesem Schritt wurde die Wirtschaftsunion der drei Länder Realität. Ab 1960 wird dieser umgesetzt und beinhaltet zahlreiche Maßnahmen, um ein wirtschaftliches wie auch politisches Zusammenwachsen der drei Nationen voranzutreiben. „Im Gemeinsamen Markt werden die Benelux-Länder als Einheit einen stärkeren Einfluss ausüben können, dadurch würden die Interessen der kleinen Länder gegenüber den größeren Partnern wirksamer zur Geltung kommen“, konnte man im „Journal“ am 4. Februar 1958 lesen. Wem diese Argumentation merkwürdig vertraut vorkommt, der erkennt einen der Hintergrundgedanken der Union. „Es sei der Stolz der drei Benelux-Länder den Weg zur wirtschaftlichen Einheit Europas geöffnet zu haben, die dem europäischen Kontinent dem ihm zustehenden Platz in der Welt wiedergeben wird“, liest man hier weiter. Der Traum einer europäischen Union nahm also in einem kleineren Format in den Benelux Ländern Form an.

### Politisches Gegengewicht

In der entstehenden Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft findet die Idee viel Beachtung. Die „New York Times“ schrieb in ihrer Ausgabe vom 2. November 1960: „(...) Die Benelux demonstrierte den anderen Staaten, was erreicht werden kann und stellt gleichzeitig ein ausgleichendes Gewicht in der Gruppe von sechs Nationen dar.“ Die anderen drei Nationen der EWG waren zu der Zeit Frankreich, Italien und West-Deutschland. Immer wieder findet sich in der internationalen Presse eine gewisse Bewunderung für die Union wieder. Nur zu gerne wird der belgische Außenminister Pierre Wigny zitiert: Er verkündete Radiozuhörern, die Benelux seien die viertgrößte Wirtschaftsmacht der Welt am internationalen Handelsvolumen gemessen. Davor befinden sich, laut New York Times, nur die USA, Großbritannien und Westdeutschland.

Der Vertrag von 1958 war auf insgesamt 50 Jahre ausgelegt. Mit der Entstehung der EU und dessen zunehmende Bedeutung wollte man die Idee der Benelux jedoch nicht aufgeben. Stattdessen kam es 2008 zur Unterzeichnung eines neuen Vertrags. Die Zusammenarbeit mit anderen regionalen Zusammenschlüssen stand hierbei im Mittelpunkt. Weiter sind es der Binnenmarkt, die Wirtschaft und die Sicherheit, welche die Kernaspekte der Benelux-Union darstellen. ●

### DIE ZIELSETZUNGEN

„Gemeinsame Interessen verteidigen und das Wohlbefinden der Bevölkerungen fördern“

Am 17. Juni 2008 wurde in Den Haag der Vertrag zur Reform des Vertrags der Benelux-Wirtschaftsunion unterzeichnet. Die Prinzipien und Zielsetzungen der Union werden darin wie folgt beschrieben:

„Article 1er: Les Hautes Parties Contractantes instituent une Union Benelux afin de défendre leurs intérêts communs et de promouvoir le bien-être de leurs populations.

Article 2: 1. L'Union Benelux a pour but l'approfondissement et l'élargissement de la

coopération entre les Hautes Parties Contractantes afin que celle-ci puisse poursuivre son rôle de précurseur au sein de l'Union européenne et renforcer et améliorer la coopération transfrontalière à tous les niveaux.

2. L'Union Benelux vise en particulier:

a) au maintien et au développement d'une union économique comportant la libre circulation des personnes, des biens, des capitaux et des services, et portant sur une politique économique, financière et sociale concertée, y

compris la poursuite d'une politique commune dans les relations économiques avec les pays tiers;

b) au développement durable conciliant croissance économique équilibrée, protection sociale et protection de l'environnement;

c) à la coopération dans les domaines de la justice et des affaires intérieures.

Article 3: 1. Afin de réaliser les objectifs énoncés à l'article 2, l'Union Benelux établit périodiquement un programme de travail commun pluriannuel définissant les priorités de la coopération.

2. Le programme de travail commun concerne entre autres:

- a) l'achèvement du marché intérieur Benelux et la réalisation de l'Union économique Benelux, incluant la poursuite de l'harmonisation de la politique sociale, de la politique en matière d'énergie et de climat, ainsi que de la coopération en matière de transport et de communication;
- b) la coopération en matière d'environnement, de nature, d'agriculture et d'espaces naturels;
- c) la politique en matière de visas et, d'immigration, la coopération policière, la coopération en matière de gestion des crises et de lutte contre les catastrophes ainsi qu'en matière de lutte contre le terrorisme et contre la fraude, notamment fiscale;
- d) la coopération dans d'autres domaines, si celle-ci s'avère nécessaire pour réaliser les objectifs de l'article 2."

#### **DIE BENELUX-ORGANE** Ministerrat, Parlament und ein Gerichtshof

Die Benelux-Länder haben sich eine Reihe von gemeinsamen Institutionen gegeben.

Das oberste Entscheidungsorgan ist der Ministerausschuss, der die Ausrichtung und Prioritäten der Benelux-Kooperation festlegt. Die Präsidentschaft wechselt jedes Jahr turnusgemäß zwischen den Partnern. 2019 hat Luxemburg den Vorsitz inne. Am 2. April treffen sich die Premiers der drei Länder zu einem Gipfel in Luxemburg.

Dem Ministerausschuss zur Seite steht der Benelux-Rat, der insbesondere die Aufgabe hat, die Dossiers für die Minister vorzubereiten.

Dann gibt es das Generalsekretariat Benelux. Es initiiert, unterstützt und gewährleistet die Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft, Nachhaltigkeit und Sicherheit. Der Interparlamentarische Benelux-Rat, auch „Benelux-Parlament“ genannt, setzt sich aus 49 Abgeordneten aus den drei Ländern zusammen und informiert und berät die jeweiligen Regierungen zu Benelux-Themen. Er hat also lediglich eine konsultative Funktion.

Die Aufgabe des Benelux-Gerichtshofs ist es, die Einheitlichkeit in der Anwendung der Benelux-Gesetzgebung zu fördern. Er hat eine bindende Entscheidungsbefugnis bezüglich der gemeinsamen gesetzlichen Regelungen der Benelux-Staaten.

Er gehört zwar nicht zum institutionellen Benelux-Gefüge, doch die Staaten schufen 2005 eine eigene Organisation für geistiges Eigentum. Das Benelux-Büro für geistiges Eigentum in Den Haag ist die offizielle Instanz für die Registrierung von Marken und Modellen im Benelux-Raum.

# Starke Stimmen und gute Beispiele

Der beigeordnete Benelux-Generalsekretär Alain de Muysen über die Prioritäten der Union

**LUXEMBURG** Energiewende und Kampf gegen den Klimawandel, Stärkung des Binnenmarkts und Förderung der Digitalisierung: Das sind die drei Hauptthemen der luxemburgischen Präsidentschaft des Benelux-Ministerrats, deren offizieller Start am vergangenen 5. Februar mit einem Event in der Abtei Neumünster eingeläutet wurde.

Es ist eine besondere Präsidentschaft, nicht nur weil Luxemburg auch den Vorsitz des Benelux-Parlaments innehat, sondern auch weil es 75 Jahre her ist, dass die drei Länder eine Zollunion unterzeichneten. Und es sind zehn Jahre her, dass der neuen Benelux-Vertrag in die nationalen Gesetzgebungen der Mitgliedsländer umgesetzt wurde.

## Kreislaufwirtschaft und e-Health

Die eingangs genannten Themen sind nicht neu, sie schreiben sich von Jahresarbeitsplan zu Jahresarbeitsplan fort. „Es sind die großen Herausforderungen, vor denen die Benelux-Länder, Europa und die Welt stehen“, erklärt Alain de Muysen. Der luxemburgische Diplomat ist einer der beiden beigeordneten Generalsekretäre des Benelux-Sekretariats, das den Ministerrat unterstützt und die Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft, Nachhaltigkeit und Sicherheit fördert.

Alain de Muysen liegt beim Thema Energiewende und Kampf gegen den Klimawandel ganz besonders der Aufbau eines grenzüberschreitenden Netzwerks

von Experten der Kreislaufwirtschaft am Herzen sowie die Ankurbelung gemeinsamer Projekte. Die Niederlande und Luxemburg seien bereits stark in dem Bereich.

Auch den Kampf gegen die sogenannte „geplante Veralterung“ von Maschinen sei ein wichtiger. Es gibt nämlich Hersteller, die ihre Produkte so programmieren, dass sie nach einer ge-

wissen Zeit nicht mehr funktionieren, obwohl sie technisch noch funktionstüchtig wären. Das schafft Müll, schadet der Umwelt und verschlingt unnötige Ressourcen. „Wenn wir eine kritische Masse von Akteuren haben, können wir auch mehr Druck ausüben, um Veränderungen auf EU-Niveau zu erreichen“, unterstreicht der beigeordnete Benelux-Sekretär. Wenn die Länder in einem Bereich an einem Strang ziehen, stärke das natürlich ihre Stimme.

Zudem könne man durch gemeinsame grenzüberschreitende Projekte zeigen, was geht. Sei es beim Abbau von Handelshindernissen oder aber durch ganz konkrete Verbesserungen im Alltag der Bürger.

De Muysen führt hier besonders den Bereich E-Health an. In einer Welt, in der sich Patienten auch an Ärzte im Ausland wenden, müsse es doch möglich sein, auch Patientendaten elektronisch auszutauschen, was nicht nur den Verwaltungsaufwand reduziere und die Vervielfachung von Analysen und Untersuchungen, sondern auch die Sicherheit der Patienten stärke. Ein Projekt innerhalb des Benelux könne hier sicher wegweisend sein.

CLAUDE KARGER

„Wenn wir eine kritische Masse von Akteuren haben, können wir auch mehr Druck ausüben, um Veränderungen auf EU-Niveau zu erreichen“

ALAIN DE MUYSER beigeordneter Benelux-Generalsekretär

## Union und Parlament im Netz

Zur Webseite der Interparlamentarischen Versammlung des Benelux geht es hier:

[www.beneluxparl.eu](http://www.beneluxparl.eu). Die Adresse des Benelux-Portals: [www.benelux.int](http://www.benelux.int).

Das Dossier des Aussenministeriums über die Benelux-Präsidentschaft: [gouvernement.lu/de/dossiers/2018/benelux.html](http://gouvernement.lu/de/dossiers/2018/benelux.html)

# Impulsgeber

Das Benelux-Parlament hat zwar nur eine konsultative Funktion - Einfluss hat es doch

**LUXEMBURG** Es wird viel los sein in der „Chamber“ heute und morgen, wenn sich das Benelux-Parlament im Plenum zu seiner Frühjahrssitzung trifft. Sie bildet den offiziellen Auftakt des luxemburgischen Vorsitzes dieses beratenden Organs der Benelux-Union, in dem 49 Parlamentarier vertreten sind - 21 aus den Niederlanden, 21 aus Belgien und sieben aus Luxemburg: Delegationspräsident Marc Angel (LSAP), Diane Adehm (CSV), Alex Bodry (LSAP), Gast Gibéryen (ADR), Gusty Graas (DP), Josée Lorsché (déi gréng) und Gilles Roth (CSV). Gusty Graas wurde die Ehre zuteil, den Vorsitz des Benelux-Parlaments für die Jahre 2019-2020 übernehmen zu können. Guy Arendt (DP) ist sein Vertreter. Die Vizepräsidenten heißen Patricia Creutz (Belgien) und André Postema (Niederlande). Zuletzt hatte Luxemburg den Vorsitz 2013-2014 inne, damals war der CSV-Deputierte Marcel Oberweis Präsident. Roger Negri (LSAP) war 2007-2008 Vorsitzender.

Beim Turnus der Vorsitze gibt es auch einen Turnus zwischen den politischen Kräften. Und so kam es, dass diesmal die Liberalen an der Reihe sind. Sie stellen derzeit übrigens auch mit Xavier Bettel, Mark Rutte und Charles Michel die Premiers der Benelux-Länder.

Für Gusty Graas ist das Benelux-Parlament kein Neuland: seit März 2014 gehört er der luxemburgischen Delegation an. „Es ist zwar kein gesetzgeberisches Parlament und spielt lediglich eine konsultative Rolle, aber es ist in der Lage sich selbst mit Themen zu befassen und so Impulse an die Minister und in die nationalen Parlamente zu geben“, erklärt der langjährige DP-Politiker und weist darauf hin, dass Mitglieder dieser parlamentarischen Versammlung auch schriftliche Fragen an den Ministerrat richten können. Für ihn ist die Stärkung der Zusammenarbeit zwischen historisch eng verbundenen Benelux-Staaten von erheblicher Bedeutung

„Die Benelux-Union ist für mich ein Vorläufer der Europäischen Union. Es ist ein Laboratorium, in dem gemeinsame grenzüberschreitende Projekte ausgetestet werden können“, sagt Graas, der drei thematische Schwerpunkte unterstreicht mit denen sich das Benelux-Parlament derzeit befasst und zu denen Berichte mit Empfehlungen an die nationalen Institutionen verfasst werden: Klimaschutz, Mobilität - wobei es hier nicht nur um Transport, sondern auch etwa die Arbeit-

nehmer- oder Studentenmobilität geht - sowie Biolandwirtschaft. Zu letzterem Thema wird am kommenden 18. Oktober in Bettemburg ein Symposium stattfinden.

## Asselborn und Bellot

Bei der Plenartagung heute steht eine Debatte über den grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt auf dem Programm, bei der „Ombudsman“ Claudia Monti einen Überblick über die Beschwerden der Grenzgänger geben wird. Die Entscheidung Luxemburgs, den öffentlichen Transport ab März 2020 in der zweiten Klasse gratis anzubieten steht ebenfalls auf der Tagesordnung sowie eine Empfehlung über den energetischen Wandel: die Benelux-Länder sollen an einem Strang ziehen bei der Förderung von Wasserstoffherstellung und von Möglichkeiten der Stromspeicherung. Diskutieren wird man auch über das Ende von Subventionen, welche die Energiewende behindern.

Am Samstagmorgen wird Außenminister Jean Asselborn für einen Vortrag über die Prioritäten der luxemburgischen Benelux-Präsidentschaft erwartet, später soll der belgische Mobilitätsminister André Bellot über die Dynamik des grenzüberschreitenden Arbeitsmarkts sprechen.

## Viele Beziehungen

Am 14. und 15. Juni sowie am 6. und 7. Dezember sind weitere Plenartagungen vorgesehen, zwischendurch treffen sich monatlich - immer im belgischen Senat in Brüssel, wo auch das Sekretariat des Benelux-Parlaments - monatlich die Ausschüsse des Benelux-Parlaments (Außenpolitik; grenzüberschreitende Kooperation; Finanzen und Mobilität; Wirtschaft, Landwirtschaft und Energie; Soziales, Gesundheit, Bildung und Sport; Landesplanung, Umwelt und Klima; Justiz und Sicherheit) um an Berichten zu arbeiten. Es gibt auch Kontaktgruppen zu Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz sowie zur Eurometropole Lille-Courtrai-Tournai und den Institutionen der Großregion. Gepflegt werden auch Beziehungen zu ähnlichen zwischenstaatlichen Organisationen, wie die Baltische Versammlung (Estland, Lettland und Litauen), der Nordische Rat (Dänemark, Island, Norwegen, Schweden, Finnland) und die Visegrad-Gruppe (Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn).

CLAUDE KARGER

„Es ist ein  
Laboratorium,  
in dem gemeinsame  
grenzüberschreitende  
Projekte ausgetestet  
werden können“

**GUSTY GRAAS** Präsident des Benelux-Parlaments  
über die Benelux-Union

# „Grenzregionen sind Chancen-Regionen“

## Saarland übernimmt den Vorsitz der Großregion - Was auf dem Programm steht

SAARBRÜCKEN  
DPA/LRS

**Z**um Auftakt der saarländischen Gipfelpräsidentschaft haben Vertreter der Länder in Saarbrücken auf den besonderen Stellenwert der Großregion hingewiesen. Gerade in Zeiten, in denen EU-kritische Kräfte an Zustimmung gewöhnen, komme den Grenzregionen eine besondere Bedeutung zu, sagte der saarländische Europa-minister Peter Strobel (CDU) am gestrigen Montag. „Hier können wir unter Beweis stellen, was möglich ist in Kooperation, Partnerschaft und Freundschaft.“

Des Saarlands Ministerpräsident Tobias Hans (CDU) rief dazu auf, den Dialog mit der Jugend zu suchen, um die grenzüberschreitende Zusammenarbeit und Europa „nachhaltig nach vorne zu bringen und zu stärken“.

Dazu hatte er Vertreter der Gipfelländer und rund 100 junge Erwachsene eingeladen, um über die künftige Ausgestaltung der

Großregion zu diskutieren. Seiner Ansicht nach seien Grenzregionen „echte Chancen-Regionen“. Die Großregion besteht aus dem Saarland und Rheinland-Pfalz, Luxemburg, Lothringen, Wallonien und der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens. Gerade die grenzüberschreitende Arbeitsmarktorientierung mit 230.000 Grenzgängern mache diese Region laut Hans „wirklich einzigartig“.

### Kampf für ein freies und starkes Europa

Die luxemburgische Ministerin für die Großregion, Corinne Cahen, kündigte an, gemeinsam bei den Europawahlen am 26. Mai zu kämpfen, damit Europa frei bleibe und ein „soziales, großes Europa ist, in dem es sich in Frieden und Freiheit leben lässt und wo wir die Grenzen hoffentlich nicht mehr schließen werden.“ Regierungs-Chef Hans schloss sich dem Appell an: „Es wäre eine Schande, Europa den Populisten zu überlassen.“ ●



„Sie ist wirklich einzigartig“

TOBIAS HANS, saarländischer Premier, über die Großregion

Am 30. Januar war es in Remerschen zur offiziellen Stabsübergabe gekommen: die luxemburgische Ministerin für die Großregion Corinne Cahen überließ den Großregion-Vorsitz dem saarländischen Ministerpräsidenten Tobias Hans Foto

Editpress/Claude Lenert

# Eine verfahrenere Situation

Diplomatiechef Asselborn über den Brexit und die schwierige Lage der EU

**Luxemburg.** Bis zur letzten Minute hatte Diplomatiechef Jean Asselborn an seiner außenpolitischen Erklärung gefeilt. Vor allem die Passage zum Brexit musste er mehrfach umschreiben, um den jüngsten Entwicklungen Rechnung zu tragen. Wenn die Abgeordneten heute Stellung zu seiner Rede beziehen, ist die Lage schon wieder eine ganz andere. Denn wenige Stunden nach Asselborns Exkurs über die internationale Politik stand im britischen Parlament eine weitere Abstimmung zum ge-

planten Austritt von Großbritannien aus der EU an.

Nur etwa zwei Wochen vor dem geplanten Brexit hat das britische Parlament gegen einen EU-Austritt ohne Abkommen gestimmt. Die Abgeordneten nahmen gestern Abend mit 312 zu 308 Stimmen einen Änderungsantrag an, der einen ungeordneten Brexit in jedem Fall ablehnt. Großbritannien will die Europäische Union eigentlich am 29. März verlassen. *DS/dpa*

# „Schwere Bergetappe“

## Minister Asselborn stellt Brexit ins Zentrum der außenpolitischen Erklärung

Von Dani Schumacher

Außenminister Jean Asselborn (LSAP) ließ gestern im Parlament die großen Entwicklungen der internationalen Politik Revue passieren. Erfolgsmeldungen gab es wenig. Asselborn sprach in seiner 13. außenpolitischen Erklärung daher von einer „schweren Bergetappe“: „De Wand ass rau a bléist engem riicht an d’Gesicht. Et reent ëmmer méi staark, an d’Strooss gëtt glëtscheg ...“

Die Königsetappe wurde in den letzten zwölf Monaten ohne Zweifel in Großbritannien gefahren. Erst am Vorabend von Asselborns Erklärung hatte sich das britische Parlament erneut gegen den Brexit-Deal ausgesprochen. Premierministerin Theresa May musste einmal mehr eine krachende Niederlage einstecken. Der luxemburgische Außenminister geht daher nicht davon aus, dass das Abkommen es durch das britische Parlament schaffen wird, obwohl die EU in letzter Minute doch noch einige Zugeständnisse gemacht hatte. Nun liege das Schicksal Großbritanniens in den Händen des House of Commons, erklärte der Minister und verwies auf die nächste Abstimmung.

Wenige Stunden nach seiner Rede lehnte das Parlament in London gestern Abend einen ungeregelten Austritt mehrheitlich ab. Heute folgt das Votum über eine mögliche Verschiebung des Brexit über den 29. März hinaus.

Minister Asselborn sprach sich gestern nicht grundsätzlich gegen eine Verlängerung des Stichtags aus. Allerdings stellte er unmissverständlich klar, dass die Verschiebung nicht bedeutet, dass der Backstop noch einmal neu verhandelt wird. Er hofft, dass die beiden großen Parteien sich endlich aufeinander zubewegen und einen „leichteren“ Brexit anstreben, bei dem das Vereinigte Königreich weiter in der Zollunion bleibt.

Obwohl es noch einen letzten Funken Hoffnung auf einen geregelten Austritt gibt, hat sich Luxemburg seit Monaten auf ein No-Deal vorbereitet. Asselborn wies darauf hin, dass beispielsweise für britische Bürger, die im Großherzogtum leben, eine Übergangsfrist bis zum 30. März 2020 gilt, um ihre Papiere in Ordnung zu bringen.

Zudem versuche die Regierung, die Auswirkungen des Brexit auf die Betriebe möglichst gering zu halten.

### Bis hierhin und nicht weiter

Die EU durchlebt aber nicht nur wegen des Brexit eine Berg- und Talfahrt. Von innen wird sie durch den wiedererstarkten Populismus und die Europafeindlichkeit erschüttert. Damit einher gehe auch eine Aushöhlung der gemeinsamen Werte in einigen EU-Staaten, mahnte Asselborn. Als Beispiele nannte er einmal mehr Polen und Ungarn, aber auch Rumänien, das wegen der grassierenden Korruption immer wieder in die Schlagzeilen gerät. Asselborn will die Aushöhlung der Rechtsstaatlichkeit nicht länger hinnehmen: „Mir sinn elo op e Punkt komm, wou mir müsse soen: Stopp, bis heihinner an net weider!“

Für den Außenminister sind die Auswüchse zumindest zum Teil auf die Spätfolgen der Wirtschafts- und Finanzkrise sowie auf die dadurch bedingten Sparmaßnahmen zurückzuführen. Deshalb drängt sich seiner Meinung nach eine Stärkung der sozialen Rechte der EU-Bürger regelrecht auf. Jean Asselborn plädiert deshalb unter anderem für eine europäische Lösung beim Mindestlohn und bei der Arbeitslosenversicherung. Wenn die EU die sozialen Rechte stärken will, dann müsse sie sich auch die nötigen finanziellen Mittel geben.

Der Chefdiplomat machte sich darüber hinaus für einen Rechtsstaatlichkeitsmechanismus stark. Sollte in einem Mitgliedsland die Rechtsstaatlichkeit nicht respektiert werden, so müsse die EU die Möglichkeit haben, die finanziellen Interessen der EU zu schützen. Für Asselborn steht alles in allem fest: Das Wahljahr 2019 wird entscheidend für das weitere Schicksal der Europäischen Union.

Während Großbritannien alles in Bewegung setzt, um die EU zu verlassen, streben andere Länder eine Mitgliedschaft an. Die Beitrittsverhandlungen mit Serbien und Montenegro sind angelaufen, die Gespräche mit Albanien und Nordmazedonien könnten demnächst beginnen. Trotz einiger Fortschritte ließ Außenminister

Asselborn aber keinen Zweifel daran, dass die Beitrittskandidaten noch viel tun müssen, um den europäischen Standards gerecht zu werden. In Bezug auf die Türkei, die ebenfalls vor Jahren an die europäische Tür geklopft hatte, zeigte sich der Chefdiplomat sehr skeptisch.

### Auswirkungen der Trump-Doktrin

Als gebe es nicht genug interne Probleme, setzen der Protektionismus und der Unilateralismus der Europäischen Union von außen zu. Was das Verhältnis mit den Vereinigten Staaten anbelangt, hofft der Außenminister, dass der drohende Handelskonflikt zwischen der EU und den USA doch noch in letzter Minute entschärft werden kann.

Trumps America-First-Doktrin habe in den letzten zwei Jahren deutliche Spuren hinterlassen, dies sowohl beim Klimaschutz als auch hinsichtlich der internationalen Sicherheit und des Friedensprozesses im Nahen Osten. „Das transatlantische Verhältnis steht vor neuen Herausforderungen. Dennoch sind die USA weiterhin ein unverzichtbarer Gesprächspartner“, so Asselborn.

Er bedauerte vor allem, dass die USA den INF-Vertrag (Intermediate-Range Nuclear Forces) aufgekündigt haben. Europa, aber auch Luxemburg seien von dieser Entscheidung unmittelbar betroffen, weil die „kollektive Sicherheit“ auf dem Spiel stehe. Deshalb müsse die EU alles daran setzen, um die USA und Russland wieder an den Verhandlungstisch zu bringen, bevor das Abkommen in fünf Monaten endgültig ausläuft. Asselborn sieht vor allem Moskau in der Bringschuld. Das Ende des INF-Vertrags ist in seinen Augen lediglich „ein Symptom einer allgemeinen Krise der Abrüstung“. Der Chefdiplomat wünscht sich daher eine neue Dynamik in der Rüstungskontrolle.

Die internationale Situation gestaltet sich aber nicht nur wegen der sprunghaften Politik der Vereinigten Staaten als problematisch. Weltweit mehren sich die Krisenherde. Minister Asselborn bedauerte, dass im Ukraine-Konflikt das Minsker Abkommen bislang nicht umgesetzt werden

konnte. Russland bleibe ein schwieriger Partner. Der Minister hofft allerdings, dass der Dialog wieder in Gang kommt.

#### **Immigration als Spaltpilz**

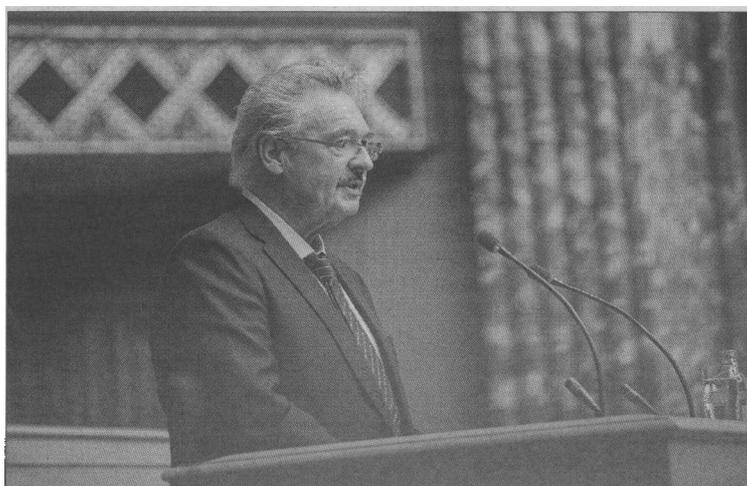
Angespannt bleibt auch die Lage in vielen afrikanischen Ländern. Es gibt aber auch einige Hoffnungsschimmer: Eritrea und Äthiopien haben sich nach 20 Jahren endlich angenähert. Die Grenzen zwischen den beiden Nachbarländern sind wieder offen.

Doch solche Erfolgsmeldungen sind eher die Ausnahme, musste der Außenminister eingestehen.

Denn nach wie vor treibt die wirtschaftliche Not und die Perspektivlosigkeit viele Menschen in die Flucht. In seiner Funktion als Immigrationsminister kritisierte Jean Asselborn, dass Europa in der Migrationspolitik nach wie vor keinen gemeinsamen Nenner gefunden hat. Wenn die Zahl der Asylbewerber zurückgegangen sei, deute dies nicht auf eine Verbesserung der Lage in den afrikanischen Ländern hin, sondern vielmehr auf die Tatsache, dass die EU immer mehr zur Festung wird, so der Minister, der sich erneut für

eine legale Einwanderung samt Länderquoten aussprach. Er bedauerte, dass die so dringend notwendige Reform des Dublin-Abkommens immer noch auf sich warten lässt.

Außenminister Asselborn ging zum Schluss seiner Rede schließlich auf die prekäre Lage bei den Menschenrechten ein: „Im Jahr 2019 befinden wir uns, was die Menschenrechte und die Demokratie anbelangt, fast weltweit in einer Krise, die durch den Vertrauensverlust in die Politik noch verschärft wird.“



Außenminister Jean Asselborn fordert eine Stärkung der sozialen Rechte in der Europäischen Union.

(Foto: Lex Kleren)

*Mir sinn elo op e  
Punkt komm, wou  
mir musse soen:  
Stopp, bis  
heihinner an net  
weider!*

Jean Asselborn

# Teure Rechnung

## Harter Brexit kostet jeden Luxemburger 220 Euro Einkommen

**Gütersloh/Luxemburg.** Auch wenn keiner weiß, wie der Brexit aussehen und wann er vollzogen wird – das Bruttoeinkommen in Luxemburg und anderen EU-Mitgliedstaaten schmälert er einer Studie zufolge wohl in Milliardenhöhe. Komme es zu einem unregelmäßigem Austritt Großbritanniens ohne Vertrag, müssten sich die Luxemburger auf einen Einkommensverlust von 127 Millionen Euro jährlich einstellen. Pro Kopf bedeute das rein statistisch gesehen rund 220 Euro weniger, schätzt eine Berechnung der deutschen Bertelsmann Stiftung, die gestern in Gütersloh veröffentlicht wurde.

Nach Großbritannien selbst wäre demnach das exportorientierte Deutschland bei den Bruttoeinkommen am stärksten belastet (fast zehn Milliarden Euro), gefolgt von Frankreich (7,7 Milliarden Euro) und Italien (4,1 Milliarden Euro). Auf das Vereinigte Königreich käme laut Simulation bei einem Austritt ohne Abkommen ein jährlicher Einkommensverlust von 57 Milliarden Euro zu – umgerechnet etwa 875 Euro pro Einwohner.

Ein geordneter Brexit mit Austrittsabkommen würde die negativen Auswirkungen deutlich abmildern, betonen die Autoren. Sie hatten auf Basis von amtlichen Handelsdaten in zwei Szenarien – Brexit mit oder ohne Vertrag – Ein-

kommensentwicklungen geschätzt, auf Grundlage erwarteter Veränderungen beim Bruttoinlandsprodukt. Als Gründe für die erwarteten Verluste nennen sie Zölle, die Waren verteuerten, aber auch einen wohl sinkenden Wettbewerb in Europa mit negativen Folgen für Preis- und Lohnentwicklung.

### USA und China profitieren

Bei einem vertraglich geregelten Austritt sieht die Simulation weit weniger negative Auswirkungen.

Für Luxemburg nehme man dann Einkommensverluste von 70 Millionen Euro an (122 Euro pro Kopf), für Deutschland wären es 5,3 Milliarden Euro, für Frankreich 4,3 Milliarden Euro. Auch für die gesamte EU (ohne Großbritannien) würde sich der Verlust in etwa halbieren – auf geschätzte 22 Milliarden Euro. Profitieren könnten wohl die USA und China mit jährlichen Milliarden-Einkommenszuwächsen, einen leichten Anstieg erwartet die Studie auch für Russland. Dominic

Ponattu von der Bertelsmann Stiftung sagte, werde der Handel innerhalb Europas teuer, würden die „Wirtschaftsbeziehungen mit dem Rest der Welt“ attraktiver.

Zahlreiche Stimmen aus Politik, Wirtschaft und auch Verbraucherschützer hatten vor drastischen Folgen gewarnt, sollte es zu einem chaotischen Brexit kommen. Die britische Premierministerin Theresa May hat die EU am Mittwoch um einen Aufschub bis 30. Juni gebeten – ohne Teilnahme an der Europawahl zuvor im Mai.

dpa/mbb



# Medwedew in Luxemburg

Offizieller Besuch: Empfang des russischen Regierungschefs im Großherzogtum

LUXEMBURG

CB/DPA

**D**er russische Ministerpräsident Dimitri Medwedew wurde gestern Nachmittag zum Auftakt eines zweitägigen Arbeitsbesuchs von Premierminister Xavier Bettel mit militärischen Ehren empfangen. Im Anschluss an die offizielle Empfangszeremonie am Flughafen trafen sich die beiden Premierminister zum Tête-à-Tête in Bettels Büro im Staatsministerium.

Auf dem Programm des zweitägigen offiziellen Besuchs steht unter anderem ein Besuch des MUDAM-Museums an, wo eine Arbeitssitzung und eine Pressekonferenz geplant sind. Vize-Premier und Wirtschaftsminister Étienne Schneider, seines Zeichens auch Ko-Präsident der gemischten Kommission für wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der belgisch-luxemburgischen Wirtschaftsunion (UEBL) und Russland, soll sich bei dieser Gelegenheit auch mit der russischen Vize-Premierministerin, Tatiana Golikova, austauschen. Auf Medwedews Programm stehen weiter eine Audienz im großherzoglichen Palais sowie ein Treffen mit Parlamentspräsident Fernand Etgen.

Im Vorfeld des russischen Arbeitsbesuchs hatte die US-Botschaft in Luxemburg Druck auf die Regierung ausgeübt, die Krim-Krise zu thematisieren und die russische Regierung zum Rückzug aufzufordern. Die CSV-Fraktion hat daraufhin gestern eine Dringlichkeitsanfrage an die Regierung gestellt, um die „Einschätzung“ der Regierung zum besagten Schreiben in Erfahrung zu bringen - und wie die Regierung politisch und diplomatisch reagieren werde. Gestern meldete sich die US-Botschaft erneut zu Wort. Der US-Botschafter Randy Evans stehe Vertretern der Presse heute für eine weitere Stellungnahme zur Verfügung, heißt es darin.

Vize-Premier Schneider zeigte sich gestern gegenüber den Kollegen von RTL Radio erstaunt über die Äußerungen des US-Bot-

schafters. „Es erstaunt mich, dass ein Botschafter uns als Regierung sagt, was wir zu tun haben“. Die Luxemburger Regierung habe bei Treffen solcher Art ihre Verantwortung immer wahrgenommen und auch kritische Themen angesprochen, so Schneider.

## Russland stellt Bedingungen für künftigen Gastransit durch Ukraine

Russland knüpft derweil den Gastransit durch die Ukraine in die EU nach der Inbetriebnahme der im Bau befindlichen Ostseepipeline Nord Stream 2 an Bedingungen. Ein neues Abkommen hänge unter anderem von einer stabilen politischen Lage und günstigen wirtschaftlichen Umständen ab, sagte der russische Regierungschef Dimitri Medwedew in einem (heute erschienen) Interview des „Luxemburger Worts“, das gestern in englischer Fassung auf der Webseite der russischen Regierung abrufbar war. Da das Transitabkommen Russlands mit der Ukraine Ende dieses Jahres ausläuft - dann soll auch Nord Stream 2 fertig sein -, muss ein neues ausgehandelt werden. „Ich betone das besonders: Wir beenden den Transit durch aktive Leitungen nicht“, sagte Medwedew vor seinem Besuch im Großherzogtum.

Gegner von Nord Stream 2 befürchten, dass Russland seinen Transit durch die Ukraine wegen des politischen Konflikts beider Länder einstellen könnte. Medwedew sagte auch, dass das Verhältnis zwischen den Firmen beider Länder geklärt werden müsse. Der ukrainische Energiekonzern Naftogaz und der russische Gasriese Gazprom hatten stets über Verträge und Preise gestritten.

Die verarmte Ukraine ist auf die Milliardenereinnahmen aus dem Transit russischen Gases in die EU angewiesen. Allerdings gilt das marode Leitungsnetz des Landes als dringend sanierungsbedürftig. Medwedew sagte, dass Russland eine Vielzahl von Transportwegen nutzen wolle. „Je mehr Transitrouten es gibt, desto zuverlässiger ist die Lieferung“, sagte er. ●

# „Wir müssen reden“

Premier Bettel und sein Amtskollege Medwedew über das angespannte Verhältnis zwischen Russland und der EU

VON DANI SCHUMACHER

**Am zweiten Tag der Visite des russischen Premiers Dmitri Medwedew standen die politischen Gespräche im Mittelpunkt. Hauptthema waren die bilateralen Beziehungen sowie das zur Zeit sehr schwierige Verhältnis zwischen Moskau und der EU.**

Premier Bettel setzt auf Dialog, sei es in Bezug auf das angespannte Verhältnis zwischen der Europäischen Union und Russland, oder aber hinsichtlich des Zerwürfnisses zwischen Russland und den Vereinigten Staaten. „Wir müssen endlich aufhören, übereinander zu reden, wir müssen endlich wieder miteinander reden“, erklärte der luxemburgische Regierungschef bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit seinem russischen Amtskollegen Dmitri Medwedew.

Das Verhältnis zwischen Russland und der Union befindet sich nach der Annexion der Krim vor fünf Jahren und der Affäre Skripal zur Zeit auf einem Tiefpunkt. Bettel wie auch Medwedew stimmten gestern überein, dass es nur Verlierer gebe, sowohl Russland als auch die Union würden unter der Schieflage leiden, während andere Länder von dem Zerwürfnis profitieren würden.

## Premier Bettel als möglicher Brückenbauer

Für Bettel steht daher fest, dass man zu einem neuen Modus vivendi finden muss, damit sich die Beziehungen wieder normalisieren. Auf die Frage hin, ob er sich vorstellen könnte, dass Xavier Bettel als Regierungschef eines kleinen Landes als Vermittler einspringen könnte, zeigte Medwedew sich nicht abgeneigt. Premier Bettel betonte daraufhin, er sei bereit, als „Brückenbauer“ tätig zu werden, allerdings unter der Voraussetzung, dass „alle miteinander reden wollen“.

Die Beziehungen zwischen den USA und Russland sind ebenfalls stark belastet. Zuletzt hatte US-Präsident Donald Trump für einen Eklat gesorgt, als er Anfang Februar das INF-Abkommen (In-

termediate-Range Nuclear Forces) aufkündigte, das den gegenseitigen Verzicht der Entwicklung und Stationierung von bodengestützten Marschflugkörpern und Raketen mit Reichweiten zwischen 500 bis 5500 Kilometern vorsieht. In der Folge war dann auch Russland aus dem Vertrag ausgestiegen.

Dmitri Medwedew äußerte gestern noch einmal heftige Kritik an der amerikanischen Entscheidung. Nachdem das Abkommen nun vor dem Aus stehe, breche ein Pfeiler der Sicherheits- und Friedensvorkehrungen weg. „Pacta sunt servanda“, so die Forderung des russischen Regierungschefs. Dass demnächst ein neuer Vertrag ausgehandelt werden kann, sieht er eher skeptisch, weil es bei einigen Ländern keine Gesprächsbereitschaft gebe. Dabei sei ein Abrüstungsabkommen von enormer Bedeutung, weil „die halbe Welt davon betroffen“ sei.

Premier Bettel zeigte sich in Bezug auf die Aufkündigung des INF-Vertrags sehr besorgt und stellte klar, dass es „ohne Russland keinen Frieden“ gibt. Sogar mitten im Kalten Krieg sei weiter über Abrüstung verhandelt worden.

Dass es zwischen den USA und Russland zur Zeit richtig knirscht, zeigt auch die Reaktion des US-Botschafters Randy Evans auf den Besuch von Medwedew in Luxemburg. In einer Pressemitteilung hatte Evans die luxemburgische Regierung indirekt aufgefordert, wegen der Krim-Annexion Druck auf Medwedew auszuüben. Zu dem eher unüblichen Vorgehen des Botschafters gefragt, verbat sich Dmitri Medwedew gestern eine Einmischung in interne Angelegenheiten und riet Evans, sich an die Regeln der internationalen Diplomatie zu halten. Gegenüber der Presse verteidigte Evans gestern sein Vorgehen.

## Investitionen in Höhe von 20 Milliarden Dollar

Weit weniger belastet ist hinge-

gen das Verhältnis zwischen Russland und Luxemburg. Sowohl Medwedew als auch Bettel bezeichneten die bilateralen Beziehungen zwischen ihren beiden Ländern als sehr gut. Luxemburg sei ein wichtiger Handelspartner für Russland, betonte Medwedew. Das Großherzogtum sei der fünftgrößte Investor in seinem Land, nicht zuletzt wegen des Finanzplatzes. Im vergangenen Jahr erreichten die luxemburgischen Investitionen immerhin ein Volumen von 20 Milliarden US-Dollar. Der russische Regierungschef sieht allerdings zusätzliches Potenzial und hofft, dass die Investitionen weiter ausgebaut werden, etwa im Bereich der Weltraumtechnologien. Gestern wurde übrigens ein weiteres Wirtschaftsabkommen zwischen Luxemburg und Russland unterzeichnet. In einem zweiten Abkommen, das ebenfalls am Mittwoch unterschrieben wurde, geht es um kulturelle Angelegenheiten.

Nachdem Moskau im Herbst 2017 wichtige Dokumente zur Geschichte der luxemburgischen Zwangsrekrutierten in Tambow freigegeben hatte, wurde gestern das Schicksal der etwa 3000 russischen Zwangsarbeiter thematisiert, die in Luxemburg beerdigt sind. Bettel will die Erinnerung wachhalten und, wenn möglich, ein Mahnmal errichten lassen.

Im Verlauf der Gespräche mit seinem russischen Amtskollegen ging Premier Bettel aber auch auf die Frage der Menschenrechte ein. Wie schon beim Gipfel zwischen der Arabischen Liga und der EU Ende Februar in Scharm el Scheich habe er auch die Rechte der Minderheiten in Russland, etwa der Homosexuellen, gegenüber Medwedew thematisiert, so der Premierminister nach der Pressekonferenz auf Nachfrage. Sein Amtskollege habe erklärt, dass es Fortschritte in Russland gebe, dass das Land aber noch Zeit brauche, bis dass es zu einer völligen Akzeptanz komme.

# Der Vermittler aus dem Staatsministerium

## RUSSLAND-LUXEMBURG Alles gut, trotz Störfeuer aus Übersee

Lucien Montebusco

Ach wäre die Welt eine friedliche und wirtschaftlich blühende, liebe alles so wie zwischen Luxemburg und Russland. Zumal dessen Leader freundschaftlich verbunden sind. Das wäre nicht nur herrlich, sondern auch schön langweilig. Glücklicherweise sorgte die US-Botschaft mit ihrem Einschüchterungsversuch am Vorabend des offiziellen Besuchs von Premierminister Dmitri Medwedew für etwas Spannung. Strahlende Gesichter bei jeder Station des rund 24-stündigen offiziellen Besuchs in Luxemburg. Wie zwei alte Kumpel, die sich seit ewig kennen und schätzen, präsentieren sich Luxemburgs Premierminister Xavier Bettel und sein russischer Amtskollege Dmitri Medwedew auch gestern der Presse im kleinen Auditorium im Mudam, dem vorletzten Termin in Medwedews Besucherprogramm. Dass die EU, und somit auch Luxemburg, seit 2014 regelmäßig Sanktionen gegen Russland bekräftigt und Moskau auf seine Gegensanktionen beharrt, stört das Einverständnis dieser Tage kaum. „In dieser Welt hängt alles von konkreten Menschen ab“, unterstreicht Medwedew die Bedeutung seines guten Verhältnisses zu Bettel und damit auch für die guten Beziehungen zwischen den Ländern.

Dabei verschonte man sich nicht mit heiklen Fragen, hieß es. Die Menschenrechte, die Rechte von Minderheiten, Tschetschenien, die Situation um die Krim, die Affäre Skripal habe man angeschnitten, so Bettel, alles Themen, die zu einer Abkühlung der Beziehungen zur EU führten. Seine Grundprinzipien internationaler Politik wiederholte er gestern gleich mehrmals. „Wir müssen mehr kommunizieren.“ Nur wenn man miteinander rede, gelinge es, sich zu verstehen und eine Lösung für anstehende Probleme zu finden. „Ich bleibe denn auch dem Dialog mit der Russischen Föderation verbunden“, so Bettel.

### Zum Dialog gehören zwei

Bettel als Vermittler zwischen den alten Blöcken, zwischen dem Westen und Russland? Die Idee gefällt Dmitri Medwedew. Xavier Bettel wäre zu einer solchen Vermittlerrolle bereit, sagt er. Bereits 2015 bei ihrem ersten Treffen habe Bettel ihm gesagt: Auch wenn Luxemburg der NATO und der EU angehöre, jemand müsse ja mit Moskau reden. Die Vorstellung, zwischen den Mächtigen zu wandeln und als Brückenbauer aufzutreten, gefällt Bettel. Zumal er bei Russland eine echte Dialogbereitschaft festgestellt haben will. Er werde das seinen EU-Kollegen mitteilen und auch Präsident Trump, wenn er ihm begegne. Aber zum Dialog gehörten zwei.

Bettel als Vermittler? Was sicherlich dem US-Botschafter missfallen würde, so eine Journalistenfrage. Zum ersten Mal an diesem frühen Nachmittag verfinstert sich Medwedews Gesicht. Er wolle das schon kommentieren, sagt er bezüglich des Schreibens der US-Botschaft zu Wochenbeginn, Luxemburgs Regierung möge bitte sehr Medwedew auffordern, „die illegale Besetzung der Krim zu beenden“.

Er kenne zwar den Namen des Kanzleibeamten nicht, aber auf jeden Fall müsse diesem Menschen das einfachste Lehrbuch über internationales öffentliches Recht ausgehändigt werden, damit er, falls er im diplomatischen Dienst ist, wieder das Studium von vorne beginnen könne – einschließlich des Begriffs staatliche Souveränität. Und Medwedew, seinerzeit Lehrer an der juristischen Fakultät der St. Petersburger Uni, legt los: „Was ist das, staatliche Souveränität?“, fragt er in den Saal. Das sei laut klassischer Definition die Oberhoheit staatlicher Gewaltorgane im Land und die Unabhängigkeit der staatlichen Gewalt gegenüber dem Einfluss anderer Staaten. Dann würde auch eine solche Person wieder

klarer sehen, meint der Jurist aus Moskau. „Aber ich fürchte, er wird das nicht verstehen.“

Für Bettel bietet Medwedews Kommentar die Gelegenheit, sich gleich als Mediator zu üben. Er respektiere das Land, dessen Soldaten sein Land befreien, ohne mal dessen Namen zu kennen. Deshalb lebe er in einem freien Land, wo er sich frei ausdrücken könne. „Wenn also der US-Botschafter etwas sagt, darf er das sagen.“ Aber er sei für den Dialog.

### Wahlmanipulation: „Schwachsinn“

Etwas mürrisch reagiert Medwedew wenig später auf eine andere Frage. Die EU-Kommission habe die Mitgliedsländer vor Desinformationskampagnen bei den Europawahlen gewarnt und davor, dass Russland Hauptquelle einer solchen Gefahr wäre. Was er denn davon halte? „Werden wir denn schon verdächtigt? Und wie steht es mit der Unschuldsvermutung? Dann soll uns mal jemand etwas beweisen.“ Und überhaupt: Das sei eine Vermutung, die sich auf die Zukunft beziehe. „Das ist Schwachsinn, jemanden für ein Ereignis zu verdächtigen, das noch nicht stattgefunden hat.“ Sollen also zuerst die Wahlen stattfinden, und dann solle man gefälligst Beweise vorlegen. Aber da sei der Schuldige wohl bereits genannt.

Die Schuldzuweisung lehnt Medwedew auch in Sachen Torpedierung des USA-russischen Vertrags über Kurz- und Mittelstreckenraketen ab. Es habe Vorwürfe der USA über etwaige Verletzungen des Vertrags gegeben. Solche gab es auch von russischer Seite, sagt er. „Aber was ist besser, über Vorwürfe und Streitfragen zu diskutieren oder einfach aus dem Vertrag auszusteigen“.

gen? Eben Letzteres taten die USA, und das unter einem erfundenen Vorwand.“ Das werde sich auf den allgemeinen Sicherheitszustand auswirken. Der russische Präsident verfügte am Montag, Russland werde sich vorerst nicht mehr ans Abkommen halten. „Man sagt uns nun, man solle sich wieder zusammensetzen und reden“, so Medwedew. Aber da seien heute mehr Teilnehmer

anzusprechen. An den Tisch würden die sich nicht setzen, denn es gehe ihnen auch so gut. „Wir hatten die (bilaterale) Vereinbarung getroffen, sie eingehalten und dabei so manches riskiert“, so Medwedew. Aber weitere Länder kamen nicht hinzu. Die Vertragskündigung untergrabe nicht nur Europas Sicherheit, sondern auch die anderer Regionen. Denn bei einem Konflikt würden nicht nur die Raketen-

Lagerstätten Schlägen ausgesetzt, sondern auch alle Zentren, wo die Entscheidungen über den Waffeneinsatz getroffen werden, wiederholte Medwedew die Worte seines Präsidenten.

Diesen düsteren Worten folgte auf Kirchberg freundschaftliches Schulterklopfen. Zumindest in Luxemburg war die Welt gestern noch in Ordnung.

## US-Botschafter: „Ich bin überrascht“

Direkt im Anschluss an die Pressekonferenz mit Xavier Bettel und Dmitri Medwedew hat die US-Botschaft die Presse zu sich eingeladen, um die Visite des russischen Premiers zu kommentieren. Botschafter Randy Evans' erste Worte: „Ich bin überrascht.“ Überrascht darüber, dass die Frage über die Krim-Annexion nicht gestellt wurde. „Luxemburg ist ein spezieller Ort.“ Und weiter: „Es gibt keinen besseren Ort, um diese Frage zu stellen.“

Ausgerechnet am fünften Jahrestag der Krim-Annexion habe Luxemburg, ein Land, das im

20. Jahrhundert zweimal besetzt wurde, und dessen Großherzogin (Charlotte) damals über die BBC gegen die Besatzer um Hilfe bat, die Frage nicht gestellt, meinte Evans.

„Die Parallele ist echt erschreckend. Wenn ihr einmal kurz darüber nachdenkt, was die Nazi-Deutschen mit Luxemburg gemacht haben. Sie wollten Luxemburg germanisieren. Sie wollten es zu einem Teil von Deutschland machen. Was für eine unglaublich Parallele“, so der US-Botschafter. Das sei genau das, was die Russen mit der Krim vorhaben. Sie machen da-

raus einen Teil Russlands ohne separate Identität.

„Meine Angst ist, ganz ehrlich, dass die Russen nun zurückgehen und dort die Botschaft verbreiten, dass die Luxemburger am Jahrestag der Krim-Annexion nichts dagegen einzuwenden hatten.“ Und so solle auch niemand sonst etwas dagegen einwenden, so die Argumentation Evans'.

Am Schluss redet er den Journalisten ins Gewissen: „Will Luxemburg sich wirklich als jene Kulisse profilieren, die eine falsche Message in die Welt setzt?“

er

## Zwei Vereinbarungen

Luxemburg und Russland haben im Mudam zwei bilaterale Abkommen unterschrieben. Ihre Unterschrift setzten Tatjana Golikowa, Vizepremierministerin, für soziale Fragen zuständig, und Vizepremier und Wirtschaftsminister Etienne Schneider unter die Vereinbarung über Zusam-

menarbeit bei der Modernisierung der Ökonomie. Kulturministerin Sam Tanson und ihr russischer Amtskollege Wladimir Medinski vereinbarten die Verlängerung des Abkommens über kulturelle Zusammenarbeit bis zum Jahr 2021. Anders als erwartet wurde keinerlei Vereinbarung über einen Direktflug Luxemburg-Mos-

kau-Luxemburg unterschrieben. Man habe schon gut daran gearbeitet, hieß es jedoch gestern am Rande der Zusammenkunft.

Der Morgen hatte für Dmitri Medwedew mit einer Kranzniederlegung am „Kanounenhiwwel“ begonnen. Dem folgten ein Treffen mit Parlamentspräsident Fernand Etgen und eine Audienz bei Großherzog Henri.

lmo

# „Die Lust ist immer noch da“

Wirtschafts- und Gesundheitsminister

**Etienne Schneider** spricht Klartext

LUXEMBURG

PASCAL STEINWACHS

**A**ls wir Wirtschafts- und Gesundheitsminister Etienne Schneider Ende des vergangenen Monats im Wirtschaftsministerium aufsuchten, war er derart beschäftigt, dass er uns, will heißen den Interviewer und den Fotografen, eine Dreiviertelstunde warten ließ, ehe er sich dann aber ausführlich und bestens gelaunt Zeit für das Gespräch nahm. Auch zeigte er uns voller Stolz seine Raketen-sammlung, die in seinem geräumigen Büro im obersten Stock des Forum Royal einen prominenten Platz einnimmt, was deutlich macht, dass ihn das Thema „Space Mining“ immer noch so begeistert

wie am ersten Tag. Seit gestern nimmt Schneider dann auch am „Global Space Congress“ in Abu Dhabi teil, wo er erneut die Werbetrommel für die entsprechenden Ideen aus Luxemburg rühren dürfte.

Dass es mit Félix Braz („déi gréng“) nun einen weiteren Vizepremier gibt, findet LSAP-Vizepremier Schneider indes normal, nehme Braz ihm doch nichts weg und sei es angesichts des Wahlergebnisses nur evident gewesen, „dass die Grünen einen Vizepremierposten verdient haben“. Wir befragten Etienne Schneider natürlich auch zu den Gerüchten über einen Wechsel in die EU-Kommission. Im Rahmen einer parteiinternen Diskussion über eine Erneuerung der Regierungsmannschaft sei eine der Optionen gewesen, dass er

oder Nicolas Schmit nach Brüssel gehe; „wir haben uns schließlich darauf geeinigt, dass Nicolas gehen soll“.

Auf die Frage, wie lange er, der die Dauer, in der ein Minister kontinuierlich Mitglied der Regierung sein darf, im Referendum vom Juni 2015 ja auf zehn Jahre begrenzen wollte, sein Regierungsamt dann noch auszuüben gedenke, gab Schneider an, dass im Leben etwas passieren könne, das einen dazu bringe, etwas anderes zu machen. Im Moment habe er jedenfalls noch große Lust, und sei in seinen beiden Ressorts voll motiviert. Er werde also bis auf weiteres auf seinem Posten bleiben.

Die jeweils wichtigsten Punkte aus dem Regierungsprogramm zum Wirtschafts- und zum Gesundheitsministerium fassen wir nachstehend zusammen. ●

## DEZENTRALISIERUNG DER WIRTSCHAFT

Etienne Schneider zeigt sich überzeugt, dass man nicht alles rund um die Hauptstadt konzentrieren dürfe. So soll zum Beispiel die „Nordstad“ weiter ausgebaut werden, die zu einem wichtigen „Pôle de développement économique“ werden soll. Auch werde versucht, eine Reihe von Aktivitäten an den Grenzen anzusiedeln, um dort die Leute aufzufangen, die ja sowieso zu einem Großteil aus dem Ausland kommen würden. Hier gebe es bereits konkrete Projekte.

## GUT AUSGEBILDETE ARBEITSKRÄFTE

Wie der Minister unterstrich, habe Luxemburg zwar die Fähigkeit, genügend gut ausgebildete Arbeitnehmer anzuziehen, müsse sein Ausbildungswesen aber stärker darauf ausrichten, um diese Leute auch hierzulande auszubilden. Als Beispiel genannt wurde der vor kurzem eingeführte „Interdisciplinary Space Master“. Erwähnt wurde auch das „Science Center“ in Differdingen, wo die Schüler auf eine spielerische Art und Weise lernen sollen, sich für Technik zu interessieren. „Wir brauchen keine Millionen Psychiater und Psychologen, aber wir brauchen Mathematiker, Informatiker und Wissenschaftler“, herrsche hier doch ein Riesenmangel.

## INDEXTRANCHE

Er werde sich hüten, sich hier aus dem Fenster zu lehnen. Schenke er allerdings dem Statec Glauben, dann soll irgendwann am Ende des Jahres die nächste Indextranche erfallen. Das hänge zudem von vielen Sachen ab, auf die Luxemburg keinen Einfluss habe.

## WIRTSCHAFTSMISSIONEN

Diese würden weiterhin etwas bringen, sagt Etienne Schneider. Wir könnten zwar einfach beschließen, dass wir keine wirtschaftliche Promotion mehr machen würden, aber dann müssten wir uns auch bewusst sein, dass unsere Wirtschaft sich dann zurückentwickle. Wenn wir uns in Bereichen wie dem Space- oder dem Biotech-Sektor entwickeln wollen, dann sei das zwar schön für uns, aber die Welt bekomme das trotzdem nicht mit. „Die sitzen nicht jeden Tag vor dem Computer, und warten darauf, was Luxemburg macht.“ Deswegen sei diese Art der wirtschaftlichen Promotion auch in Zukunft wichtig, dass wir raus in die Welt gehen, um den Verantwortlichen die Vorzüge Luxemburgs näherzubringen. Aus diesem Grund werde es demnächst auch wieder mehr Wirtschaftsmissionen geben.

## ÖKO-TECHNOLOGIEN

Die Regierung investiere massiv in die Forschung und die Entwicklung von Umwelttechnologien. Damit habe die Regierung allerdings nicht erst gestern angefangen, aber die Unternehmen würden jetzt erst so langsam anfangen, dieses Angebot auch anzunehmen. Deshalb komme nun ein enormer Boom auf uns zu.

## INDUSTRIEPOLITIK

Ein Land, das nur auf dem Dienstleistungssektor basiere, das sei eine Micky-Maus-Wirtschaft. „Wir können uns das als Land nicht leisten. Wir brauchen eine Industrie. Erstens, um ein diversifiziertes wirtschaftliches Umfeld zu haben, und zweitens, um Jobs auch für diejenigen Leute zu schaffen, die nicht in den Dienstleistungssektor passen.“ Seine Rolle als Wirtschaftsminister bestehe auch darin, den jungen Leuten eine Zukunft zu bieten, egal was sie studiert oder gelernt hätten. Es gebe nämlich auch Leute, die kein Abitur hätten, und die nicht auf eine Universität gehen würden, „und auch die brauchen einen Job“.

## WELTRAUMPLÄNE

Auf die Kritik der CSV eingehend, die in diesem Fall aber nur aus Laurent Mosar bestehe, wies Etienne Schneider darauf hin, dass es bei jedem Wirtschaftszweig, der gerade aufgebaut werde, auch Rückschläge gebe. Rückschläge habe es übrigens auch beim Aufbau der SES gegeben, aber was zähle, das sei das Endresultat. Das Interesse, das weltweit im Zusammenhang mit dem Weltraum bestehe, sei momentan am Wachsen; Luxemburg habe die große Chance, dass es in diesem Bereich einer der „first movers“ sei. „Ich habe hier eine klare Vision, und die Regierung hat hier eine klare Strategie. Wir sind dabei, etwas komplett Neues zu entwickeln, was es auf der Welt so noch nicht gibt.“

## START-UP-NATION

„Wir sind zum Teil schon eine Start-up-Nation, es sind hier aber noch so einige Verbesserungen möglich.“ Die Frage, die sich hier stelle, sei die, ob wir die verschiedenen Unternehmen in Zukunft nicht thematischer gruppieren sollten. Zum Beispiel könne er sich einen Campus für Start-ups im Space-Bereich vorstellen, der in oder um die Hauptstadt entstehen könnte. Dort wäre dann all das Know-how gebündelt, und die betroffenen Unternehmen könnten sich austauschen.

## SPITALPLAN

Er habe das Glück, dass seine Amtsvorgängerin im Gesundheitsbereich, Lydia Mutsch, ganz viel auf die Schienen gebracht habe, insbesondere im vergangenen Jahr. Genannt wurde unter anderem der Spitalplan mit seinem Investitionsprogramm von fast anderthalb Milliarden Euro, der einen Quantensprung in der Qualität mit sich bringe, und dies zum Wohle des Patienten.

## IRM

Als neuer Gesundheitsminister freut sich Etienne Schneider, dass Luxemburg vier weitere Magnetresonanztomographen (IRM) bekommt, deren Zahl dann bei elf liegt. Diese müssten aber effektiver benutzt werden, gebe es doch Tage, wo sie brach liegen würden. Für Schneider ist es nicht nachvollziehbar, dass man in einem reichen Land wie Luxemburg monatelang warten müsse, um hier ein Rendezvous zu bekommen. Hierdurch werde eine Zwei-Klassen-Medizin gefördert, „die wir ja sonst immer vermeiden wollen“, würden Personen, die es sich leisten könnten, doch einfach ins Ausland ausweichen. Zusammen mit Sozialminister Romain Schneider werde er hier was unternehmen.

Fördern will der Minister aber auch die ärztlichen Gemeinschaftspraxen. Es könne nicht gehen, dass die Leute für jede Analyse in ein Spital gehen müssten. „Wir machen den Leuten das Leben unnötig schwer“. Allerdings dürfe hier keine unfaire Konkurrenz für die Spitäler entstehen. Das Ziel müsse sein, dem Patienten einen besseren Dienst zu garantieren, und den Beruf des Arztes wieder attraktiver machen. In diesem Sinne habe er auch die Initiative genommen, diejenigen Ärzte, die sich in Ausbildung befinden würden, finanziell besser zu entschädigen.

### FETTLEIBIGKEIT

Die Ursache, dass Luxemburg in rezenten Gesundheitsstudien Plätze eingebüßt habe, liegt Étienne Schneider zufolge nicht darin, dass wir schlechter geworden seien, sondern dass sich ein anderes Land verbessert habe. Bei jedem reichen und hochindustrialisierten Land stelle die Zunahme von Fettleibigkeit ein Problem dar. Hieran müssten wir arbeiten. Prävention und Aufklärung stelle hier eine der Hauptprioritäten für die nächsten Jahre dar, was auch für das Alkohol- und Drogenproblem gelte. Auch müssten wir die Leute dazu bewegen, sich präventiv untersuchen zu lassen, wie zum Beispiel in Sachen Darmkrebs.

### HIV-SCHNELLTESTS

Étienne Schneider will demnächst ein Programm starten, bei dem die Leute HIV-Schnelltests selbst durchführen können, so wie es ja auch bereits Schwangerschaftsheimtests gibt. Er sei fest überzeugt, dass das uns in diesem Bereich weiterbringe, wenn man diese Tests bald ganz normal im Supermarkt kaufen könne. Es sei damit zu rechnen, dass das bis nächstes Jahr der Fall sein werde. Einer, der wirklich schüchtern sei, der könne das dann im Supermarkt in einer Selbst-Scan-Kasse kaufen.

### SCHULMEDIZIN

Was die Schulmedizin betrifft, so gebe es immer mehr Probleme mit Schülern beziehungsweise mit Eltern, die nicht auf die Empfehlungen der Schulmediziner reagieren würden, so wie zum Beispiel auf die Aufforderung, zum Zahnarzt zu gehen, bestehe hier doch keine Verpflichtung. Er sei dann auch dabei zu überlegen, wie hier ein System auf die Beine gestellt werden könne, das gewährleisten würde, dass die Leute den Empfehlungen des Arztes auch Rechnung tragen müssten. Zum Beispiel, dass sie im Falle einer Nichtbeachtung keine Rückerstattung oder das Kindergeld zeitweise gestrichen bekommen würden, „irgendwas in diese Richtung“. Die Kinder könnten sich ja schließlich nicht wehren.

### CANNABIS

Wie der Gesundheitsminister hervorhob, wolle Luxemburg mehr oder weniger das kanadische Modell übernehmen, also die Produktion und die Verteilung organisieren. „Ich bin überzeugt, dass die Produktion auch ein interessanter Wirtschaftszweig sein kann, und Cannabis im allgemeinen eine ganz interessante Nutzpflanze ist, die man auch in Luxemburg mehr valorisieren kann.“ Der Verkauf an Minderjährige auf dem Schwarzmarkt soll indes stärker bestraft werden. Cannabis müsse ein sauberes Produkt werden, und die Konsumenten müssten aus dem kriminellen Milieu herausgenommen werden.

### ELEKTRONISCHE PATIENTENAKTE

Die elektronische Patientenakte komme noch in diesem Jahr, „wir befinden uns hier im Endspurt“. Er erwarte sich hiervon eine Verbesserung unseres Systems, aber der Patient müsse natürlich einverstanden sein.

### ORGANSPENDEN

„Organ Spenden werden gebraucht und können viele Leben retten. Vielleicht müssen wir hier, aber mehr Aufklärung betreiben.“



Union Européenne - Justice / Droits de l'homme / Législation

## Betrug gemeinsam bekämpfen

**Luxemburg.** In 22 EU-Staaten werden Finanzverbrechen künftig von europäischen Staatsanwälten verfolgt. Die Europäische Staatsanwaltschaft mit Sitz in Luxemburg soll 2020 ihre Arbeit beginnen. Sie wird als unabhängige und dezentrale Strafverfolgungsbehörde für

Ermittlung, Verfolgung und Anklageerhebung bei Straftaten zum Nachteil des EU-Haushalts zuständig sein. Die Vorbereitungen laufen derzeit auf Hochtouren, wie Interimsverwaltungsdirektor Olivier Salles erklärt. Und das Posttengerangel hat gerade erst begonnen. Das EU-Parlament wünscht sich Laura Kövesi als Chefin der Staatsanwaltschaft. *ndp*

Luxemburger Wort du 20.03.2019 / page 1

Union Européenne - Justice / Droits de l'homme / Législation

# Jäger des verlorenen Schatzes

In Kirchberg entsteht mit der Europäischen Staatsanwaltschaft eine neue Superbehörde - Die Vorbereitungen laufen

Von Nadia Di Pillo

**Luxemburg.** Betrug, Korruption, Geldwäsche oder grenzüberschreitenden Mehrwertsteuerbetrug in Millionenhöhe: Dem europäischen Haushalt entgehen Jahr für Jahr durch kriminelle Energie rund 50 Milliarden Euro. Dies zu bekämpfen und die Verursacher europaweit dingfest zu machen, wird künftig Aufgabe der Europäischen Staatsanwaltschaft sein. Die neue Behörde soll ihre Tätigkeit im November 2020 aufnehmen, angesiedelt in Kirchberg.

„Wir arbeiten sehr intensiv und sind im Zeitplan.“ Olivier Salles, seit vier Monaten Interimsverwaltungsdirektor der neuen Behörde, hat derzeit alle Hände voll zu tun. Schließlich muss er die Interessen der 22 an der Behörde beteiligten EU-Länder koordinieren; notwendige Infrastrukturen schaffen und Mitarbeiter einstellen.

Die Europäische Staatsanwaltschaft mit Sitz in Luxemburg wird als länderübergreifende zentrale Behörde fungieren und europäische und nationale Strafverfolgung in den teilnehmenden Mitgliedstaaten ermöglichen. Diese verstärkte Zusammenarbeit wurde 2017 und 2018 von 22 der derzeit noch 28 EU-Mitgliedstaaten vereinbart - Schweden, Dänemark, Irland, Großbritannien, Polen und Ungarn beteiligen sich nicht.

Die Europäische Staatsanwaltschaft wird als unabhängige Strafverfolgungsbehörde der Europäischen Union arbeiten“, erklärt Salles. „Sie wird dabei keinerlei Weisungen von der EU oder nationalen Behörden einholen oder entgegennehmen.“ Die Behörde wird

bei der Ermittlung, Verfolgung und Anklageerhebung bei Straftaten zum Nachteil des EU-Haushalts wie Betrug, Korruption, Geldwäsche oder grenzüberschreitendem Mehrwertsteuerbetrug mit einem Schaden von jeweils mehr als zehn Millionen Euro eine zentrale Rolle spielen.

„Natürlich können nationale Staatsanwaltschaften bereits heute Ermittlungen wegen Betrugs der Europäischen Union einleiten und führen; ihr Zuständigkeitsbereich beschränkt sich allerdings auf das jeweilige nationale Staatsgebiet“, so Olivier Salles, „aber nicht alle Länder treffen die notwendigen Maßnahmen, um Straftaten zum Nachteil des EU-Haushalts zu ahnden.“ Und er stellt fest: „Die finanziellen Interessen der EU werden zurzeit nicht ausreichend geschützt. Vor allem bei grenzüberschreitenden Straftaten mangelt es an einer wirksamen Strafverfolgung“.

### Olaf bleibt erhalten

Ein weiterer Schwachpunkt ist, dass die bereits bestehenden Adressen - das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung (Olaf), die Agentur der Europäischen Union für justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen (Eurojust) und die europäische Polizeibehörde (Europol) - nicht befugt sind, strafrechtliche Ermittlungen durchzuführen oder Betrug zu verfolgen. „Das Olaf kann lediglich die Ergebnisse seiner verwaltungsrechtlichen Untersuchungen den zuständigen nationalen Behörden übermitteln, die dann unabhängig entscheiden, ob ein Strafverfahren

eingeleitet wird“. Derzeit wird nur rund die Hälfte der Empfehlungen weiter verfolgt und zu einer Anklage gebracht.

Das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung wird aber trotz der neuen Europäischen Staatsanwaltschaft erhalten bleiben. „In den teilnehmenden Mitgliedstaaten müssen die Europäische Staatsanwaltschaft und das Olaf eng zusammenarbeiten, damit sich ihre Tätigkeit ergänzt“, so Salles. Das Olaf wird daher keine verwaltungsrechtlichen Untersuchungen zu Sachverhalten einleiten, zu denen die Europäische Staatsanwaltschaft ermittelt. In diesen Fällen kann die europäische Staatsanwaltschaft das Olaf aber um Unterstützung bitten.

Die Europäische Staatsanwaltschaft wird sich zentral und national aufstellen. Die zentrale Ebene setzt sich aus dem europäischen Generalstaatsanwalt, den 22 Staatsanwälten - einer aus jedem teilnehmenden Mitgliedstaat -, einem Verwaltungsdirektor sowie Fachpersonal und -ermittlern zusammen. Die nationale Ebene besteht aus „delegierten europäischen Staatsanwälten“, die in den Mitgliedstaaten selbst arbeiten. „Die Auswahl und Ernennung des gesamten, 117-köpfigen Personals läuft derzeit auf Hochtouren“, sagt Olivier Salles, „der europäische Generalstaatsanwalt wird seine Arbeit voraussichtlich im Sommer aufnehmen.“

### Noch jede Menge Fragezeichen

Wer Luxemburg bei der europäischen Behörde vertreten wird, wird in den kommenden Monaten

entschieden. „Wir haben der EU-Kommission jüngst eine Liste mit drei potenziellen Kandidaten geschickt“, sagt der luxemburgische Justizminister Felix Braz, ohne jedoch Namen zu nennen. Auch die künftige Adresse der Europäischen Staatsanwaltschaft in Kirchberg will er nicht verraten: „Wir haben bereits ein Gebäude ausfindig gemacht und werden das mietfrei zur Verfügung stellen. Wir verhandeln aber noch mit der EU-Kommission über die Kosten des späteren Betriebes und die Ausstattung der Büros“.

Olivier Salles ist sich bewusst, dass die neue Behörde für die Mitgliedsländer eine große Umstellung bedeutet, die mit Unsicherheiten und vielen Fragen verbunden ist - unter anderem, weil sich sechs der EU-Mitgliedstaaten nicht beteiligen. Auch bislang ungeklärt ist die Frage, wie eine verstärkte Zusammenarbeit grenzüberschreitend in der Praxis funktionieren kann, wenn im Ernstfall eines der nicht involvierten Länder von Ermittlungen betroffen sein sollte.

Zu den anstehenden Entscheidungen zählt auch die Ernennung des europäischen Generalstaatsanwalts. Im Rennen sind zwei Anwärter - darunter die prominente rumänische Ermittlerin Laura Codruta Kövesi. Doch ob Kövesi den Chefposten in Luxemburg erhält, ist fraglich, denn: Das EU-Parlament würde sie gerne im Amt sehen, die Staats- und Regierungschefs allerdings sprechen sich für den französischen Generalstaatsanwalt Jean François Bohnert aus.

Luxemburger Wort du 20.03.2019 / page 11

[Juncker schließt Polit-Comeback in Luxemburg aus \(https://wort.lu/de/politik/juncker-schliesst-polit-comeback-in-luxemburg-aus-5c9dc16fda2cc1784e340d93\)](https://wort.lu/de/politik/juncker-schliesst-polit-comeback-in-luxemburg-aus-5c9dc16fda2cc1784e340d93)



## Juncker schließt Polit-Comeback in Luxemburg aus

Foto: Gerry Huberty

[Politik \(https://wort.lu/de/politik\)](https://wort.lu/de/politik) Heute um 07:55

(jt) - EU-Kommissionschef Jean-Claude Juncker plant nach Ende seiner Amtszeit im November keine Rückkehr in die Luxemburger Politik. "Ich habe die Ozeane vor mir, ich brauche die Mosel nicht, die ich im Übrigen sehr mag. Nein, ich werde nicht in die Luxemburger Politik zurückkehren. Das steht außer Frage", sagte Juncker am Freitag in einem [Interview mit dem Magazin der "Luxembourg Times"](https://luxtimes.lu/luxembourg/36897-juncker-i-am-not-an-eu-integration-fanatic) [https://luxtimes.lu/luxembourg/36897-juncker-i-am-not-an-eu-integration-fanatic].

Juncker äußerte sich in dem Interview auch über die Kluft zwischen den Institutionen und den Bürgern der Europäischen Union. "Es wäre zu einfach, jeden, der eine kritische Frage zu Europa stellt, als Populisten zu bezeichnen. **Es gibt berechnete Kritik an der europäischen Politik**", betonte der 64-Jährige. "Ich bin kein naiver EU-Integrationsfanatiker. Ich sehe die Dinge so, wie die gewöhnlichen Leute sie sehen."

---



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG  
Botschaft in Deutschland

# WIRTSCHAFT

# Interview mit dem neuen Präsidenten von Luxlait, Marc Reiners

*Die Genossenschaftsmolkerei Luxlait, die mit Abstand größte Molkerei hierzulande, erfasste 2018 ca. 157 Millionen Kilogramm Milch von 339 Mitgliedern.*

*Seit dem 31. Januar 2019 ist Marc Reiners Präsident des Verwaltungsrates der Genossenschaftsmolkerei. Er tritt die Nachfolge von John Rennel an, der das Amt mehr als 28 Jahre bekleidete. De Lëtzebuurger Bauer unterhielt sich mit Marc Reiners über sein neues Amt an der Spitze von Luxlait und die Erwartungen in Bezug auf die Marktsituation und die künftige Entwicklung der Molkerei.*

**Herr Reiners, wie sehen Sie die allgemeine Situation auf dem europäischen und internationalen Milchmarkt?**

Die Situation auf dem europäischen und internationalen Markt wird immer geprägt sein von Angebot und Nachfrage, das heißt bei zu viel produzierter Milch sinkt der Preis und bei Milchmangel steigt er.

**Wie kann sich Luxlait da positionieren?**

Wir sind eine Molkerei, die sich auf Nischenproduktionen spezialisiert hat. Das wird in Zukunft auch so bleiben. Wir produzieren für den luxemburgischen Markt und werden uns im Ausland im Nischenbereich positionieren.

**Wie soll es speziell beim Export von Luxlait-Produkten weitergehen?**

Es ist sehr wichtig, dass wir uns in Richtung ausländische Märkte orientieren. Die produzierte Milch muss auch über die luxemburgischen Grenzen hinaus valorisiert werden und nicht als billige Industriemilch verkauft werden. Aus diesem Grund versuchen wir beispielsweise den Absatz unserer Buttermilch, die bei den ethnischen Kunden aus Frankreich sehr

beliebt ist, zu steigern.

**Welche Dinge liegen Ihnen bei der künftigen Entwicklung von Luxlait besonders am Herzen?**

Ich möchte die Molkerei für die Zukunft wappnen. Wir müssen die Bedürfnisse des Marktes und der Konsumenten genau analysieren. Die Molkerei muss flexibel sein und auf diese Bedürfnisse reagieren. Für die Zukunft gilt es noch nachhaltiger zu produzieren, sowohl als Milcherzeuger und auch als Molkerei.

Mir ist daran gelegen, einen höchstmöglichen Milchpreis für unsere Genossenschaftsmitglieder zu erzielen.

**Wie sehen Sie den Markt von Biomilch und Bioprodukten?**

Das ist eine hierzulande häufig gestellte Frage und ich kann sie nur für den Milchbereich beantworten.

Die Genossenschaft hat auch Mitglieder, die Biomilch produzieren. Wenn diese Produktion sich weiter steigert, ist der Bedarf bei Luxlait gedeckt.

Die Mengen, die wir auf den Märkten als Bioprodukte verkaufen können, sind sehr gering.

Solange keine größeren Absatzmöglichkeiten sich im Biobereich erschließen, wäre es unvernünftig, den Bau-

ern falsche Hoffnungen zu machen.

**Kürzlich wurde auf EU-Ebene eine Einigung in Sachen unlautere Handelspraktiken erzielt. Denken Sie, dass diese Bestimmungen den Molkereien sowie den Milcherzeugern helfen können, um ihre Machtposition zu stärken? Was müsste Ihrer Meinung nach diesbezüglich geschehen?**

Sicher ist diese Einigung positiv zu bewerten, aber sie verhindert nicht, dass Lebensmittel unter dem Produktionspreis gehandelt werden.

Es müsste eine Bestimmung auf EU-Ebene geben, die genau dies untersagt.

**Von Regierungsseite gibt es Bestrebungen, ein staatliches Zertifizierungs- und Qualitätssystem einzuführen in Form einer „Sterne-Regelung“. Es wurde sehr stark von der Landwirtschaft kritisiert, weil gerade große Labels wie „Produits du terroir“ oder auch „Luxlait“ als Marke das Nachsehen hätten. Wie sehen Sie das geplante System?**

In meinen Augen ist es wichtig, dass dieses Qualitätslabel für die gesamte luxemburgische Landwirtschaft zugänglich gemacht wird. Wir hoffen, dass unsere Argumente die Regierung überzeugen, sich für die gesamte Landwirtschaft einzusetzen. ■

# Mitarbeiter händeringend gesucht

Das Phänomen des Fachkräftemangels wird akuter. Gerade in Zeiten des Wirtschaftsaufschwungs finden immer weniger Unternehmen die Bewerberprofile, die sie suchen. Und das in vielen Industriestaaten. Ob die Digitalisierung auf kürzere Sicht Abhilfe schafft, ist ungewiss.

## Eine Krise weitet sich aus

Qualifiziertes Personal ist das A und O – und immer schwieriger zu finden

Von Marco Meng

**Luxemburg.** Auf viele Stellenausschreibungen gibt es kaum Bewerber. Das kennen Unternehmen in Luxemburg und vielen anderen Ländern. Studien zum Fachkräftemangel sprechen weltweit von einem Mangel an Ingenieuren und Mathematikern, von Elektrikern und sogar Lastwagenfahrern. Sollte sich das selbstfahrende Auto in vielleicht zwanzig Jahren durchsetzen, wäre das Problem mit dem Mangel an Fahrern behoben, doch ob die Digitalisierung tatsächlich viele Arbeitsstellen beseitigt und nicht mindestens genauso viele neue schafft, ist derzeit ein großes Diskussionsthema. Trotz Automatisierung und Robotisierung arbeiten heute mehr Menschen in der Autoindustrie als je zuvor.

### Problematische Situation

Die Boston Consulting Group spricht in ihrer Studie „The Global Workforce Crisis“ von 2014 davon, dass zwischen den Jahren 2020 und 2030 der Mangel an Personal sich vor allem in Luxemburgs Handelspartner Nr. 1 Deutschland bemerkbar machen wird, ebenso in Italien, den Niederlande und Polen. Japan leidet unter Fachkräftemangel genauso wie Russland und Südkorea, und auch in China werden dann viele Stellen nur noch schwer mit qualifiziertem Personal zu besetzen sein. In einer Studie des Instituts für Demoskopie Allensbach aus dem Jahr 2017 geben 41 Prozent der Unternehmen in Luxemburg an, dass sie damit rechnen, in den kommenden Monaten Schwierigkeit zu haben, offene Stellen mit qualifiziertem Personal zu besetzen. Neuesten Umfragen zufolge glauben 64 Prozent der Unternehmer in Luxemburg, dass sie Schwierigkeiten haben werden, im Jahr 2019 ihre ausgeschriebenen Stellen besetzt zu bekommen, teilt die Luxemburger Handelskammer mit. Eine Zahl, die sich gegenüber

den Vorjahren deutlich erhöht hat.

### Ist Einwanderung die Lösung?

Einwanderungsländer wie Australien, Kanada und die USA stehen besser da, während Betriebe in Japan (89 Prozent), Rumänien (81 Prozent) und Taiwan (78 Prozent) heute schon angeben, die größten Schwierigkeiten zu haben, Mitarbeiter zu finden. Die Zahlen beruhen auf einer Studie der Zeitarbeitsfirma Manpower, die dazu 40 000 Unternehmen in 43 Ländern befragte. Dass Rumänien einen Mangel an qualifizierten Arbeitnehmern hat, dürfte weniger als Grund ein starkes Wirtschaftswachstum haben, sondern liegt an der Kehrseite der Arbeitsmigration: Rumänische Mediziner und Facharbeiter gibt es fast mehr in Westeuropa als in Rumänien selbst. Genauso verschärft die hohe Zahl an Grenzgängern in Luxemburg den Fachkräftemangel in der Grenzregion. So meldete beispielsweise die Industrie- und Handelskammer sowie Handwerkskammer der Region Trier im Dezember, dass den Unternehmen dort 5 500 Mitarbeiter fehlten.

### Mehr offene Stellen in Luxemburg

Im letzten Jahr wurden der Adem mehr als 40 000 offene Stellen gemeldet, 14 Prozent mehr als 2017. Unlängst hat darum der Industrieverband Fedil wieder eine Umfrage bei Unternehmen gestartet, um herauszufinden, welche Personalprofile in den kommenden zwei Jahren gebraucht werden. Sowohl Buchhalter wie Elektromechaniker werden gesucht.

Im ersten Quartal 2018 gab es fast 30 Prozent mehr Arbeitsplätze im Land als zehn Jahre zuvor. Der Bedarf an Arbeitskräften lässt sich in Luxemburg schon lange nicht mehr mit Einheimischen decken, ein Phänomen, das inzwischen mehr und mehr Länder kennenlernen – und das trotz Automatisierung, Digitalisierung bedeutet nicht – jedenfalls bislang –,

dass der Computer alle Arbeit leistet, sondern dass Mitarbeiter, gleich welchen Metiers, heute mit dem Computer umgehen müssen. Allein in Luxemburg, so Schätzungen, gibt es Tausende offene Stellen, die aus Mangel an Fachkräften unbesetzt bleiben.

### Ausbildungsprofile passen nicht

Aus der Untersuchung von Manpower geht hervor, dass es in vielen Ländern ein Ungleichgewicht zwischen dem Bedarf der Unternehmen und vorhandenen Berufsqualifikationen gibt. Kompetenzen der Menschen im arbeitsfähigen Alter und die Bedürfnisse der Unternehmen stimmen nicht überein. „Der globale Talentmangel ist auf dem höchsten Stand seit zwölf Jahren“, schreibt Manpower und fordert Lösungen für das wachsende Problem. „45 Prozent der Arbeitgeber weltweit berichten von Schwierigkeiten bei der Besetzung von Stellen“, heißt es in der Studie. Von rund 25 000 Studierenden aus Luxemburg haben sich nur wenige hundert für Informatik als Studienfach eingeschrieben. Gerade im Bereich IT werden händeringend Mitarbeiter in Luxemburg gesucht.

Derzeit ist die Adem dabei, gemeinsam mit den Wirtschaftsverbänden und -kammern eine Liste der „Mangelberufe“ (métiers en pénurie) zu erstellen, die in Kürze fertiggestellt und veröffentlicht werden wird. Viele dieser „Mangelberufe“ sind indes schon bekannt, weil für sie seit Jahren schon kaum geeignete Bewerber gefunden werden können.

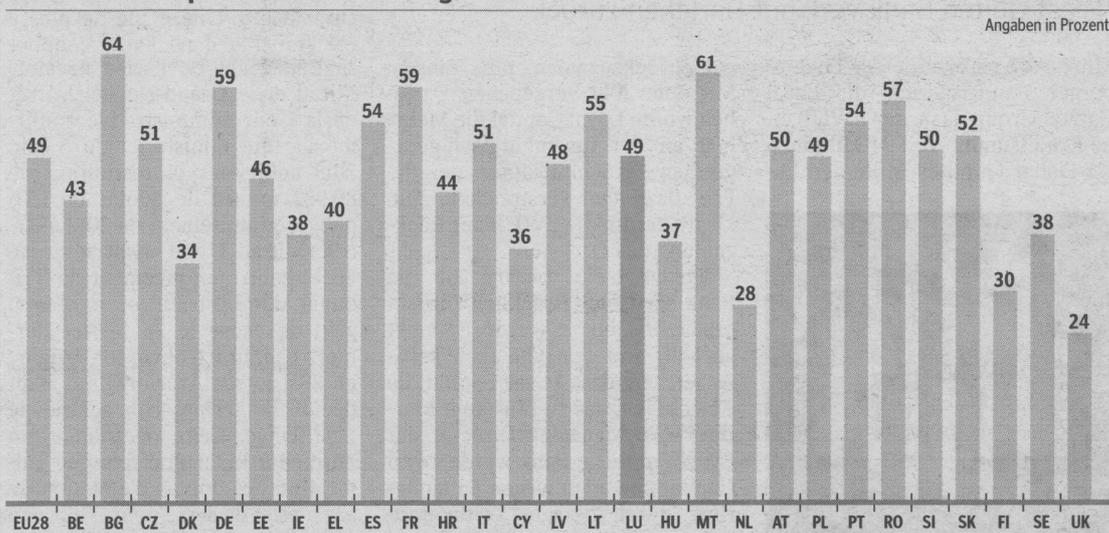
2018 konnte die Adem eigenen Angaben nach im Durchschnitt 2,7 Bewerber pro gemeldeter Stelle vorschlagen. In einigen Branchen, wie beispielsweise im Bau-, Transport- oder Sekretariatswesen, waren es sogar mehr als vier Bewerber pro ausgeschriebener Stelle. „Im Gegenzug gab es aber auch Berufsgruppen, in denen die

Adem gar keinen Bewerber nennen konnte, da keine Übereinstimmung zwischen dem Stellenprofil und den bei der Adem vorhandenen Bewerberprofilen vorlag“, teilt die Arbeitsagentur mit.

Wie aus ihren Daten hervorgeht, konnten beispielsweise für 69 Prozent der gemeldeten Stellen

im Bereich „IT-Entwicklung“ (Etudes et développement informatique) kein passendes Bewerberprofil unter den Arbeitssuchenden gefunden werden, ähnlich hohe Zahlen gibt es bei Forschung und Wissenschaft, aber auch frühkindlicher Erziehung oder Krankenpflege.

### Unternehmen spüren Fachkräftemangel



In Luxemburg und EU-weit ist für rund die Hälfte der Unternehmen die Verfügbarkeit von Mitarbeitern mit passender Qualifikation eine Wachstumsbremse.

Quelle: Eurobarometer 2017

### Weltweit hoher Bedarf

1. Elektriker, Schweißer, Mechaniker
2. Außendienstmitarbeiter, Verkäufer
3. Ingenieure
4. Fahrer
5. Technisches Personal
6. IT-Fachleute
7. Wirtschaftsprüfer, Auditoren, Finanzanalysten
8. Juristen, Forscher
9. Verwaltungsassistenten
10. Produktionsmitarbeiter und Maschinenbediener

Rangliste der weltweit offenen Stellen:  
Auf allen Ebenen, vom Elektriker bis zum Juristen, suchen Unternehmen qualifiziertes Personal.

Quelle: Manpower, 2018 Talent Shortage Survey

### Gesuchte Handwerker

Nahrungsmittelberufe 23%

Heizungs- und Sanitärinstallateure 25%

Elektriker 32%

Dachdecker 25%

Mechaniker 19%

Angaben: Daten von 2018

Ein bedeutender Teil der Luxemburger Unternehmen geben an, dass sie Aufträge ablehnen müssen, weil in bestimmten Berufen nicht genügend Mitarbeiter da sind.

Quelle: Chambre des Métiers

# „Der Fachkräftemangel ist ein echtes Problem“

Zu wenige qualifizierte Mitarbeiter werden für den Wirtschaftsstandort Luxemburg zur Belastung

## Interview: Marco Meng

Fehlen die passenden Mitarbeiter, stoßen Unternehmen schnell an ihre Grenzen. In Luxemburg gibt es vor allem für technische Berufe, vom Elektriker bis zum Ingenieur, zu wenige Bewerber, der Mangel an Informatikern ist fast schon legendär. Und die Problematik wird sich noch verschärfen, wenn in den nächsten Jahren viele Betriebsmitarbeiter in den Ruhestand gehen und ersetzt werden müssen. „Das ist eine Riesen-Challenge“, sagt Tom Wirion, Generaldirektor der Luxemburger Handwerkskammer.

### Tom Wirion, wo spürt das Luxemburger Handwerk den Fachkräftemangel am deutlichsten?

Quer durch den gesamten Sektor haben wir einen Mitarbeiternotstand. Wir sind zwar noch nicht so weit wie in Deutschland, wo der Mangel an Mitarbeitern das Wirtschaftswachstum bremst, aber es geht in die Richtung.

### Welche Möglichkeiten sehen Sie kurzfristig und langfristig?

Dass wir hier im Land nicht genug junge Leute finden, die den Weg ins Handwerk einschlagen, ist bekannt. Ein Großteil der Mitarbeiter im Luxemburger Handwerk stammt bereits aus der Großregion, also muss der Blick jetzt noch weiter hinausgehen.

### Weiter hinaus, was heißt das?

Das bedeutet vor allem, dass die Leute nicht nach Luxemburg

pendeln können, sondern mit Familien hierhin umziehen müssen, wenn sie von weiter weg kommen. Was wiederum eine Reihe von Fragen aufwirft, zum Beispiel die nach Wohnraum. Für Osteuropa sind Luxemburger Gehälter zwar interessant, aber wenn Mitarbeiter von dort hierherziehen müssen, verringert sich die Attraktivität wegen der Lebenshaltungskosten im Land. Die Überlegung ist darum, dass der Arbeitgeber für seine Mitarbeiter Wohnungen baut, wofür es staatliche Beihilfen gibt.

### Würden denn Fort- und Weiterbildung helfen?

Bei der Berufsausbildung sind die Weichen inzwischen richtig gestellt worden. Was nicht richtig ist, ist die Aussage, am Fachkräftemangel im Handwerk tragen Schule, Ausbildung und berufliche Orientierung Schuld. Es daran festzumachen, ist zu kurz gegriffen. Das Problem ist vielmehr die Diskrepanz zwischen Wirtschaftswachstum und Demografie. Es gibt einfach nicht genug Nachwuchs.

### Welche Lösungsansätze gibt es?

Die meisten Maßnahmen wirken sich erst nach einer gewissen Zeit aus. Zum Beispiel die Neuordnung der Meisterbriefe, die das Handwerk attraktiver für Quereinsteiger macht. Es gibt aktuell auch ein Gesetzesprojekt,

das bald gestimmt werden soll und das Menschen ermöglicht, nebenberuflich eine Berufsausbildung zu absolvieren, ohne ihren aktuellen Arbeitsvertrag aufgeben zu müssen. Das andere ist, das Abitur mit dem Gesellenbrief für einen Handwerksberuf zu verbinden, was es attraktiver macht, einen Handwerksberuf zu erlernen.

### So könnte dem Personalmangel entgegengewirkt werden?

Das alles kann auf längere Sicht etwas Abhilfe schaffen. Auch Fort- und Weiterbildung ist wichtig. Was ebenfalls helfen kann, den Bedarf an Mitarbeitern zu senken, ist die Steigerung der Produktivität. Aber auch von der Digitalisierung soll man sich – gerade im Handwerk – keine Wunder erwarten. Wie man sieht, gibt es nicht das eine Patentrezept, sondern viele Puzzleteile sind nötig.

### In Luxemburg kommt der Staat als Konkurrent hinzu ...

Ja. Die 80-80-90-Regelung, die das Gefälle zwischen Fonction publique und Privatsektor für Berufseinsteiger verringerte, wird aber abgeschafft. Wenn man sich mit der Problematik des Fachkräftemangels eingehend beschäftigt, erkennt man schnell, dass sich dahinter noch tiefer gehende Fragen verbergen.

### Welche?

Solche wie: Welche Vision haben wir für Luxemburg? Welche Ausrichtung soll unsere Wirtschaft haben? Warum hört man nichts mehr von qualitativem Wachstum? Der Fachkräftemangel besteht übrigens nicht nur auf der Arbeitnehmerseite. Auch auf der Unternehmerseite werden viele in den nächsten zehn Jahre in den Ruhestand gehen – ohne einen Nachfolger zu haben.

### Wer familiär nichts mit dem Handwerk zu tun hat, hat es deswegen oft auch gar nicht als potenziellen Arbeitgeber auf dem Radar.

Stimmt, denn viele Kinder und Jugendliche kommen kaum noch direkt mit Handwerkern in Kontakt; den Bäcker auf dem Dorf oder die Schreinerei in der Nachbarschaft gibt es ja nicht mehr. Darum haben wir ein Konzept ausgearbeitet, um während einer Schulwoche fächerübergreifend Handwerksberufe in den Primärschulen vorzustellen. Das Konzept ist vom Bildungsministerium sehr positiv aufgenommen worden, und wird im letzten Trimester 2019 als Pilotprojekt in Schulklassen der Primärschulen quer durchs Land angeboten. Kommt das Projekt gut an, könnte es auf weitere Berufe auch außerhalb des Handwerks ausgeweitet werden.

## Fernsehgigant RTL kämpft gegen Netflix & Co.

**Einst Luxemburger Garagensender ist heute die RTL Group Europas führendes Radio- und Fernsehunternehmen. Um auch in Zukunft bestehen zu können, will RTL digitaler und lokaler werden**

Die RTL Group lädt nach Berlin in die noble Hauptstadtrepräsentanz von Bertelsmann zum „Pressedinner“. So mancher ist überrascht, dass sich mit dem Luxemburger Wort auch Medien aus dem Großherzogtum interessieren. Viele scheinen nicht zu wissen oder vergessen zu haben, was das „L“ im Firmennamen von Europas größtem Fernsehsender bedeutet.

Die Firmenleitung habe das nicht, versichern Bert Habets, Chef der RTL Group, und Elmar Heggen, Finanzchef des Medienkonzerns. Beide sind von Luxemburg aus angereist.

### **Von Kanal 7 in Düdelingen zum europaweiten Millionenpublikum**

Der Sender, der mit einer Düdeler Antenne am 2. Januar 1984 in deutscher Sprache unter dem Namen „RTL plus“ über die Grenze hinweg rund 200 000 Haushalte in Rheinland-Pfalz und Saarland erreichte, hat heute Millionen Zuschauer in ganz Europa.

Deutsche Moderatoren wie Frank Elstner, Dieter Thomas Heck oder Thomas Gottschalk verdanken RTL ihre Karriere; genauso Luxemburger wie Lou van Burg, Camillo Felgen, oder Désirée Nosbusch.

### **Digitale Zukunftsstrategie: RTL goes local**

RTL Fernsehen, einst belächelt, ist inzwischen eine Fernseh- und Medienmacht. Doch der Erfolg ist kein Selbstläufer. Mit Netflix, Amazon, Apple TV oder Magenta der Deutschen Telekom ist einiges auf dem Fernsehmarkt in Bewegung geraten.

Neue Tech-Giganten wie Google und Facebook nehmen viel vom Werbekuchen weg. Und so musste 2018 die Mediengruppe Abstriche im klassischen TV-Werbegeschäft hinnehmen, wie RTL-Chef Habets am Mittwoch in Berlin erklärt. Keineswegs zerknirscht, denn RTL ist dennoch hochprofitabel, und der härter werdende Wettbewerb kommt auch nicht überraschend.

Dennoch ist der Gewinn vor Steuern letztes Jahr um fast sechs Prozent auf rund 1,4 Milliarden Euro zurückgegangen. Die Antwort der RTL Gruppe darauf ist: Digitaler und lokaler werden.

„Wir müssen für die Zukunft vorsorgen“, erklärt Habets, „denn der lineare Fernsehkonsum sinkt bei den jüngeren Zielgruppen.“

Das Streamingangebot soll ausgebaut werden. Letztes Jahr verzeichnete RTL eigenen Angaben nach 1,47 Milliarden Videoabrufe über all seine Plattformen. Ähnlich wie die Konzernmutter Bertelsmann mit der Musiktochter BMG ein erfolgreiches digitales Geschäftsmodell gefunden hat, will RTL das auch mit Filmen, Serien und anderen TV-Inhalten tun.

Darum kaufte der Konzern die britische Video-Technologiefirma Yospace für mehrere Millionen Euro. Der Videospezialist soll dabei helfen, Werbung mit „Target Advertising“ gezielter zu platzieren.

15 Prozent seines Gesamtumsatzes erwirtschaftet das Medienhaus bereits mit der Sparte Digitales, eine Zahl, die sich das Unternehmen eigentlich erst in drei Jahren als Ziel vorgegeben hatte.

Aber es gibt auch Rückschläge; das erst 2014 übernommene Videonetzwerk Stylehaul aus den USA musste für 105 Millionen Euro abgeschrieben werden. Auch das drückte den Nettogewinn im vergangenen Jahr.

### **Weniger Fernsehen, mehr Streaming**

Die RTL-Gruppe mit Hauptsitz in Luxemburg erzielt den Großteil seiner Umsätze mit der Mediengruppe RTL Deutschland und der M6-Gruppe in Frankreich, RTL in den Niederlanden und RTL Belgien sind wichtige Standbeine.

Neben dem Hauptgeschäft mit TV-Werbeinnahmen trägt vor allem auf die Tochtergesellschaft Fremantle, eine Filmproduktionsfirma, viel zum Gewinn bei. Sie produziert Serien, wie etwa „The Rain“, die bei Netflix oder „American Gods“, die bei Amazon Prime läuft.

So verdient RTL indirekt sogar an der Konkurrenz. Nur rund elf Prozent der Produktionen von Fremantle sind für RTL, eine Zahl, die Europas größter Fernsehsender erhöhen möchte. Im Portfolio habe man, so Habets, Inhalte im Wert von etwa einer Milliarde Euro.

Bei Video-on-Demand will RTL in jedem Markt unter den größten drei Streaming-Plattformen sein. „Grundsätzlich sind wir offen für Partnerschaften – wenn die Rahmenbedingungen zu unseren Geschäftsmodellen passen“, sagt Habets.

Vor rund zehn Jahren sollte einst eine gemeinsame Video-on-Demand-Plattform mit dem Konkurrenzunternehmen ProSieben gegründet werden. Das hatten damals die Kartellbehörde abgelehnt.

Beim Streaminggeschäft berichtet RTL heute von steigenden Abonnentenzahlen, ohne pro Land eine konkrete Zahl zu nennen. „Da orientieren wir uns natürlich auch an unseren Wettbewerbern, die ebenfalls keine Abonnentenzahlen pro Land veröffentlichen“, begründet Habets.

In den Niederlanden hat RTL mit Videoland einen Streamingdienst, in Deutschland wurde unlängst massiv für eine Produktion für den Streamingdienst TV Now geworben.

TV Now bietet allerdings keine Download-Möglichkeit, ist auf der anderen Seite aber deutlich günstiger als Netflix. In Frankreich steht das Streaminggeschäft noch am Anfang, Belgien und Ungarn sollen folgen.

- 1924

Die Funkamateure François und Marcel Anen senden 1924 mit der ersten Rundfunklizenz Luxemburgs, die ihnen später abgekauft wird.

- 1931

1931 wird die Compagnie Luxembourgeoise de Radiodiffusion (später „Télédiffusion“, CLT) gegründet als eine der ersten privaten Rundfunkanstalten Europas.

- 1955

1955 startet CLT das erste Fernsehprogramm von Dülklingen aus auf Französisch, kurz darauf folgt das deutschsprachige Radioprogramm Radio Luxemburg.

- 1969

1969 Mit „Hei elei“ wird von CLT die erste wöchentliche Fernsehsendung in luxemburgischer Sprache gestartet, woraus RTL Télé Lëtzebuerg wird.

- 1984  
1984 gründet die CLT den deutschsprachigen Fernsehsender RTL plus, der vorerst nur in Luxemburg in der deutschen Grenzregion empfangen wird.
- 1988  
1988 erfolgt der Umzug von RTL Television nach Köln in Deutschland, weil dort mit einer Erstfrequenz sechs Millionen Zuschauer erreicht werden.
- 1997  
1997 entsteht durch die Fusion der CLT mit der deutschen Bertelsmann-Tochter Universum Film und Fernsehen (UFA) die CLT-UFA.
- 2000  
2000 wird durch Fusion der CLT-UFA mit der britischen Pearson TV die internationale in Luxemburg ansässige RTL Group.
- 2001  
2001 gibt der belgische Investor Albert Frère seine 30-prozentige Beteiligung an der RTL Group an die Bertelsmann AG ab, gegen 25 Prozent an deutschen Medienkonzern.
- 2002 - 2007  
2002 und 2007 unternahm Bertelsmann vergebliche Versuche, die restlichen Aktien der RTL Group zu kaufen, um RTL von der Börse zu nehmen.
- 2006  
2006 kauft Bertelsmann die 25 Prozent seiner Aktien von Albert Frères „Groupe Bruxelles Lambert“ zurück, sodass die Familie Mohn den Konzern wieder vollständig kontrolliert.
- 2013  
2013 verkauft Bertelsmann einen Teil seiner Aktien an der RTL Group gegen 1,4 Milliarden Euro und verringert seinen Eigentumsanteil von 92,3 Prozent auf 75,1 Prozent.

Die Marktführerschaft soll nun dadurch gewahrt bleiben, erklärt Habets, dass stärker in den lokalen Märkten auch lokale Inhalte angeboten werden im Gegensatz zu Anbietern wie Amazon, die sich generell an ein globales Publikum wendeten.

„Wir wollen lokale Streaming-Champions schaffen“, so der RTL-Chef. Dafür seien Investitionen in Höhe von 350 Millionen Euro geplant, davon 300 Millionen Euro in Serien, Dokus, Reality-Shows und andere Formate.

Dass der Wandel hin zu lokaleren Inhalten, Streamingangeboten und Digitalisierung nicht ohne Spuren zu hinterlassen verläuft, zeigen die Personaländerungen, von denen es bei RTL in letzter Zeit einige gab, unter anderem der Abschied der langjährigen Chefin von RTL Deutschland, Anke Schäferkordt.

Habets selbst, ehemals Chef von RTL Nederland, wurde 2017 Guillaume de Posch als Co-Chef zugeteilt und ist nach dessen Rücktritt seit 2018 alleiniger RTL-Chef.

## Verkauf von „RTL City“ in Luxemburg

Als die RTL-Gruppe vor zwei Jahren ihre neue Firmenzentrale in Luxemburg eröffnete, wurde davon gesprochen, man wolle das Gebäude verkaufen und zurückmieten. Seitdem liegen die Pläne auf Eis; ganz verabschiedet von der Idee hat sich das Unternehmen aber nicht.

RTL-Finanzchef Elmar Heggen dazu: „Der grundsätzliche Plan, das RTL-City-Gebäude zu verkaufen, besteht nach wie vor, es müssen aber bestimmte Bedingungen erfüllt sein.“ Kann das Gebäude zu einem guten Preis verkauft und langfristig zu guten Konditionen zurückgemietet werden, werde man das tun, so Heggen.

Einen Tag nach dem Pressedinner im repräsentativen Bertelsmann-Palais Unter den Linden flogen Habets und Heggern vergangenen Donnerstag nach London, um mit Aktienanalysten zu sprechen. Neben Bertelsmann als Mehrheitseigner sind vor allem Investmentgesellschaften wie BlackRock, Schroder Investment, Vanguard oder Degroof Petercam an Europas größtem Fernseh- und Radiokonzern beteiligt.

### Bertelsmann und RTL

Die RTL Group entwickelte sich über die Jahre hinweg mit Beteiligungen an rund 60 Fernsehsendern und mehr als 30 Radiostationen sowie weltweiten Produktionsgesellschaften zu einem der führenden Unternehmen im Sender-, Inhalte- und Digitalgeschäft.

Ab dem Jahr 2021 wird der Luxemburger Staat RTL Télé Lëtzebuerg bezuschussen. Der maximale Betrag liegt bei zehn Millionen Euro pro Jahr, so eine ausgehandelte Konvention. Demnach muss der Luxemburger RTL-Fernsehsender für die staatliche Subventionierung einen öffentlich-rechtlichen Auftrag erfüllen.

Die RTL-Dachgesellschaft CLT-Ufa SA soll künftig lediglich noch jährlich fünf Millionen Euro Eigenkapital in das luxemburgische Fernsehprogramm investieren.

Der 1835 als Buchverlag gegründete Konzern Bertelsmann zählt zu den weltweit größten Medienunternehmen. Zu Bertelsmann – das Unternehmen ist nach wie vor in Familienbesitz – gehören neben der RTL Group unter anderem auch das Verlagshaus Penguin Random House mit mehr als 250 eigenständigen Buchverlagen auf sechs Kontinenten, der Musikverlag BMG sowie eine eigene Investmentgesellschaft, die an 160 Unternehmen beteiligt ist.

Den Umsatz konnte Bertelsmann in den ersten neun Monaten 2018 um 2,4 Prozent auf 12,4 Milliarden Euro steigern. Dies sei der höchste Wert seit 2007, betonte das Unternehmen bei der Präsentation der Quartalszahlen. Das organische Wachstum verbesserte sich auf 2,6 Prozent.

Das Operating EBITDA verblieb mit 1,62 Milliarden Euro etwa auf Vorjahres-Niveau. Das Konzernergebnis bis Ende September 2018 betrug 671 Millionen Euro. Die Bilanz für das Gesamtjahr 2018 wird Bertelsmann kommende Woche, am 26. März vorlegen.

Bertelsmann-Chef Thomas Rabe hat übrigens auch eine persönliche Verbindung nach Luxemburg. Nicht nur arbeitete er hier sechs Jahre lang als Finanzchef der RTL Group, Rabe ist auch in Luxemburg geboren. MeM

### Drei Fragen an

Der Niederländer **Bert Habets** ist seit 1999 bei RTL, beziehungsweise dem Vorgänger CLT-UFA. Erst Chef von RTL Nederland ist er heute alleiniger Geschäftsführer der gesamten RTL Group.

#### **1. Bert Habets, wie viel „Luxemburg“ steckt heute noch in RTL?**

Luxemburg ist die Heimstätte des privaten Rundfunks in Europa.

Und RTL trägt den Namen des Großherzogtums schon im Titel – Radio Télévision Luxembourg. Daher ist es nur konsequent, dass die RTL Group ihren Sitz hier behalten wird. Wir sind uns unserer Verantwortung gegenüber Land und Leuten bewusst, mit mehr als 600 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Luxemburg.

#### **2. Welche Vorteile bietet der Standort, zumal sich Luxemburg selbst mit der Strategie „Digi-**

#### **tal Lëtzebuerg“ digitalisiert.**

Die kurzen Wege, der schnelle Kontakt zu Entscheidungsträgern, eine hochmoderne Internet-Infrastruktur und natürlich die Internationalität des Standortes Luxemburgs – all das sind Vorteile, die nicht nur die RTL Group schätzt.

#### **3. Wie sehen Sie die Zukunft des Fernsehens?**

Die lineare Fernsehnutzung wird in den kommenden Jahren

weiter abnehmen, aber es wird ein Niveau geben, auf dem sich die Nutzung stabilisieren wird, weil Menschen auch in Zukunft aktuelle Nachrichten, Live-Sport und gewisse tägliche Programme linear einschalten werden. Deswegen sind wir bei jenen Sendern optimistischer, die eine breite Programmmischung anbieten.

Interview: Marco Meng

# Sportevents liefen bei der Konkurrenz

## RTL mit Umsatzeinbußen in Deutschland – Zuwachs bei Digitalangeboten

**Luxemburg.** Der Umsatz der RTL Group stieg um 2,1 Prozent auf 6 505 Millionen Euro (2017: 6 373 Millionen Euro) und erreichte damit erneut ein Rekordniveau.

Das Betriebsergebnis (Ebitda) sackte um 5,7 Prozent ab auf 1,4 Milliarden Euro, was an einem hohen Vergleichswert aus dem Vorjahr lag – damals wurden Immobilien in Paris für 94 Millionen Euro verkauft. Rechnet man diesen Einmaleffekt heraus, wäre es immerhin ein kleines Plus von 0,7 Prozent gewesen.

Im Kernmarkt Deutschland musste der Fernseh- und Medienkonzern Abstriche im TV-Werbegeschäft hinnehmen. Auf dem deutschen Markt sanken die Umsätze des international tätigen Medienkonzerns im vergangenen Jahr um 2,8 Prozent auf rund 2,2 Milliarden Euro, wie RTL am Mittwoch mitteilte. Grund für das Minus: Der heiße Sommer, die Fußball-Weltmeisterschaft und die Olympischen Winterspiele im vergangenen Jahr – die Sport-Events liefen bei der Konkurrenz.

Fremantle und TV Now sind Wachstumstreiber

In Märkten wie Frankreich und den Niederlanden lief es besser. Insgesamt stieg der Konzernumsatz um 2,1 Prozent auf 6,5 Milliarden Euro. Neben dem TV-Geschäft gewinnen zwei relativ junge Standbeine des Medienkonzerns an Bedeutung, und zwar die Produktionsgesellschaft Fremantle und Digitalangebote, etwa der Streamingdienst TV Now. Beide Geschäftsbereiche zogen stark an. Allerdings sind diese Geschäfte nicht so profitabel wie das klassische TV-Geschäft. Zudem musste RTL einen Rückschlag in seiner Digitalsparte verkraften – das erst 2014 übernommene Videonetzwerk Stylehaul aus den USA musste für 105 Millionen Euro abgeschrieben werden. Der den Aktionären der RTL Group zurechenbare Nettogewinn sank daher um 9,6 Prozent auf 668 Millionen Euro (2017: 739 Millionen Euro). Für das Geschäftsjahr 2018 will die Mediengruppe eine Schlussdividende von drei Euro pro Aktie auszahlen. Ende 2018 zählte die RTL Group eine Million zahlende Abonnenten ihrer Video-on-Demand-Plattformen (hauptsächlich bei den Bezahldiensten TV Now

Premium in Deutschland und Videoland in den Niederlanden) – 76,7 Prozent mehr als im Vorjahr. Die Anzahl der zahlenden Abonnenten von TV Now Premium stieg um 43,5 Prozent, was laut RTL vor allem auf verbesserte Produkteigenschaften zurückzuführen ist.

### Delisting an der Börse Euronext Brussels

Die Mediengruppe erwartet, dass der Gesamtjahresumsatz für das Geschäftsjahr 2019 moderat steigen wird (+2,5 Prozent bis +5 Prozent; ohne Wechselkurseffekte), getrieben durch das Digitalgeschäft und Fremantle. Der Verwaltungsrat hat zudem aufgrund des niedrigen Handelsvolumens beschlossen, ein Delisting der RTL-Group-Aktien an der Börse Euronext Brussels zu beantragen. Die Aktien der RTL Group werden weiterhin an den beiden Börsenplätzen Frankfurt/Main und Luxemburg gehandelt. An der Bourse de Luxembourg ging die Aktie von RTL Group am Mittwoch mit 51,15 Euro aus dem Handel, ein Plus von 2,39 Prozent im Vergleich zum Vortag. *dpa/pley*

# RTL investiert in Wettbewerb mit Netflix und Amazon

## Die Sendergruppe setzt auf Streaming-Dienste und Inhalte / Digitalerlöse steigen um 19,2 Prozent

cag. HAMBURG, 13. März. Im Wettbewerb mit Online-Videoplattformen wie Netflix oder Amazon setzt die RTL Group verstärkt auf den Aufbau eigener, lokaler Streaming-Angebote. In den nächsten drei Jahren will die Luxemburger Sendergruppe mindestens 350 Millionen Euro zusätzlich in seine Video-on-Demand-Dienste und in eigene Produktionen investieren, teilte das Unternehmen am Mittwoch zur Vorlage der Jahreszahlen für 2018 mit. Netflix hat im vergangenen Jahr 12 Milliarden Dollar für Inhalte ausgegeben.

„Mit der sich immer schneller ändernden Mediennutzung und dem Aufstieg von globalen Tech-Giganten und Streaming-Plattformen agieren wir heute nicht nur in einem lokalen, sondern in einem zunehmend globalen Wettbewerb“, sagte der Vorstandschef der RTL-Group, Bert Habets. Er nannte zwei Ziele, mit denen RTL in diesem Wettbewerb bestehen will: „Die Schaffung lokaler Streaming-Champions und die Stärkung unserer Inhalteproduktion.“ Mit zusätzlichen 300 Millionen Euro will der Sender dabei vor allem in In-

halte in allen Genres investieren. „Jede Investition in lokale, exklusive Inhalte ist eine langfristige Investition, die sowohl unsere linearen TV-Sender als auch unsere Streaming-Dienste stärkt“, sagte Habets. Die Streaming-Dienste von RTL würden in einem dynamischen Markt „momentan sehr vielversprechend“ wachsen. RTL will die Zahl der zahlenden Abonnenten auf mindestens 3 Millionen verdreifachen. Das Tochterunternehmen Fremantle soll dafür die Produktion fiktionaler Serien weiter ausweiten. Derzeit arbeite Fremantle an der Umsetzung von mindestens 35 Ideen für Serienproduktionen. „Da diese Serien auch für den Ausbau unserer Streaming-Dienste von zentraler Bedeutung sind, haben wir einen ambitionierten Expansionsplan für fiktionale Serien entwickelt“, sagte der RTL-Chef. Bei zahlenden Abonnenten von TV Now Premium in Deutschland und Videoland in Holland habe RTL 2018 die Millionenmarke überschritten, ähnliche Angebote in anderen Ländern sollen folgen.

Die Digitalgeschäfte und Fremantle wa-

ren 2018 die Wachstumstreiber. Der Umsatz der RTL Group legte im Vergleich zum Vorjahr von gut 6,37 Milliarden Euro um 2,1 Prozent auf 6,5 Milliarden Euro zu. Die Digitalerlöse erhöhten sich von 826 um 19,2 Prozent auf 985 Millionen Euro und trugen so 15,1 Prozent zum Gesamtumsatz der Gruppe bei. 45,8 Prozent des Umsatzes entfielen auf Werbeeinnahmen aus dem Fernsehgeschäft, 20,2 Prozent auf die Produktion von Inhalten. Das Ergebnis vor Steuern, Zinsen und Abschreibungen (Ebitda) ging um 5,7 Prozent auf 1,38 Milliarden Euro zurück. Der Nettogewinn sank um 9,6 Prozent auf 668 Millionen Euro, was RTL mit Firmenwertabschreibungen von 105 Millionen Euro begründete.

RTL Deutschland trug mit einem Ebitda von 728 Millionen Euro wieder den größten Teil zum Ergebnis bei. Der leichte Rückgang von 738 Millionen im Vorjahr sei vor allem auf geringere Fernseh-Werbeinnahmen zurückzuführen, hieß es.

## Leitartikel Stahl wird grün

Von Pierre Leyers

**I**n den Luxemburger Geschichtsbüchern wird das Jahr 1879 kaum erwähnt, obwohl es vielleicht das wichtigste Jahr überhaupt ist, ohne das alles was folgte – Arbed, Europa-Hauptstadt, Finanzplatz – gar nicht möglich gewesen wäre. Im Jahr 1879, am 2. April, ließ der englische Metallurg Sidney Thomas sein Verfahren zur Erzeugung von Eisen und Stahl aus phosphorreicher Eisenerz patentieren. Der Weitsicht von Norbert Metz, dem Besitzer der Eicher Hütte, ist es zu verdanken, dass er die Bedeutung des Thomasverfahrens erkannte und unverzüglich seinen Sohn Emile sowie Laborchef Jean Meyer nach London entsandte, um eine Lizenz für das Patent zu erwerben. Das geschah am 20. April 1879. Es sollte noch ein paar Jahre dauern, bis in Düdingen der erste Thomasstahl aus dem Hochofen floss. Der Weg zur Massenproduktion war frei. In Luxemburg konnte endlich aus qualitativ minderwertiger Minette hochwertiger Stahl erzeugt werden. Die Entdeckung von Sidney Thomas veränderte nicht nur die Industrie, sondern auch die Landwirtschaft. Die bei der Stahlherstellung anfallende Thomasschlacke wurde zu einem phosphatreichen Düngemittel verarbeitet, das die kargen Böden des Öslings fruchtbar machte. Dank eines Patents im fernen London stieg der landwirtschaftliche Ertrag in Luxemburg zwischen 1880 und 1914 um 60 Prozent.

Die Geschichte wiederholt sich bekanntlich nicht, sie bewegt sich aber in ähnlichen Mustern. Das Potenzial einer Erfindung wird am Anfang meist nur von wenigen erkannt, noch seltener entsteht daraus ein erfolgreiches Produkt. Innovation ist nichts anderes als eine Idee, die in neue Produkte, Dienstleistungen oder Verfahren umgesetzt wird. Die Konsequenzen einer technischen Innovation, etwa auf gesellschaftlicher Ebene, zeigen sich erst viel später.

Gut möglich, dass auch jetzt eine Veränderung wie zu Zeiten von Sidney Thomas ansteht, bezeichnenderweise wieder bei der Stahlherstellung, und obendrein noch beim Klimaschutz. Der luxemburgische Anlagenbauer Paul Wurth hat früh die Zeichen der Zeit erkannt und seine Strategie auf „grünen Stahl“ ausgerichtet. Weltweit ist die Stahlindustrie für sieben Prozent aller Kohlendioxid-Emissionen verantwortlich. Angesichts der Pariser Klimaziele steht die Branche stark unter Druck, sich zu einer emissionsfreien Industrie zu entwickeln. Mittels einer Beteiligung an dem Dresdner Cleantech-Unternehmen Sunfire will Paul Wurth ein Verfahren zur Marktreife bringen, das bei der Roheisenherstellung mit Hilfe von Wasserstoff den fossilen Kohlenstoff ersetzt. Bei dieser sogenannten Direktreduktion entsteht am Ende Wasser statt klimaschädliches CO<sub>2</sub>. Wasserstoff statt Kohle? Das wäre die nächste industrielle Revolution.

Damit Innovationen zur Triebfeder für wirtschaftliches Wachstum werden können, muss die Zeit dafür reif sein. Vor allem muss das Umfeld stimmen. Die Regierung hat mit ihrer „Rifkin-Strategie“, die auf ein Wachstum setzt, das Ressourcen schont und die Lebensqualität verbessert, den Nährboden geschaffen, auf dem neue Ideen gedeihen können. Paul Wurth zeigt, wie man sie in die Tat umsetzt.  
**Kontakt:** pierre.leyers@wort.



Luxembourg - Commerce / Industrie / Artisanat

## Arcelor-Mittal zuversichtlich

### Stahlkonzern rechnet mit stabilem Deutschland-Geschäft

csc. KÖLN, 28. März. Der weltgrößte Stahlkonzern Arcelor-Mittal zeigt sich ungeachtet einer Abschwächung der Stahlkonjunktur optimistisch für seine deutschen Aktivitäten. Beim Geschäftsklima gebe es zwar eine Eintrübung, berichtete Deutschland-Chef Frank Schulz vor der Presse in Köln. Bislang sei die Stahlnachfrage aber relativ stabil. „Wir sehen keinen Grund für Pessimismus.“ Für das laufende Jahr rechnet Schulz auf dem hiesigen Markt mit einem Geschäft auf dem Vorjahresniveau, möglicherweise auch einem kleinen Plus. Potenzial macht er unter anderem bei Silizium-Stählen für Anwendungen in der Elektromobilität aus. Im vergangenen Jahr hat der Stahlriese in seinen vier deutschen Werken 7,6 (Vor-

jahr 7,5) Millionen Tonnen Stahl produziert. Der Umsatz zog von 7,2 auf 7,4 Milliarden Euro an.

Sorgen bereitet Schulz allerdings der Kohleausstieg, in dessen Folge massiv steigende Energiekosten drohen. „Wir brauchen eine stabile Energieversorgung mit wettbewerbsfähigen Strompreisen.“ Ansonsten drohe die deutsche Stahlindustrie im internationalen Wettbewerb abgehängt zu werden. Zudem treiben ihn die wachsenden Stahlimporte aus der Türkei, Indien, Südkorea und China um. Durch die im vergangenen Jahr verhängten amerikanischen Sonderzölle seien die Handelsströme nach Europa umgeleitet worden. Mehr als ein Fünftel des europäischen Stahlverbrauchs werde inzwischen

durch Einfuhren gedeckt. Schulz fordert für alle Akteure gleiche Wettbewerbsbedingungen. Angesichts der strengen Umweltschutzanforderungen in Europa müssten auch die Importeure an den Kohlendioxid-Kosten beteiligt werden.

Um die CO<sub>2</sub>-Emissionen bei der Stahlherstellung zu senken, treibt Arcelor-Mittal ein 65 Millionen Euro teures Vorhaben voran, bei dem Koks oder Erdgas durch Wasserstoff als Reduktionsmittel ersetzt werden sollen. In Kooperation mit der Universität Freiberg wird das neue Verfahren in den kommenden Jahren im Hamburger Werk getestet. In Belgien läuft ein Projekt zur Umwandlung von Kohlendioxidabgasen in alternative Kraftstoffe. Darüber hinaus testet der Konzern ein Verfahren, bei dem Biomasse aus Resthölzern im Hochofen eingesetzt wird.

Frankfurter Allgemeine Zeitung du 29.03.2019 / page 21

Luxembourg - Commerce / Industrie / Artisanat

## Stahlindustrie entdeckt Wasserstoff

Unternehmen forschen an Lösungen, um ihren CO<sub>2</sub>-Ausstoß zu reduzieren

VON CARSTEN DIERIG

**D**eutschlands Stahlhersteller suchen nach alternativen Produktionsmethoden, um ihre CO<sub>2</sub>-Bilanz zu verbessern. Die nämlich ist so schlecht wie in kaum einem anderen Industriezweig. Rund 50 Millionen Tonnen Kohlendioxid pusten die Stahlhöfen in Deutschland jedes Jahr in die Atmosphäre, sagen Experten.

Nur in der Energiewirtschaft liegt dieser Wert noch höher. Und das ist nicht nur schlecht für die Umwelt, sondern wird in Zukunft richtig teuer. Gut 3,5 Milliarden Euro wird die Stahlindustrie in Deutschland nach jetzigem Stand bis zum Jahr 2030 für Emissionszertifikate ausgeben müssen. „Alle haben verstanden, dass sich etwas ändern muss“, heißt es von den Unternehmen.

Mittlerweile ist die Branche aktiv geworden. „Wir forschen an Lösungen, um Emissionen dauerhaft zu reduzieren“, sagt zum Beispiel Frank Schulz, Deutschland-Chef des Weltmarktführers ArcelorMittal. Noch in diesem Jahr wird das Unternehmen in seinem Werk in Hamburg ein Projekt starten, bei dem Wasserstoff (H<sub>2</sub>) für die Stahlherstellung eingesetzt wird. Es soll dabei als sogenanntes Reduktionsmittel im Schmelzprozess fungieren. Während der Reduktion wird bei extrem großer Hitze das Eisenoxid im Erz von Sauerstoff befreit und damit zu metallischem Eisen reduziert. Um die notwendige

Hitze zu erzeugen, wird im Elektrostahlwerk in Hamburg derzeit noch Erdgas genutzt, bei klassischen Hochöfen kommt zudem Kohle zum Einsatz. Die Alternative Wasserstoff gewinnt das Unternehmen künftig aus sogenanntem Gichtgas, das bei der Direktreduktion anfällt. „Die Abtrennung von H<sub>2</sub> wird mit einer Reinheit von 95 Prozent erreicht“, erklärt Schulz. Langfristig sei aber geplant, die Anlagen mit grünem Wasserstoff aus regenerativen Energiequellen zu betreiben.

65 Millionen Euro kostet das Forschungsvorhaben, das von der Universität Freiberg begleitet wird. Der Erfolg ist längst nicht ausgemacht. „Das ist ein technisches Risiko“, gibt Schulz zu. „Wenn es aber funktioniert, werden wir das Verfahren auf alle Standorte ausweiten.“ Derzeit betreibt ArcelorMittal mit Hamburg, Bremen, Eisenhüttenstadt und Duisburg vier Werke in Deutschland mit insgesamt 9000 Mitarbeitern. Produziert wurden dort zuletzt 7,6 Millionen Tonnen Stahl. Und das soll sich 2019 wiederholen. „Wir sehen zwar ein Abknicken im Geschäftsklima“, sagt Schulz. Dennoch sei der Markt weiterhin stabil. „Die Lage ist deutlich besser als die Stimmung.“ Gründe für Pessimismus gebe es jedenfalls nicht. „Wir hatten in den letzten Jahren einen Super-Zyklus. Insofern handelt es sich derzeit um eine Korrektur auf hohem Niveau.“

Mit dem Wasserstoff-Projekt will sich ArcelorMittal für die Zukunft rüsten. „Bislang sind sämtliche Alternativen zur klassischen Stahlerzeugung unwirtschaftlich“, erklärt Schulz. „Sobald sich das aber ändert, müssen wir vorbereitet sein. Denn technische Veränderungen im Produktionsprozess können Jahre dauern.“ Bis spätestens 2050 soll die Branche emissionsfrei sein, so jedenfalls steht es im Klimaabkommen von Paris.

ArcelorMittal ist daher nicht alleine mit seiner Suche nach Alternativen. Auch Konkurrent Salzgitter setzt bei der CO<sub>2</sub>-Reduzierung auf Wasserstoff. Das Projekt SALCOS – die Abkürzung steht für Salzgitter Low CO<sub>2</sub> Steelmaking – umfasst eine Test-Anlage, in der regenerativ erzeugter Wasserstoff die Kohle komplett ersetzt. Für die Energie sollen dabei eigens aufgestellt Windräder sorgen, der Wasserstoff wird anders als bei ArcelorMittal per Elektrolyse erzeugt. Der deutsche Branchenführer ThyssenKrupp wiederum plant ebenfalls ein Wasserstoffprojekt, wie das Unternehmen jüngst angekündigt hat. Zudem hat der Dax-Konzern bereits eine sogenannte Carbon2Chem-Anlage im Einsatz, in der Hüttengase aus der Stahlproduktion als Ausgangsstoff für chemische Produkte genutzt werden – einschließlich des enthaltenen CO<sub>2</sub>.

DIE WELT du 29.03.2019 / page 12

# Alternative für Benzin, Kohle oder Koks

Sunfire ersetzt mit Ökostrom den fossilen Kohlenstoff –  
Paul Wurth hilft auf dem Weg zu einer CO<sub>2</sub>-freien Stahlerzeugung

Von Marco Meng

**Dresden.** Erneuerbare elektrische Energie aus Solar oder Wind mit wenig Energieverlust in flüssige oder gasförmige Energieträger umwandeln – damit können Erdöl und Erdgas ersetzt werden. Zukunftsmusik? Durchaus nicht. Das Unternehmen Sunfire in Dresden macht genau das. Der Luxemburger Maschinen- und Anlagenbauer für die Metallindustrie Paul Wurth ist von dieser Technologie so überzeugt, dass er sich mit einem Millioneninvestment an Sunfire beteiligt.

Als Paul Wurth auf Sunfire zugeht, um in das relativ junge Unternehmen zu investieren, war es für Sunfire eine kleine Überraschung. „Ich muss zugeben, Paul Wurth kannten wir vorher nicht, allerdings war uns die SMS Group, zu der Paul Wurth gehört, schon ein Begriff“, sagt Nils Philipp Aldag, der das Unternehmen vor zehn Jahren zusammen mit zwei Partnern gründete. „Wir waren aber bereits im Stahlsektor unterwegs, und selbstverständlich kannte jeder Partner dort Paul Wurth.“

Die Investition von 20 Millionen Euro, mit der sich Paul Wurth an Sunfire beteiligt, ist auch keineswegs spontan geschehen; mehr als ein Jahr dauerten die Gespräche zwischen Sunfire und den Luxemburgern. „Paul Wurth hat als technisch kompetentes Unternehmen sehr intensiv geprüft, was uns auch gut gefallen hat“, sagt Aldag. Sunfire selbst hat rund 300 Patente. Und ein Elektrolyseverfahren, das einzigartig ist.

„Wir haben Sunfire gefunden“, sagt Horst Kappes, Chef-Ingenieur bei Paul Wurth. „Hintergrund ist die CO<sub>2</sub>-Problematik, denn wir suchen nach Technologien, die die Stahlherstellung ohne CO<sub>2</sub> oder mit reduziertem CO<sub>2</sub>-Footprint ermöglichen. Auf diesem Weg kommt man relativ schnell zu Wasserstoff als Alternative zum Brennstoff Kohle.“

Sunfire macht derzeit einen Umsatz im einstelligen Millionenbereich. „Das heißt nicht, dass

nicht schon Marktpotenzial da wäre“, erklärt Aldag. Genau genommen ist das Potenzial sogar riesig und reicht von Stahl-, Zement- und Chemieindustrie bis Luft- und Schifffahrt. Nicht uninteressant: Mit einem geringeren Investment als Paul Wurth ist auch das französische Energieunternehmen Total an Sunfire beteiligt.

## Vorbereitung aufs Massengeschäft

Ein großer Teil der Sunfire-Mannschaft ist derzeit damit betraut, die Sunfire-Brennstoffzelle und vor allem die Dampf-Elektrolyse, das Hauptprodukt des Unternehmens, für den industriellen Massenmarkt vorzubereiten. Rund 110 Mitarbeiter von Sunfire beschäftigen sich in Dresden mit Elektrolyse, etwa 25 sind am Standort Neubrandenburg mit der Herstellung von Brennstoffzellen, zum Beispiel für Gebäude, beschäftigt.

„Für uns war Paul Wurth auch deshalb interessant, weil es ein Unternehmen ist, das mit großen Industriekunden zusammenarbeitet. Wir bieten Produkte für große Industrieunternehmen, aber für den einen oder anderen Player ist die Zusammenarbeit mit einem so jungen Unternehmen wie Sunfire auch ein Risiko.“ Die enge Zusammenarbeit helfe den Dresdnern, ihre Produkte im industriellen Maßstab global anbieten zu können.

„Das was wir machen“, erklärt Aldag, „ist, ein Substitut für Erdöl oder Erdgas zu produzieren.“ Dadurch wird erneuerbar hergestellter Strom auch lager- und transportierbar; saisonale Schwankungen von Ökostrom können ausgeglichen werden. Etwas, das bislang nicht möglich war. Denn vor wenigen Jahren hätte sich diese Umwandlung auch gar nicht gelohnt, da Solar- oder Windstrom damals noch zu teuer waren.

Von Beginn an war Sunfire bewusst, dass ein wesentlicher Teil der Industrien, die viel CO<sub>2</sub> produzieren, nicht elektrifiziert werden kann, seien es Zement-, Stahl- oder Chemieindustrie, aber auch der Transportsektor mit Luft- und

Schifffahrt. Insgesamt sind das 30 Prozent der CO<sub>2</sub>-Verursacher. Sechs Prozent der Emissionen kommen von der Stahlindustrie, die heute viel Kohle und Koks verbraucht. Ein Stahlwerk betrieben mit Windrädern funktioniert nicht.

## CO<sub>2</sub>-Ausstoß reduzieren

Während die Brennstoffzelle Gas in Strom umwandelt, macht die Elektrolyse das Gegenteil und wandelt Strom in Gas oder eine brennbare Flüssigkeit um. „Wasser kann mit unserer Technik in Wasserstoff und Sauerstoff aufgespalten werden“, sagt Aldag. Oder der Wasserstoff wird mit CO<sub>2</sub> verbunden, die beide dadurch in Kohlenwasserstoff umgewandelt werden. Die Stahlindustrie nutzt schon heute Wasserstoff in Reinform zur Oberflächenveredelung, allerdings noch in geringem Maß. Ein Verfahren, das andere Elektrolyseverfahren nicht können, sondern nur die Hochtemperatur-Elektrolyse (SOEC) von Sunfire: aus CO<sub>2</sub> und H<sub>2</sub>O Synthesegas (CO+H<sub>2</sub>) erzeugen. „Ein technisch sehr fortschrittliches Produkt“, sagt der Chefindgenieur von Paul Wurth.

Die Elektrolyse von Sunfire ist letztlich eine erneuerbare Raffinerie. Die Hoffnung ist nun, dass die großen Stahlwerke sich entsprechend umrüsten und statt mit Koks und Kohle ihre Stahlherstellung mit der Elektrolyse von Sunfire betreiben. Ein erstes Projekt in Zusammenarbeit mit Paul Wurth läuft auch bereits, wie Kappes verrät. „In einem Stahlwerk von Salzgitter in der Nähe von Hannover wird jetzt eine Anlage installiert mit einer Kapazität von 200 Normkubikmeter Wasserstoff pro Stunde.“ Die Anlage wird dann dafür eingesetzt, um Stahlbänder blankzuglühn. Die Elektrolyse kommt von Sunfire, und Paul Wurth kümmert sich um die Verdichtung und Trocknung des Wasserstoffs.

Die CO<sub>2</sub>-Emissionen müssen laut Vereinbarung auf der Weltklimakonferenz in Paris drastisch reduziert werden. „Die Stahlin-

dustrie in Europa weiß genau, dass sie etwas unternehmen muss“, erklärt Kappes. „Sie suchen nach Lösungen, und eine davon heißt Wasserstoff.“ Aber warum wird es nicht schon gemacht? „Weil sie auch alle wissen, dass das momentan ökonomisch nicht tragbar wäre.“

Die Politik sei darum gefordert: es müsse der Tag X kommen, an dem die Stahlwerke ihre Hochöfen umrüsten auf CO<sub>2</sub>-freie Stahlerzeugung, freilich brauchten sie dann auch staatliche Kompensation, um gegenüber außereuropäischer Konkurrenz nicht schlechtergestellt zu werden.

#### Stahlwerke müssen umrüsten

Der Zertifikate-Handel zur Verteuerung der Emissionen ist gescheitert, und die Stahlwerke können auch nicht erst in Jahrzehnten anfangen, den CO<sub>2</sub>-Ausstoß zu verringern. „Die Umwandlung von Strom in Moleküle muss erfolgen“, sagt darum Aldag, der hinzufügt: „Mit Technologien wie der unsrigen ist eine CO<sub>2</sub>-Reduzierung relativ einfach zu machen.“ Stahl grün produzieren ist damit keine Utopie mehr. Wasserstoff als Molekül ist relativ einfach zu erzeugen. Man kann aber mit der Sunfire-Technologie auch Synthesegase erzeugen oder Kraftstoffe wie Kerosin oder Paraffine für die Kosmetikindustrie.

Noch fehlen die politischen Rahmenbedingungen dafür, dass Stahlwerke ihre Prozesse entsprechend umstellen. Wenn die Her-

steller aber umrüsten, sprich: investieren, wer trägt die Kosten? „Wenn wir heute eine Tonne Stahl mit Wasserstoff und Schrott herstellen, sind wir praktisch klimaneutral“, sagt Kappes. „Auf eine Tonne Stahl wären die Herstellungskosten derzeit rund 150 Euro höher. Für ein Auto, das etwa eine halbe Tonne Stahl enthält, wären also 75 Euro mehr zu zahlen. Diese Mehrbelastung spürt niemand.“

Auf der anderen Seite müssen Wege gefunden werden, dass die Verteuerung von Stahl dann nicht nur europäische Hersteller trifft, sondern eine Art CO<sub>2</sub>-Steuer Importstahl dem europäischen Preis anpasst.

Es ist nur der politische Wille erforderlich, das umzusetzen, sagt Aldag. Sunfire hofft jedenfalls auf gesetzliche Maßnahmen in den nächsten zwei bis drei Jahren, was sicherlich einen „Run“ auf die Produkte aus der sächsischen Hauptstadt auslösen würde.

Gindt, dass Eisenbahnvereine, wie zum Beispiel der Train 1900 oder die Minièresbunn, mit eingebunden werden.

Eine Unterredung hat „1604 Classics“ bereits mit den Escher Gemeindeverantwortlichen geführt. Letztere hätten Interesse am Projekt gezeigt. Eine Unterredung mit der Kulturministerin haben sie angefragt. Denn für die Finanzierung aufkommen könnte der Verein nicht. Auf einen genauen Kostenpunkt wolle dieser sich nicht festlegen. Doch dürfte er im zweistelligen Millionenbereich liegen.

„Ein solches Museum, das gibt es in der gesamten Großregion nicht, das würde einen echten Mehrwert für den Standort Schiffingen bedeuten“, wird weiter argumentiert.

Dass es ein Publikum für ein solches Eisenbahnmuseum gibt, stehe außer Frage. „Als wir den Dieseltag im Fond-de-Gras hatten, waren Leute aus Amerika gekommen, um sich unser Material anzusehen“, sagt Christian Schmitz.

#### Die letzte Chance

Sie haben sich bereits für die Workshops eingeschrieben (siehe Kasten), in denen Bürger ihren Input zur Revitalisierung der Industriebranche liefern können. „Der Standort Schiffingen stellt schon fast die letzte Möglichkeit für ein solches, nationales Eisenbahnmuseum dar“, befürchten sie. Zuvor hatten sie bereits andere Orte im Blick. Darunter die ehemaligen CFL-Werkshallen beim hauptstädtischen Bahnhof, die mittlerweile abgerissen wurden, die Industriebranche in Düdelingen oder noch der Standort Ecosider in Péttingen.

Umso motivierter sind sie, sich für die Einrichtung eines Museums auf der Brache Schiffingen einzusetzen. Damit die früheren CFL-Lokomotiven endlich aus ihrer dunklen Werkstatt heraus können. Und wie Schauspieler das Scheinwerferlicht genießen dürfen.

## Denkmalschutzbehörde fährt mit

Die Renovierung von historischem Bahnmateriale beruht stark auf dem Einsatz von Ehrenamtlichen. Sie ist aber nur dank der Unterstützung der Denkmalbehörde in diesem Maß möglich. In den 1980er-Jahren hat der Service des sites et monuments angefangen, ausgewählte Fahrzeuge vor der Verschrottung zu bewahren, erklärt Christian Schmitz. Sie sollten in einem betriebsfähigen Zustand erhalten werden. Dies gilt vor allem für

Fahrzeuge ab der Gründung der CFL 1946, denn während der 1950er-Jahre landeten viele Bahnfahrzeuge aus der Vorkriegszeit auf dem Schrottplatz, so Schmitz weiter. 1989 wurde die erste der vier Lokomotiven der Baureihe 1600 verschrottet. Aus Angst, dass die drei weiteren Lokomotiven dieses Schicksal teilen würden, wurde eine davon unter Denkmalschutz gestellt: die 1604.

► [www.ssmn.public.lu](http://www.ssmn.public.lu)

## Workshops auf der Industriebranche

Vom 29. März bis zum 4. April findet am Standort des ehemaligen Stahlwerks ArcelorMittal/Schiffingen eine sogenannte Entwurfswerkstatt statt. Dabei handelt es sich um Foren, Rundführungen und Workshops in Bezug auf die Revitalisierung der Branche. Interessierte Bürger sind eingeladen, daran teilzunehmen. Sie werden unter anderem

vier Planungsmannschaften beim Entwurf eines Entwicklungsplans für das Areal über die Schulter schauen und ihnen dabei Ideen mit auf den Weg geben können. Organisiert werden diese Workshops von der Entwicklungsgesellschaft Agora. Einschreibungen finden im Internet statt.

► [www.quartierazette.lu](http://www.quartierazette.lu)

## Drei Fragen an

### Georges Rassel, Chef des Luxemburger Anlagenbauers Paul Wurth

Der luxemburgische Anlagenbauer Paul Wurth konkretisiert seine Strategie hin zu „grünem Stahl“ und hat eine Minderheitsbeteiligung an dem in Dresden ansässigen Cleantech-Unternehmen Sunfire übernommen. Warum, erklärt Paul Wurth-Chef **Georges Rassel**.

#### 1. Was ist die Idee hinter „grünem Stahl“?

Heutzutage ist die Stahlindustrie für rund 7 Prozent der globalen CO<sub>2</sub>-Emissionen verantwortlich. An der Herstellung von Stahl hat sich seit den Anfangszeiten wenig geändert. Der im Erz gebundene Sauerstoff wird vom Eisen getrennt. Genutzt wird dafür Kohlenstoff, der sich im Hochofen mit Sauerstoff zu Kohlenmonoxid und schließlich zu Kohlendioxid verbindet. Angesichts der Klimaschutzziele, die mit dem Pariser Klimaabkommen vereinbart wurden, steht die Branche stark unter Druck, sich zu einer emissionsfreien Industrie zu entwickeln.

Vor diesem Hintergrund be-

müht sich Paul Wurth schon heute, den Stahlproduzenten maßgeschneiderte kurz- und mittelfristige Lösungen anzubieten, welche die CO<sub>2</sub>-Emissionen in der traditionellen Hochofenroute schrittweise reduzieren. Darüber hinaus haben wir uns aber auch dazu verpflichtet, langfristige, zukunftsorientierte Lösungen für die Stahlindustrie zu entwickeln. Eines der Szenarien ist die H<sub>2</sub> basierte Eisenerzreduktion, bei der grüner Wasserstoff den fossilen Kohlenstoff im Reduktionsprozess ersetzt. Eine der Herausforderungen dabei ist aber die Produktion von erneuerbarem Wasserstoff in industriellem Maßstab und nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten.

#### 2. Warum die Beteiligung an Sunfire?

Unsere Überlegungen zum Einsatz von Wasserstoff in der Roheisenherstellung brachten uns in Kontakt mit dem Unternehmen Sunfire, das Hochtemperatur-Elektrolyseure entwickelt, welche die Erzeugung von wertvollem

Wasserstoff aus Wasser und mit erneuerbarem Strom ermöglichen. Eine Partnerschaft mit Sunfire bietet uns Zugang zu einem Team von Spezialisten im Bereich Wasserstoff sowie zu einer vielversprechenden Technologie mit hohem Entwicklungspotenzial in der Stahlindustrie, da die Hochtemperatur-Elektrolyse nicht nur die Elektrolýsetechnologie mit dem höchsten Wirkungsgrad ist, sondern auch energiearmes CO<sub>2</sub> in nützliches CO umwandeln kann.

Zudem eröffnet diese Zusammenarbeit für uns auch neue Märkte hinsichtlich einer Diversifizierung, da in vielen anderen Industriebereichen, insbesondere im Schwerlasttransport durch LKWs, Schiffe und Flugzeuge, das Potenzial besteht, fossile Kraftstoffe durch synthetische Treibstoffe, sogenannte E-Fuels, zu ersetzen. Aufgrund der Möglichkeit synthetische Kraftstoffe bei nicht kontinuierlicher Produktion la-

gern zu können, gelten diese heute allgemein als Voraussetzung zur Umsetzung der Energiewende.

#### 3. Ist mehr Nachhaltigkeit die Strategie von Paul Wurth?

Paul Wurths Lösungen haben sich seit jeher den Marktanforderungen angepasst. So haben wir es uns auch heute zum Ziel gesetzt, unsere Kunden auf dem Weg zu einer nachhaltigen und CO<sub>2</sub>-freien Stahlproduktion mit innovativen Technologien zu begleiten. Neben den Lösungen, die wir derzeit im Rahmen der globalen Digitalisierung gemeinsam mit unseren Kunden entwickeln, bedeutet die anstehende Transformation der Stahlindustrie eine unserer Hauptherausforderungen. Paul Wurths Strategie hin zu „grünem Stahl“ stimmt voll und ganz mit den Initiativen der luxemburgischen Regierung überein, die im Rahmen der „dritten industriellen Revolution“ definiert wurden und sich unter anderem auf die Herausforderungen im Bereich Energie, Mobilität, Industrie oder Kreislaufwirtschaft konzentrieren.

Interview: Marco Meng

# Starthilfe mit Stil

Im „Lux Future Lab“ erhalten Start-ups die nötige Unterstützung - ein Blick hinter die Kulissen

LUXEMBURG

DANIEL OLY

**W**er es als aufmüpfige kleine Firma zu etwas bringen möchte, braucht die richtige Hilfe. Die wird im „Lux Future Lab“ auf jeden Fall geboten - denn in dem Inkubator am perfekt zentral gelegenen Boulevard Royal gibt es nicht nur die nötige Bürofläche, sondern viel, viel mehr. Wir haben hinter die Kulissen der Starthelfer vom „Lux Future Lab“ geblickt.

Da wäre etwa die „salle chevalier“, die es den Start-ups erlaubt, potenzielle Investoren mit dem nötigen Stil zu empfangen oder Konferenzen abzuhalten. Dieser Raum, einer von vielen im immerhin drei Gebäude umfassenden Komplex, steht allen Mitgliedern des „Lux Future Lab“ zur Verfügung - ebenso wie die gesamte übrige Infrastruktur. Selbst einen Meditations-Raum und einen eigenen Raum direkt unter dem Dach, in dem regelmäßig eine Massage-Session abgehalten wird, sind hier gang und gäbe.

So bietet das „Lux Future Lab“ einen gesonderten Saal für Pressekonferenzen, Foto-Shootings oder Präsentationen; selbst ein Greenscreen steht hier bereit, um der Kreativität der jungen Unternehmen keine Grenzen zu setzen. Apropos Kreativität: Die könnte durchaus sprudeln, wenn man einen Abstecher in den „Relax-Raum“ im zweiten Stock macht. Hier gibt es nämlich nicht nur ein wundervolles traditionelles Dekor und Sessel, in denen die Seele so richtig baumeln kann, sondern auch einen wundervollen Ausblick auf die Pont Adolphe. „Perfekter Standort zu Neujahr oder am Nationalfeiertag“, meint Isabelle Waty, „Startup Happy Maker“ und Kommunikationsbeauftragte vom „Lux Future Lab“.

## Wichtige Förderung

Waty kümmert sich als Teil des Teams um das Wohlbefinden der Start-ups; „Lux Future Lab“-CEO Olivier Selis führt das vierköpfige Team und sieht die Aufgabe des Inkubators sehr pragmatisch: „Wir sind hier um zu helfen - um zu motivieren und zu unterstützen“, erklärt er. Seit dem Start 2012 bot das von der Bank BGL BNP Paribas geschaffene Projekt insgesamt 63 Start-ups ein Dach, zum jetzigen Zeitpunkt sind 23 junge Unternehmen vor Ort platziert. „Die durchschnittliche Zeit, in der die Unternehmen

hier bei uns sind, beträgt zwei bis drei Jahre“, weiß Selis.

Da zählt jeder Moment, um den Start-ups zum Erfolg zu verhelfen. „Wir spielen eine wichtige Rolle bei der Unternehmensgründung, bis sie auf den eigenen Füßen stehen können“, erklärt er. „Wir wollen vor allem die nötige Begleitung bieten, stehen mit Rat und Tat zur Seite und helfen bei den wichtigen Schritten zur erfolgreichen Unternehmensgründung“, meint auch Waty. So gereicht es bereits zum Vorteil, weil ehemalige Gäste zu Informationsveranstaltungen vorbei schauen. „Diese Form von Mentoring und Tutoring bekommen die Start-ups auf eigene Faust eher nicht“, meint Selis. Daneben stünden Start-ups ihm Rahmen des „Lux Future Lab“ auch die geballte Kompetenz bei Finanz- und Rechtsfragen zur Seite. „Nicht jedes Start-up kommt aus Luxemburg und kennt sich mit dem hiesigen Recht perfekt aus, da helfen wir natürlich auch.“

Die Unterstützung geht aber über das Finanzielle oder organisatorische Kniffe weit hinaus: „Wir wollen auch den Teamgeist fördern - deshalb gibt es auch gemeinsam organisierte sportliche Betätigung im nahe gelegenen Park, und deshalb gibt es auch Vorrichtungen zum Duschen bei uns im Haus“, meint Waty schmunzelnd.

2017 konnte das „Lux Future Lab“ schon fünf erfolgreiche Jahre feiern - damals war es vollgepackt mit 30 Startups und 20 Partnern. Damit hatte der Inkubator seit dem Start 2012 einige rasante erste Jahre hinter sich: 13 Start-ups wurden etwa bereits ein Jahr später erreicht, die Zahlen wuchsen, weshalb 2015 ein Ortswechsel zum derzeitigen Standort am Boulevard Royal vollzogen wurde. Und wie wählt das „Future Lab“ eigentlich selbst aus, welche Start-ups ins Haus kommen? „Da geht es insbesondere darum, möglichst vielversprechende Produkte und Ideen zu unterstützen“, betont Selis. ●



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG  
Botschaft in Deutschland

# FINANZEN

# Rosige Aussichten

Finanzminister Pierre Gramegna präsentiert heute seinen sechsten Haushaltsentwurf

VON DANI SCHUMACHER

**Heute gibt Finanzminister Pierre Gramegna die Eckwerte des Budgets 2019 bekannt. Die Zahlen werden aller Voraussicht nach positiv sein. Doch das war nicht immer so. Am Anfang der vergangenen Legislaturperiode musste er erst einmal den Rotstift ansetzen.**

In diesem Jahr muss es schnell gehen, sehr schnell. Denn der Haushaltsentwurf muss noch im April vom Parlament abgesegnet werden, damit er fristgerecht am 1. Mai in Kraft treten kann.

Zur Zeit arbeitet die Regierung mit einem provisorischem Haushalt, dem sogenannten „12<sup>e</sup> provisoire“. Dieser Kunstgriff, mit dem das Budget 2018 gewissermaßen um vier Monate „verlängert“ wurde, war angesichts der Nationalwahlen vom Oktober notwendig geworden. Denn wäre es zu einem Regierungswechsel gekommen, hätte das neue Kabinett sich nach der Decke der alten Regierung strecken müssen. Die CSV-LSAP-Regierung hatte 2013 vor den vorgezogenen Neuwahlen übrigens auch auf das 12<sup>e</sup> provisoire zurückgegriffen.

## Positive Entwicklung

Man kann davon ausgehen, dass Finanzminister Pierre Gramegna (DP) optimistisch in die Zukunft blickt, wenn er heute um 9 Uhr seinen sechsten Haushaltsentwurf in der Chamber vorstellen wird. Denn die Zahlen stimmten zuletzt zuversichtlich. Ende Dezember 2018 bezifferte sich der Überschuss beim Zentralstaat immerhin auf 773 Millionen Euro. Die Einnahmen lagen bei 18 392 Millionen Euro. Laut den Zahlen, die der Finanzminister den Mitgliedern des Finanzausschusses Anfang Februar präsentiert hat, chiffrierten sich die Ausgaben beim Zentralstaat Ende letzten Jahres auf 17 619 Millionen Euro. Da die Ausgaben lediglich um 7,6 Prozent im Vergleich zu 2017 gestiegen sind, die Einnahmen aber um zehn Prozent, schließt sich die Schere langsam, aber sicher, so Gramegna damals. Der Finanzminister geht sogar davon aus, dass sich das Budget 2018 im April nach

der Endabrechnung als Punktlandung entpuppen könnte.

Zur Erinnerung: Bei der Präsentation des Haushaltsentwurfs im Oktober 2017 ging Gramegna noch von Einnahmen in Höhe von 17 300 Millionen Euro und von Ausgaben in Höhe von 18 190 Millionen Euro beim Zentralstaat aus. Laut den damaligen Prognosen musste man also noch von einem Minus von 890 Millionen Euro ausgehen. Wenn das Resultat am Ende besser ausfällt als prognostiziert, sprechen Finanzminister gerne von einer „vorsichtigen Haushaltsplanung“.

## Notbremse bei der Verschuldung

Zu Beginn seiner Amtszeit war Pierre Gramegna nicht ganz so optimistisch. Als Folge der Wirtschafts- und Finanzkrise war die Staatsverschuldung aus dem Ruder gelaufen. Seit dem Jahr 2000 hatten sich die Schulden fast verzehnfacht. 2013 lag sie bei 23,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Die Regierung baute daher eine Notbremse ein und verordnete sich selbst eine Obergrenze von 30 Prozent des BIP. Laut den Maastricht-Kriterien sind 60 Prozent zulässig. Gleichzeitig versprach sie, die Schulden im Verlauf der Legislaturperiode deutlich zu senken. Im Oktober 2017 ging Gramegna von einer Verschuldung von 12,9 Milliarden Euro oder 23,5 Prozent des BIP aus. Bis 2021 prognostizierte er einen Rückgang auf 21,6 Prozent des BIP.

Um die Staatsfinanzen wieder ins Lot zu bringen, verordnete die blau-rot-grüne Regierung dem Land in den Anfangsjahren daher einen Sparkurs. Die 258 Einzelmaßnahmen kamen 2014 unter dem euphemistischen Begriff „Zukunftspak“ daher und sollten ursprünglich Einsparungen in Höhe von 500 Millionen Euro generieren. Nach einigen Anpassungen sollten es dann immerhin noch 436 Millionen werden. Um das Loch zu stopfen, das der Wegfall der Einnahmen aus dem elektronischen Handel in den Staatssäckel riss, wurde die Mehrwertsteuer von 15 auf 17 Prozent angehoben.

Die Sparmaßnahmen kamen bei der Bevölkerung erwartungsgemäß nicht gut an. Die Umfragergebnisse der Regierung sackten ab. Zwei Jahre später sollte Vizepremier Etienne Schneider (LSAP) sich gar von dem Zukunftspak distanzieren. Der Wirtschaftsminister sprach von einem „politischen Fehler“. Der Finanzminister verteidigte die Maßnahmen hingegen auch im Nachhinein.

## Die Kehrtwende

In der zweiten Hälfte der Legislaturperiode erfolgte in der Haushaltspolitik schließlich die Kehrtwende. Die Regierung gab ihren Sparkurs auf und machte sich – mit guten Konjunkturdaten im Rücken – ans Umverteilen. Kernstück der neuen Politik war die Steuerreform, die am 1. Januar 2017 in Kraft trat. Finanzminister Pierre Gramegna rechnete ersten Prognosen zufolge mit Mindereinnahmen zwischen 400 und 500 Millionen Euro. Auch die Investitionen wurden hochgefahren.

Getreu dem Motto „Wann et dem Land gutt geet, soll et och de Leit gutt goen“ folgte zuletzt eine ganze Reihe von Maßnahmen, um das Volk bei Laune zu halten, die den Staatshaushalt aber dauerhaft belasten: Die Kosten für die gratis Schulbücher im Sekundarunterricht schlugen mit etwa zwölf Millionen Euro pro Jahr zu Buche, der gratis öffentliche Transport mit ungefähr 40 Millionen Euro. Welche Kosten die im Regierungsprogramm vereinbarte gratis Kinderbetreuung in den Maisons relais generieren wird, ist noch nicht gewusst.

Finanzminister Pierre Gramegna war 2014 übrigens mit der Lösung angetreten, bei der Haushaltsaufstellung eine „kopernikanische Revolution“ herbeizuführen. Dabei bezog er seine Reform weniger auf die Finanzen ans sich, sondern viel mehr auf die Art und Weise, wie das Budget aufgestellt wird. Zwar gab es in den vergangenen fünf Jahren Anpassungen und die Einführung eines Mehrjahreshaushalts, doch ein „budget par objectifs“ gibt es immer noch nicht.

„Angesichts der positiven Entwicklung beim Zentralstaat bin ich zuversichtlich, dass sich für das Haushaltsjahr 2018 ein Gleichgewicht bei den öffentlichen Finanzen abzeichnet.“

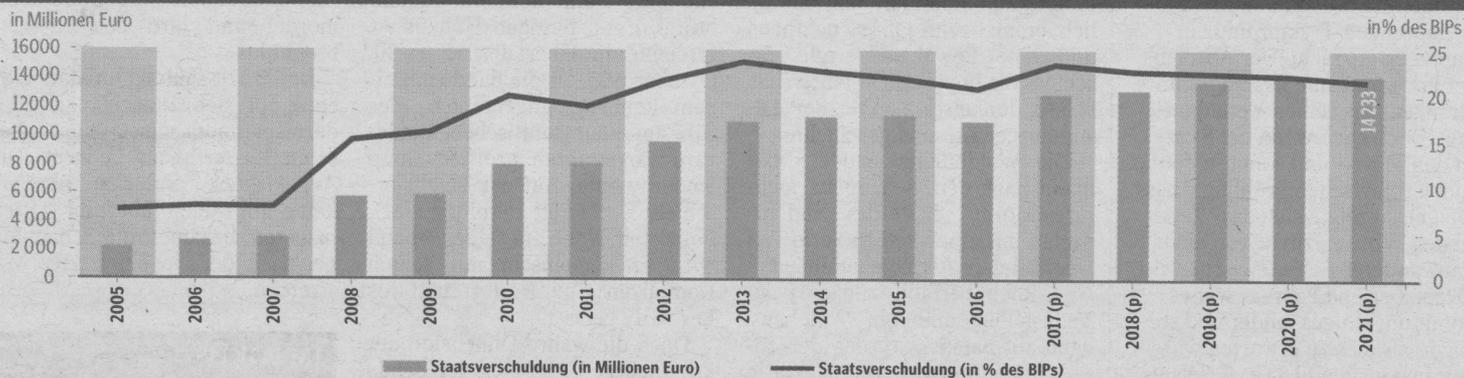
Pierre Gramegna



Finanzminister Pierre Gramegna hat gut lachen. Der Haushalt 2018 könnte eine Punktlandung werden. Die Voraussetzungen für das Budget 2019 sind also günstig.

(ARCHIVFOTO: GUY JALLAY)

### Entwicklung der Staatsverschuldung



Quelle: STATEC, LPPP 2017-2021

# „Die Weichen richtig stellen“

Finanzminister Pierre Gramegna stellt Prioritäten des Staatshaushalts 2019 vor

VON MICHÈLE GANTENBEIN

**Die Wirtschaft brummt, die Arbeitslosigkeit sinkt und die Einnahmen sprudeln. Möglicherweise schreibt Luxemburg 2018 das erste Mal seit Jahren eine schwarze Null im Zentralstaat. Vor diesem angenehmen Hintergrund stellte Pierre Gramegna gestern das Budget 2019 vor.**

Jedes Jahr, wenn Pierre Gramegna den Staatshaushalt vorstellt, erinnert er an seine Anfangszeit als Finanzminister, als die Lage „nicht sehr rosig“ war, die fehlenden Einnahmen aus dem E-Commerce und die Abschaffung des Bankgeheimnisses dem Land so sehr zusetzten, „dass Luxemburg riskierte, den Stabilitäts- und Wachstumspakt nicht mehr einzuhalten und sein Triple A zu verlieren“. So war es auch gestern, als Pierre Gramegna seinen sechsten Haushalt präsentierte.

Abgesehen von 2014 verkündete er Jahr für Jahr nur gute Neuigkeiten. Und es wird sogar noch besser. Lag das Defizit im Zentralstaat in den Jahren 2014 bis 2017 jährlich um die 200 bis 250 Millionen Euro, so erwartet die Regierung für 2018 eine schwarze Null. Gramegna führte das auf die vorausschauende Finanzpolitik der vergangenen Jahre zurück, begünstigt durch eine gute Konjunktur.

Trotz internationaler Risiken sehen die wirtschaftlichen Prognosen auch weiterhin gut aus. Der Statec sagt für die Jahre 2019-2022 ein Wirtschaftswachstum von jährlich mindestens drei Prozent voraus. Dass es dem Land gut geht, erkennt man laut Gramegna auch an der guten Entwicklung der Einnahmen, am Rückgang der Arbeitslosigkeit, die

2019 sogar unter fünf Prozent fallen soll, sowie an den Konsumausgaben der Haushalte, die wieder das Vorkrisenniveau erreicht haben.

## 2019: Defizit von 649 Millionen Euro

Die schwarze Null wird 2019 allerdings nicht erreicht. Im Zentralstaat stehen Ausgaben in Höhe von 19,611 Milliarden Einnahmen in Höhe von 18,962 Milliarden Euro gegenüber. Das macht ein Defizit von 649 Millionen Euro. Dieses sei nur temporär, versicherte Gramegna, und sei auf eine vorsichtige Schätzung der Einnahmen zurückzuführen. Im Vergleich zu 2018 steigen die Ausgaben 2019 um 5,8 Prozent, bei den Einnahmen rechnet Gramegna mit einer Steigerung von nur 1,6 Prozent. Für die Jahre 2020 bis 2022 geht die Regierung davon aus, dass die Einnahmen im Schnitt um 5,6 Prozent, die Ausgaben durchschnittlich um 4,5 Prozent steigen, so dass bis 2022 wieder mit einem ausgeglichenen Haushalt zu rechnen sei.

Mit 9,3 Milliarden Euro (48 Prozent des Budgets) machen die Sozialleistungen, Sozialtransfers und Subventionen den größten Ausgabenposten aus. Die öffentlichen Gehälter schlagen mit 4,584 Milliarden (23 Prozent) zu Buche. Das ist eine Steigerung von sieben Prozent, bedingt durch das Gehälterabkommen im öffentlichen Dienst, aber auch, weil beim Staat 950 neue Posten geschaffen werden. Die Investitionskosten liegen bei 2,588 Milliarden Euro (13 Prozent). Rund 20 Prozent der Investitionen fließen in den Klima- und Umweltschutz. Der Anteil steigt bis 2022 auf 23,3 Prozent.

Im Gesamtstaat (Zentralstaat, Ge-

meinden, Sozialversicherung) steigt der Überschuss von 632 Millionen Euro (2019) auf über 1,4 Milliarden Euro im Jahr 2022. Bei den Gemeinden rechnet die Regierung jedes Jahr mit einem Überschuss von 300 Millionen Euro und bei der Sozialversicherung mit einer Milliarde Euro jedes Jahr.

Die EU-Kommission hat für die Jahre 2020 bis 2022 ein strengeres mittelfristiges Haushaltsziel festgelegt. Das Objectif à moyen terme (OMT) steigt von derzeit -0,5 auf +0,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Trotz des strengeren OMT werde Luxemburg auch in den kommenden Jahren die Kriterien des Stabilitäts- und Wachstumspakts einhalten, so Gramegna. Anders ausgedrückt: Die Schulden bleiben unter Kontrolle. Sie bleiben weiterhin unter der selbst auferlegten Grenze von 30 Prozent des BIP und weit unter der europäischen Grenze von 60 Prozent. 2018 lag die Staatsverschuldung bei 21,4 Prozent der Wirtschaftsleistung, 2019 wird sie bei 20,2 Prozent und 2022 bei 18,4 Prozent liegen.

Gemessen an der Wirtschaftsleistung wird die Staatsverschuldung also weiter sinken. In absoluten Zahlen jedoch steigt sie von 12,5 (Ende 2018) auf 13,2 Milliarden Euro (2022). Man habe nie vorgehabt, die Schulden in absoluten Zahlen zu senken, sagte Gramegna. Schulden zurückzahlen sei angesichts historisch niedriger Zinssätze auch nicht sinnvoll. Es mache mehr Sinn, ins Land zu investieren und einen Teil der Investitionen über Kredite zu finanzieren.

## Prioritäten Budget 2019

Die Bezeichnung „Budget der sozialen Kohäsion und der Gerechtigkeit, der Kompetitivität und der Nachhaltigkeit“ soll zeigen, dass der Haushalt die Handschrift der drei Parteien trägt.

### Soziale Kohäsion

- Erhöhung des Mindestlohns um 100 Euro (60 Millionen Euro);
- Senkung der TVA auf hygienischen Produkten auf drei Prozent;
- Elternurlaub: 237 Millionen Euro;
- Kostenlose Kinderbetreuung: 421 Millionen Euro;
- Das Ministerium für Bildung, Kind-

heit und Jugend erhält erstmals über 2,5 Milliarden Euro;

- Das Budget des Wohnungsbauministeriums steigt um 6,8 Prozent, das Kulturbudget um 15 Prozent, die Sportvereine werden mit 21,5 Prozent mehr Mitteln unterstützt;
- Entwicklungshilfe: 420 Millionen Euro

### Kompetitivität

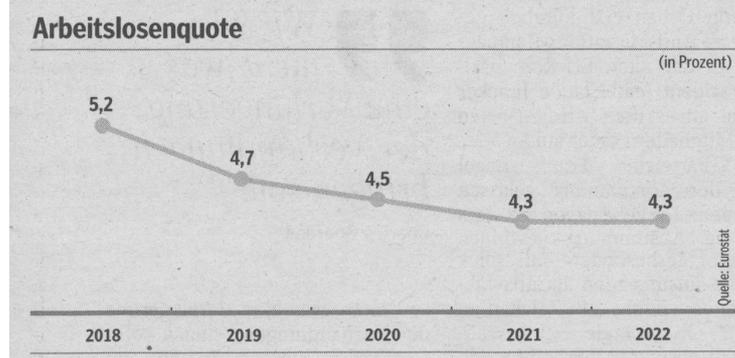
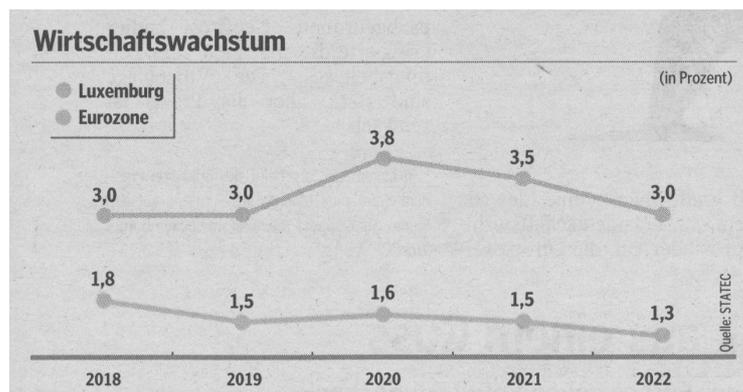
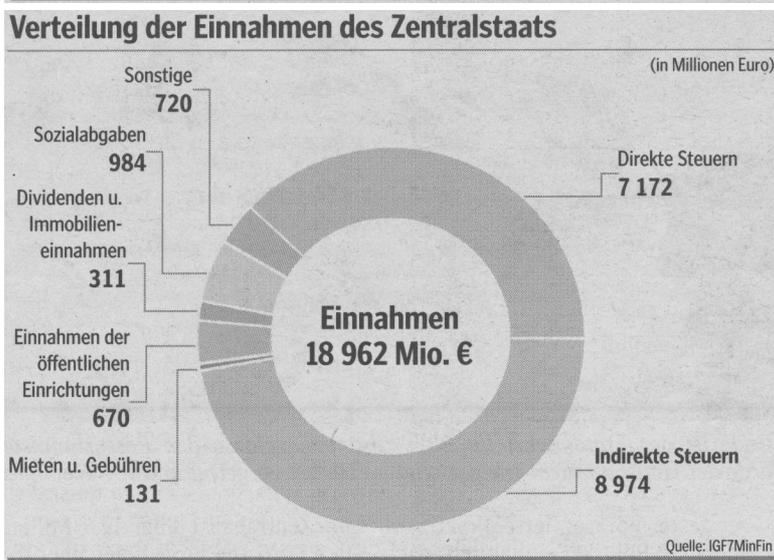
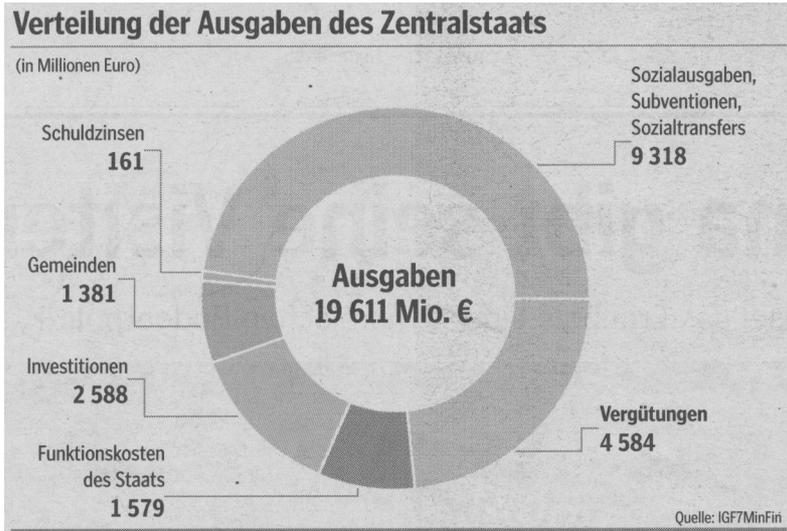
- Die Körperschaftssteuer für Betriebe sinkt rückwirkend zum 1. Januar 2019 von 18 auf 17 Prozent (Kostenpunkt: 50 Millionen Euro ab 2020);
- 88,5 Millionen Euro für neue Aktivitätszonen (bis 2022);

- 90 Millionen pro Jahr für Forschung und Innovation;
- Das Budget für Hochschule, Forschung und Innovation wird um 8,5 Prozent auf 500 Millionen Euro erhöht. Die Forschungszentren werden mit 352 Millionen Euro unterstützt.

### Nachhaltigkeit

- Die Akzisen auf Treibstoff steigen um 0,01 Euro pro Liter Benzin und um 0,02 Euro pro Liter Diesel. Die Mehreinnahmen von 2,5 Millionen Euro fließen zur Hälfte in den Klimafonds und zur Hälfte in den Haushalt, für Investitionen und soziale Maßnahmen;
- Prämien auf E-Autos und E-Bikes;

- 800 Ladestationen für E-Fahrzeuge;
- Das Mobilitäts- und Infrastrukturministerium erhält über zwei Milliarden Euro. Ein Großteil fließt in den Ausbau des öffentlichen Transports. Der kostenlose öffentliche Transport kostet den Staat 2020 30 Millionen, danach jährlich 40 Millionen Euro;
- Die Gesamtinvestitionen in den Klima- und Umweltschutz steigen zwischen 2018 und 2022 um über 50 Prozent, von 455 auf 710 Millionen Euro. mig



## Clearstream setzt weiter auf Luxemburg

Investitionen in Zukunftstechnologien sollen die Deutsche Börse-Tochter stärken

**Luxemburg.** Clearstream zählt mit 13 Billionen Euro an verwahrten Vermögenswerten beim Handel und der Verwahrung von Wertpapieren weltweit zu den bedeutendsten Unternehmen. Vor fast 50 Jahren von 66 der weltweit größten Finanzinstitute als „Cedel“ gegründet, gehört Clearstream heute zur Gruppe Deutsche Börse. Traditionell hat das Un-

ternehmen tiefe Wurzeln am Finanzplatz. Der Schock war groß, als Clearstream im Dezember letzten Jahres ankündigte, 218 der fast 1100 Stellen am Luxemburger Sitz streichen zu wollen.

Im Interview erklärt Stephan Leithner, im Vorstand der Deutschen Börse zuständig für die Luxemburger Tochter, dass mit dem Stellenabbau eine tiefgreifende

Neupositionierung einhergeht. Es werde nicht nur abgebaut, sondern gleichzeitig auf- und ausgebaut. Blockchain und künstliche Intelligenz veränderten das Geschäft, die Regulierung werde komplexer, neue Wachstumsfelder wie etwa das Fondsgeschäft entstünden: „Luxemburg ist und bleibt der weltweit größte Standort von Clearstream.“ *pley*

# „Zügig Klarheit schaffen“

## Deutsche-Börse-Vorstand Stephan Leithner zum Stellenabbau bei Clearstream und den Herausforderungen am Kapitalmarkt

**Interview: Pierre Leysers**

Im Dezember letzten Jahres schockte Clearstream mit der Nachricht, 218 der fast 1100 Stellen am Luxemburger Sitz streichen zu wollen. Dr. Stephan Leithner, im Vorstand der Deutschen Börse zuständig für das luxemburger Tochterunternehmen, erklärt, dass mit dem Abbau auch ein Umbau und ein Aufbau einhergehen. Clearstream nimmt technologische und regulatorische Entwicklungen vorweg und positioniert sich neu in einem bewegten Markt.

**Stephan Leithner, Clearstream hat einen umfangreichen Stellenabbau in Luxemburg angekündigt. Etwa ein Fünftel der etwa 1 200 Arbeitsplätze soll wegfallen? Was sind die Gründe für diese Maßnahme?**

Als Teil der Gruppe Deutsche Börse steht Clearstream vor einer umfangreichen Neuausrichtung. Hintergrund und Startpunkt für viele dieser Themen sind technologische Veränderungen und das, was wir in der europäischen politischen Landschaft sehen – das sind alles Herausforderungen, die sich in den Jahren 2020 und 2021 anders darstellen werden als dies heute der Fall ist. Dadurch wird es Bereiche geben, in denen Stellen wegfallen, auf der anderen Seite gibt es Themen, wo wir neue Akzente setzen und auch personell wachsen werden.

**Was sind das für neue Akzente?**

Es geht dabei vor allem um technologische Schwerpunkte, die wir neu setzen, aber auch um regulatorische Herausforderungen. Viel von dem, was die Neuausrichtung betrifft, ist weniger eine Reduzierung der Mitarbeiterzahl, als vielmehr eine Verlagerung innerhalb der Geschäftsfelder.

**Clearstream baut Stellen ab. Werden gleichzeitig neue Stellen bei Ihnen in Luxemburg entstehen?**

Auf jeden Fall. Das geschieht schon jetzt, vor allem in Bereichen, die mit der Regulatorik zu tun haben. Auch das Fondsgeschäft werden wir in diesem Jahr weiter ausbauen, wenn sich hier in Luxemburg die richtigen Mög-

lichkeiten ergeben. In der Summe erwarten wir, dass wir hier in Luxemburg auch in Zukunft – ebenso wie heute – um die tausend Mitarbeiter haben werden. Damit ist und bleibt Luxemburg mit Abstand der weltweit größte Standort von Clearstream.

**Welche Tätigkeiten sind vom Personalabbau besonders stark betroffen?**

Es geht hier vor allem um drei Felder: Zum einen müssen wir dort Anpassungen vornehmen, wo wir starke technologische Veränderungen sehen – zum Beispiel Verlagerungen von IT-Dienstleistungen in neue technische Umfelder. Ich denke da zum Beispiel an IT-Hosting-Dienstleistungen für unsere Bankkunden. Das haben wir in der Vergangenheit aufgebaut, aber es ist nicht Teil unseres Kerngeschäfts – im Zeitalter der Cloud werden wir es mittelfristig nicht mehr anbieten; da gibt es andere Unternehmen, die sich darauf spezialisiert haben. Als Zweites geht es um Bereiche in der Wertpapierverwahrung, in denen wir in der Vergangenheit sehr ineffiziente Abläufe hatten. Digitalisierung, Automatisierung und der Einsatz künstlicher Intelligenz werden uns dabei helfen, dort effizienter zu arbeiten – mittelfristig sehe ich hier großes Potenzial. Das dritte Thema muss man auch ganz offen ansprechen: Als Gruppe Deutsche Börse gibt es bei uns sehr viele Tätigkeiten, die auf zahlreiche Standorte verteilt sind. Das heißt, wir sind zu fragmentiert. Deshalb werden wir uns künftig stärker konzentrieren, sodass wir eine Tätigkeit nur noch an zwei – statt zum Beispiel an vier – Standorten ausüben werden, von denen einer der Hauptstandort ist.

**Nennen Sie mir ein paar Beispiele dieser Doppelstandorte. Wo kommt Luxemburg dabei vor?**

Das hängt vom jeweiligen Geschäftsfeld ab. Beim klassischen Emissionsgeschäft zum Beispiel ist es Frankfurt – Luxemburg. Im Fondsgeschäft sind es Luxemburg und Cork.

**Der angekündigte Personalabbau**

**ist doch für die Stimmung sicherlich nicht förderlich?**

Es ist sicherlich eine Belastung für viele Mitarbeiter. Uns war es wichtig, zügig Klarheit zu schaffen, in guter Zusammenarbeit und Abstimmung mit den Sozialpartnern. Das ist uns bereits im letzten Herbst gelungen. Ich glaube, dass jetzt die Neuausrichtung und die neuen Chancen im Vordergrund stehen. Wenn wir hier beim Abbau von einer Größenordnung von 150 Stellen sprechen, die betroffen sind, sollten wir dabei auch nicht vergessen, dass wir alleine in den letzten beiden Jahren 150 neue Mitarbeiter eingestellt haben. Zum Teil wird daher über die nächsten Jahre auch eine Umorientierung für einzelne Mitarbeiter stattfinden: von Stellen, die wegfallen, hin zu neuen Wachstumsfeldern. Wir gehen davon aus, dass viele der Mitarbeiter, die vom Stellenabbau betroffen sind, intern neue Möglichkeiten finden werden.

**Sie nehmen also die Entwicklung, so wie Sie sie in zwei, drei Jahren sehen, mit Ihren aktuellen Geschäftsentscheidungen vorweg?**

Genau das müssen wir in der mittel- bis langfristigen Perspektive tun. Unsere Geschäfte haben sehr lange Investitionszyklen. Bis die benötigten IT-Systeme geschaffen sind, bis wir mit unseren Kunden die entsprechenden Standards vereinbart haben, und bis Regulatoren dem auch zugestimmt haben, vergeht viel Zeit. Ein Beispiel: Das europäische Abwicklungssystem T2S wurde bereits 2006 ins Leben gerufen. Erst 2015 wurden die ersten Länder angeschlossen, erst jetzt kann ein Teil der Effizienzen realisiert werden, von denen wir viele Jahre zuvor schon gesprochen hatten.

**Clearstream ist ein Vermittler. Eine Bank verkauft Aktien, eine andere kauft sie, über Ihre Plattform wird der Handel abgewickelt. Wird Ihre Rolle als Vermittler durch den Einsatz von Blockchain eines Tages hinfällig? Wie wird sich das Geschäft von Clearstream durch den Einsatz der Blockchain-Technologie verändern?**

Blockchain wird sicherlich viele Funktionen im Wertpapier-

geschäft verändern. Ein zentrales Thema wird es nicht verändern: Es bedarf vertrauenswürdiger, regulierter Parteien, die wichtige Vermögenswerte auch weiterhin repräsentieren. Genauso wenig wird Blockchain ersetzen können, dass es ein funktionierendes Netzwerk – eine Plattform – geben muss. Diese Kombination, der vertrauenswürdige Partner, der eine Plattform betreibt – die Bedeutung dieser Rolle von Clearstream sehen wir bereits jetzt bei unseren ersten, praktischen Anwendungen von Blockchain. Ein Beispiel ist unsere enge Zusammenarbeit mit dem in Luxemburg beheimateten Fintech-Unternehmen HQLAx, an dem wir auch beteiligt sind. Dieses Fintech ist für uns ein erstes konkretes Beispiel dafür, wie wir Blockchain ganz konkret anwenden können. Dabei können unsere Partner und Kunden – sechs der ganz großen Banken und neben Clearstream einige der anderen großen Custodians sind bereits dabei – die Technologie nutzen, um Besicherungsgeschäfte innerhalb von Europa durchzuführen.

#### Clearstream wird also auch weiterhin gebraucht werden?

Da sind wir sehr sicher!

#### Wie schätzen Sie, dass Luxemburg bei dem Thema Blockchain aufgestellt ist?

Luxemburg hat sich als erstes Land um das Thema Blockchain herum rechtlich neu ausgerichtet. Es hat Tokens als Güterrechte eingeführt. Luxemburg wird damit einer von zwei oder drei Standorten weltweit sein, die einen natürlichen Anlaufpunkt rund um das Thema Blockchain bilden. Ich rechne damit, dass sich dadurch noch viele weitere Start-ups, wie jetzt schon HQLAx, nach Luxem-

#### Clearstream

Die Abwicklungs- und Verwahrgesellschaft Clearstream ist ein sehr internationales Unternehmen: Rund 2 400 Mitarbeiter mit 72 unterschiedlichen Nationalitäten arbeiten an zwölf Standorten weltweit. Wichtigster Standort mit etwa 1 100 Beschäftigten ist Luxemburg.

burg begeben werden. Das ist dem vorausschauenden Ansatz, den man hier bei den rechtlichen Rahmenbedingungen verfolgt hat, zu verdanken.

#### Wie wird denn die künstliche Intelligenz Ihr Geschäft verändern?

Es gibt eine ganze Reihe von Themen, bei denen wir uns sehr intensiv mit den Möglichkeiten der künstlichen Intelligenz auseinandersetzen. Das beginnt mit der Kundeninteraktion – wir erhalten tagtäglich Tausende von Kundenanfragen, die sehr gut mit den heutigen Möglichkeiten der KI beantwortbar sind oder zumindest in 99 Prozent der Fälle direkt zum richtigen Ansprechpartner geleitet werden können. So können unsere Mitarbeiter sich auf die komplexeren Anfragen konzentrieren. Noch mehr Potenzial sehen wir darin, durch den Einsatz künstlicher Intelligenz gezielt unser Kundenangebot zu verbessern. Aus den uns vorliegenden Kundendaten können wir Rückschlüsse ziehen, die für unsere Kunden sehr nützlich sein können. Das gilt zum Beispiel für unsere Vertriebspartner bei Fonds. Die Akquisition von Swisscanto im letzten Jahr hat uns in dieser Hinsicht einen erheblichen Schritt vorangebracht.

#### In Sachen Kapitalmarkt ist London der Ankerpunkt in der EU, sowohl international als auch innereuropäisch. Was bedeutet der Brexit für die europäische Kapitalmarktunion? Welche Verschiebungen sehen Sie?

So bedauerlich der Brexit als gesamtpolitische Entscheidung ist, so sehr ist er auch ein Weckruf für die kontinentaleuropäischen und insbesondere für die Euro-Kapitalmärkte. Die Einsicht wächst, dass man sich auf eigene

Als Teil der Gruppe Deutsche Börse verbindet Clearstream 2 500 Kunden in 110 Ländern. Mit 13 Billionen Euro an verwahrten Vermögenswerten ist das Unternehmen eine der weltweit größten Abwicklungs- und Verwahrgesellschaften für nationale und internationale Wertpapiere. Als internationale Zentralverwahrestelle (ICSD) stellt Clearstream

Beine stellen und mehr eigene Kapitalmarktinfrastrukturen aufbauen muss. London wird ein wichtiges Kapitalmarktzentrum bleiben, doch dieses Zentrum wird außerhalb der EU liegen.

#### Was bedeutet der Brexit konkret für Clearstream?

Als Clearstream sind wir gut vorbereitet. In unseren Abläufen betrifft uns der Brexit nur in geringem Maße. Wir werden als Zentralverwahrer auch in der zukünftigen EU sein. Unsere Kunden werden aus der EU heraus bedient werden, auch die Kunden in London. Da wird sich nicht viel ändern. Aber natürlich unterstützen und beraten wir als Gruppe Deutsche Börse unsere Kunden intensiv bei ihren eigenen Brexit-Vorbereitungen.

#### „Schwergewicht der deutschen Finanzindustrie“

Das „Manager Magazin“ nennt ihn ein „Schwergewicht der deutschen Finanzindustrie“: Stephan Leithner (52) ist Vorstandsmitglied der Deutschen Börse. Dort ist er zuständig für die Bereiche Post-Trading, zu dem das Tochterunternehmen Clearstream gehört, sowie für das an Bedeutung gewinnende Geschäft mit Daten und Indizes. Leithner promovierte an der Universität St. Gallen in Finanzwissenschaften. Von 2000 bis 2015 arbeitete er als Investmentbanker für die Deutsche Bank. Später wurde er in ihren Vorstand berufen, wo er unter anderem für das Personal zuständig war. Er verließ den Vorstand im Herbst 2015, und arbeitete bis zu seinem Wechsel zur Deutschen Börse bei der schwedischen Private-Equity-Firma EQT.

die Nachhandelsinfrastruktur für den Eurobond-Markt und Dienstleistungen für Wertpapiere aus 57 nationalen Märkten weltweit bereit, u. a. für die USA sowie für alle Märkte innerhalb der Eurozone. Auch einige Schwellenländer zählen dazu, darunter z. B. Georgien oder Südafrika. Neben der Rolle als internationaler Zentralverwahrer be-

treibt Clearstream die nationalen Zentralverwahrer in Deutschland wie auch in Luxemburg (LuxCSD – gemeinsam mit der Luxemburger Zentralbank).

Clearstream wurde ursprünglich vor fast 50 Jahren von 66 der weltweit größten Finanzinstitute in Luxemburg als „Cedel“ gegründet.

● *Luxemburg wird  
 ● einer von zwei,  
 drei Standorten  
 weltweit sein, die  
 rund um das  
 Thema Blockchain  
 einen natürlichen  
 Anlaufpunkt  
 bilden.*

# Bekenntnis zu Luxemburg

## FINANZDIENSTLEISTUNGEN Geschäftsausbau trotz Sozialplan

Jean-Philippe Schmit

Ende des vergangenen Jahres wurde bekannt, dass die Clearstream Banking S.A. bis zum Ende des Jahres 2021 ein Fünftel ihrer luxemburgischen Belegschaft entlassen will. Das *Tageblatt* unterhielt sich mit Philippe Seyll, dem CEO des Unternehmens.

„Dem Unternehmen geht es gut“, stellte Philippe Seyll klar. Laut Bankengewerkschaft Aleba soll die Deutsche Börse, der Mutterkonzern von Clearstream, rund 1,5 Milliarden Euro Gewinn erwirtschaftet haben. Damit dies auch in Zukunft so bleibt, muss schon heute investiert werden. Die fortschreitende Digitalisierung mache Investitionen notwendig, um mit der Entwicklung Schritt zu halten, meinte der Clearstream-Manager.

Der Sektor, in dem das Unternehmen tätig ist, steht von mehreren Seiten unter Druck. „In Folge der Krise haben die Aufsichtsbehörden die Regulierungsschraube fester angezogen“, so Seyll. Dies bedeute Anpassungskosten zum einen, zum anderen höhere Betriebskosten. Ausgaben, die sich nicht in höheren Einnahmen widerspiegeln. „Wir stellen unseren Kunden, den Banken, ein regelkonformes Umfeld für ihr Tagesgeschäft zur Verfügung.“

Nun hat die Deutsche Börse beschlossen, die operative Effizienz zu erhöhen und die strukturellen Kosten zu senken. „Wir wollen unser Geschäft ausbauen, ohne dass die Kosten im gleichen Rhythmus steigen“, meinte Seyll. Möglich wird dies z.B., wenn Menschen bei repetitiven Aufgaben Unterstützung von Maschinen bekommen.

„Fortschritt

zu eigen machen“

„Wir investieren auch in neue Technologien wie künstliche Intelligenz“, erklärte Seyll. 100 Millionen Euro wird das Unternehmen für Effizienzmaßnahmen und Automatisierung ausgeben. „Wir müssen bei den Betriebskosten sparen, um weiterhin investieren zu können“, sagte Seyll. Gespart wird nicht nur in Luxemburg. Aus der „Roadmap 2020“ des Mutterkonzerns geht hervor, dass bei der Deutschen Börse insgesamt 350 Arbeitsstellen wegfallen sollen, darunter auch 50 Führungskräfte.

Der Sozialplan bei Clearstream Luxemburg reiht sich in diese Roadmap ein. Rund ein Fünftel der etwa 1.200 Arbeitsplätze soll wegfallen, das sind 176,8 Vollzeitstellen. Digitalisierung und neue Technologien verändern die Finanzwelt. So können Roboter bei einfachen Aufgaben unterstützen, wie Dokumente einzulesen oder Kunden dem richtigen Berater zuzuweisen. „Die Informationsverarbeitung wird so auch sicherer sein“, meinte der CEO.

Diese Entwicklung bedeute nicht, dass sich Clearstream vom Großherzogtum abwende. „Wir stellen weiterhin ein“, so Seyll. Dann zählte er auf: „2017 haben wir 79 neue Mitarbeiter

eingestellt, im vergangenen Jahr waren es 96, alleine in Luxemburg.“ In den ersten Monaten dieses Jahres seien schon fünf eingestellt worden, „fünf weitere Stellen sind noch offen“, so Seyll. Das Unternehmen habe

vor, auch in Zukunft weiterhin in Luxemburg zu wachsen.

So habe die Deutsche Börse in ein Start-up investiert, das sich mit der Blockchain beschäftige. „Wir haben ihnen empfohlen, Luxemburg als ihren Standort in Betracht zu ziehen“, sagte Seyll. Das Start-up HQLAx, das jetzt im Luxemburger LHoFT sitzt, würde den Unternehmen helfen, sich den Fortschritt zu eigen zu machen, „anstatt nur auf ihn zu warten“.

Im Fokus der Unternehmen aus dem Sektor stehen auch die Risiken der Cyberkriminalität, die Kehrseite der digitalen Welt. Claude Marx, der Direktor der luxemburgischen Aufsichtsbehörde CSSF, zählt diese zu den potenziell bedeutendsten Risiken. Auch dies sei ein weiteres Feld, in das Clearstream investiere und in dem Luxemburg eine Rolle spielen kann.

Clearstream habe also noch sehr viel vor im Großherzogtum. „Wir fühlen uns sehr wohl hier und möchten noch lange in Luxemburg bleiben“, so Seyll.

## Die Bank für Banken

Der CEO erklärt die Aufgabe der Abwicklungs- und Verwahrergesellschaft mit einfachen Worten: „Wir sind eine Bank für Banken.“ Das Kerngeschäft ist die Abwicklung und Verwahrung von Wertpapieren, seien es Anleihen, Aktien oder Investmentfonds. „Wenn sie als Privatkunde zu ihrer Bank gehen und ein Wertpapier kaufen, läuft dieses Geschäft über Clearstream“, so Seyll. Der Wert der von Clearstream verwahrten Wertpapiere beläuft sich auf rund 14 Billionen – das sind 14.000 Milliarden Euro. Damit zählt Clearstream zu den größten weltweit tätigen Anbietern von Wertpapierdienstleistungen.

# Clearstream Luxembourg

Die Geschichte von Clearstream reicht bis in das Jahr 1977 zurück. Damals formten 66 der weltweit größten Finanzinstitute ein Konsortium mit dem Namen Cedel („Centrale de livraison de valeurs mobilières“).

„Da es sich um ein europäisches Konsortium handelte, lag es nahe, den Sitz im Zentrum von Europa anzusiedeln“, so Philippe Seyll. Das solide regulatorische Umfeld und die Mehrsprachigkeit haben seiner Meinung nach ebenfalls für das Großherzogtum gesprochen. Seit über 20 Jahren befindet

sich ein Teil des Unternehmens im Besitz der „deutschen Börse“. Seit dem Jahr 2000 befindet sich Clearstream zu 100 Prozent im Besitz der „deutschen Börse.“

Der Name Clearstream wird mit mehreren Affären in Zusammenhang gebracht. Im Jahr 2001 erschien das Buch „Révélation“, von Denis Robert und dem Ex-Clearstream-Mitarbeiter Ernest Backes. Sie warfen darin dem Unternehmen vor, Geldwäsche und Steuerflucht zu unterstützen. Nach jahrelangen Prozessen wurde Clearstream von den Vorwürfen frei-

gesprochen.

In der Zwischenzeit kam es zu einer zweiten „Clearstream-Affäre“. Der Vorwurf wurde laut, dass einige Politiker, darunter der ehemalige französische Präsident Nicolas Sarkozy, Geheimkonten bei Clearstream hätten. Diese Vorwürfe konnten vor Gericht jedoch nicht bestätigt werden. Drei Personen, die die Vorwürfe in Umlauf brachten, wurden im Jahr 2010 zu Gefängnisstrafen verurteilt.

Heute beschäftigt das Unternehmen 2.400 Mitarbeiter (darunter rund 1.000 in Luxemburg) und hat Niederlassungen in zwölf Ländern.

Wir wollen unser Geschäft ausbauen, ohne dass die Kosten im gleichen Rhythmus steigen

Philippe Seyll, CEO Clearstream

## Zur Person

Die Ausbildung von Philippe Seyll, dem 56-jährigen CEO von Clearstream Banking S.A., lässt nicht sofort auf eine Karriere im Bankensektor schließen. Er besitzt ein Master in „Electro Mechanical Engineering“ und ein Master in „Com-

puter Science“ der Université Libre Bruxelles. Später kam noch ein Master in „Business Management“ der HEC Bruxelles hinzu.

Seine berufliche Laufbahn begann er in London bei der „Bank of New York“, wo er während neun Jahren Mana-

ging Director war.

Seit dem Jahr 2005 ist er bei Clearstream, zuerst als einfaches Mitglied des „Executive Board“, später als Co-CEO von Clearstream Banking.

Seit November 2018 ist er in seiner heutigen Position.

# Luxemburger Wort

Brexit bringt noch mehr Finanzdienstleister nach Luxemburg (<https://wort.lu/de/business/brexit-bringt-noch-mehr-finanzdienstleister-nach-luxemburg-5c9cf39dda2cc1784e340d03>).



## Brexit bringt noch mehr Finanzdienstleister nach Luxemburg

Marc Wilwert / LW-Archiv

Wirtschaft (<https://wort.lu/de/business>) 28.03.2019

(dpa/lrs) - Nach Angaben der Agentur für die Entwicklung des Finanzplatzes Luxemburg (Luxembourg for Finance) vom Donnerstag haben mittlerweile 58 Unternehmen die Verlagerung ihres Geschäfts in das Großherzogtum öffentlich angekündigt. Anfang Februar waren es 48. Der Finanz-Agentur zufolge dürfte die tatsächliche Zahl noch höher sein, da nicht alle Unternehmen ihre Pläne öffentlich machten.

Bei mehr als der Hälfte der Umzügler (31) handele es sich um Vermögensverwalter (Asset Manager). Aber auch Versicherungen (13), Banken (8) und Zahlungsdienstleister (6) hätten sich für die Ansiedlung in Luxemburg entschieden. Aus Sicht der Unternehmen spreche vor allem das international aufgestellte und weit entwickelte Ökosystem für Finanzdienstleistungen sowie die hohe Lebensqualität für den Standort Luxemburg.

Luxemburg hat bereits mit verschiedenen vom Parlament beschlossenen Gesetzesanpassungen den Finanzplatz auf ein mögliches „No-Deal“-Szenario (Austritt ohne Abkommen) beim Brexit vorbereitet.

---

«Luxemburger Wort» du 16.03.2019

### Milliarden von London nach Luxemburg

**Luxemburg.** Der größte britische Versicherer, Prudential, hat 36 Milliarden Pfund (42,2 Milliarden Euro) an Kundenvermögen an seine neue luxemburgische Tochtergesellschaft übertragen, wie die Nachrichtenagentur Reuters meldet. Prudential hatte die Luxemburger Tochter auf Reaktion zum Brexit mit derzeit 35 Mitarbeitern

gegründet. Der Versicherer verzeichnete 2018 einen Anstieg des Betriebsgewinns um 14 Prozent auf 4,8 Milliarden Pfund. Der Gewinn der Tochter M&G Prudential stieg um 19 Prozent. Der Versicherer strebt einen Börsengang von M&G vor Ende des Jahres an. Die Investmentgesellschaft des Versicherungskonzerns hatte auf Reaktion zum Brexit ebenfalls in Luxemburg eine Niederlassung gegründet. MeM

## Brexit-Studie

# 270 Firmen ziehen Geschäft ab

**Eine neue Studie bilanziert die Brexit-Kosten für den Londoner Finanzsektor.**

**Carsten Volkery** London

**I**n der Londoner City werden die Folgen des Brexits zunehmend sichtbar. Rund 270 Finanzfirmen haben Teile ihres Geschäfts aus der britischen Hauptstadt in die EU verlagert oder planen einen Umzug. Die Städte, die am meisten profitieren, sind Dublin, Luxemburg, Paris, Frankfurt und Amsterdam. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie der Londoner Denkfabrik New Financial, die dem Handelsblatt vorliegt.

Die Autoren haben alle öffentlichen Bekanntmachungen von Banken, Versicherern, Vermögensverwaltern, Handelsplattformen, Finanztechnologiefirmen sowie anderen Finanzdienstleistern ausgewertet und eine Zwischenbilanz gezogen. Demnach sind bisher 4900 Arbeitsplätze von dem Umzug betroffen. Banken haben die Verlagerung von 800 Milliarden Pfund an Kapital verkündet, Vermögensverwalter verschieben mehr als 65 Milliarden Pfund, Versicherungen 35 Milliarden Pfund.

Dabei handele es sich nur um bisher verkündete Maßnahmen, betonen die Autoren. Tatsächlich erscheint insbesondere die Zahl zu den Bankenbilanzen eher konservativ. Hubertus Väh, Chef der Standortinitiative Frankfurt Main Finance, hatte

bereits im November gesagt, dass im ersten Quartal dieses Jahres 800 Milliarden Euro Kapital allein nach Frankfurt umgebucht würden.

Der Brexit-Effekt werde sich in den kommenden Jahren noch verstärken, sagte William Wright, Gründer von New Financial. Londons Stellung als Europas Finanzhauptstadt sei zwar nicht in Gefahr. Aber der Umzug von Kapital und Mitarbeitern werde anhalten und den Einfluss der City auf die europäischen Finanzmärkte verringern. Bislang hätten sich die europäischen Aufseher noch flexibel gezeigt und die Einrichtung neuer Einheiten mit minimaler Mitarbeiterzahl erlaubt. Das werde sich jedoch irgendwann ändern.

Was bisher in London konzentriert ist, verteilt sich künftig auf mehrere Standorte in der EU. Laut der New-Financial-Studie gehen 100 Firmen nach Dublin, 60 nach Luxemburg, 41 nach Paris, 40 nach Frankfurt und 32 nach Amsterdam. Viele Großbanken tauchen in der Zählung mehrfach auf, weil sie sich bei der Geschäftsverlagerung für mehrere Städte entschieden haben.

Auffällig sind die Branchenschwerpunkte, die sich herausbilden: So ziehen fast alle Banken nach Frankfurt, während Vermögensverwalter nach Dublin und Luxemburg wandern. In Amsterdam konzentrieren sich die Handelsplattformen. Paris hat eine Mischung aus allem.

Derzeit nutzen 5000 britische Finanzfirmen die sogenannten Passport-Rechte der EU. Diese erlauben Firmen mit einer britischen Lizenz bisher, ihre Dienstleistungen in jedem EU-Land anzubieten. Gemessen daran wirkt die Zahl von 270 Firmen gering, die bisher Brexit-Pläne vorgelegt haben. Die Autoren der Studie erwarten, dass die Zahl in den kommenden Jahren noch steigt, wenn der EU-Zugang endet. Vorerst sollen Übergangsregelungen gelten.

Einige Firmen scheinen noch abzuwarten, welche Regeln für den Finanzsektor vereinbart werden. Andere haben schon entschieden, sich aus dem EU-Geschäft zurückzuziehen. Zehn bis 20 Prozent der City-Institute würden auf EU-Kunden künftig verzichten, sagte ein Londoner Banker dem Handelsblatt. Für viele lohne sich der Aufwand nicht, eine Tochter mit eigenem Kapital zu gründen.

# 800

## MILLIARDEN

Pfund an Kapital  
buchen Banken aus  
London in die  
EU um.

**Quelle:** New Financial

# Gute Noten für Luxemburg

## WÄHRUNGSFONDS Kritik an Effizienz der Investitionen in die Infrastruktur

Jean-Philippe Schmit

Am gestrigen Freitag ging die Mission des Internationalen Währungsfonds (IWF) in Luxemburg zu Ende. Es gab wenig zu kritisieren, doch „wenn das Wetter umschlägt“ könnten sich die strukturellen Herausforderungen zu Problemen entwickeln. Wirtschaftlich gesehen ging es Luxemburg im vergangenen Jahr sehr gut. Dies ist auch der IWF-Mission nicht entgangen. „Die Wirtschaft wuchs, die Beschäftigung nahm zu, die Arbeitslosigkeit ging zurück“, stellt Emil Stavrev, der Chef der Mission, fest. Die Zukunft sehe blendend aus – wenn es die Risiken und strukturellen Probleme nicht geben würde.

2018 setzte die Regierung die „Anti-Tax Avoidance Directive“ der EU um. „Dies könnte dazu führen, dass sich einige internationale Unternehmen dazu entscheiden, ihre Präsenz in Luxemburg auszubauen“, meint Emil Stavrev. Ein Briefkasten reiche nicht mehr aus. Doch es könnte auch anders kommen. „Da sich das internationale Steuerumfeld ändert, könnten die Unternehmen ihre Aktivitäten in anderen Staaten ansiedeln“, schätzt der

IWF. Die luxemburgische Regierung sollte sich jedenfalls darauf einstellen.

Beim Dauerthema Renten hat es wenig Bewegung gegeben. „Dank des dynamischen Bevölkerungswachstums ist das Pensionsystem im Plus geblieben und hat beachtliche Reserven angehäuft“, lautet das Fazit des Währungsfonds. „Wenn das Wetter gut bleibt“, werde es in naher Zukunft zu keinen Engpässen kommen, doch die Umstände müssten nicht immer so bleiben. Wenn es einmal dazu kommen sollte, dass die Immigration nachlässt und die Bevölkerung schneller altert, „könnte das Rentensystem innerhalb einer Generation unter Druck geraten“.

Doch Stavrev zeigt sich zuversichtlich, dass es nicht so weit kommen wird. Mit Blick auf die Reform aus dem Jahr 2012 meint er, dass „Luxemburg bereits sein Können bewiesen hat, solche Reformen umsetzen zu können“.

Ein weiterer Dauerbrenner ist der Wohnungsmarkt. „Die Preise steigen um 5 bis 6 Prozent pro Jahr“, stellt der Fonds fest und macht einen konkreten Aspekt dafür verantwortlich: „In Luxemburg gibt es zu wenig Bauland.“ Die Regierung könnte Entlastung

schaffen, wenn der soziale Wohnungsbau gestärkt oder die Besteuerung von Wohnungen reformiert werde.

In puncto Arbeitsmarkt sieht der IWF Verbesserungen, doch seien der Fachkräftemangel und Bildungslücken ein Problem. Die Beteiligung der älteren Arbeitnehmer könne ebenfalls besser sein. Die Einführung des „Revis“ begrüßt der Fonds. Dies könne dazu führen, dass nun „verstärkt nach Arbeit gesucht wird“ und auch weniger gut bezahlte Jobs angenommen würden. Auch die Bemühungen, die digitalen Kompetenzen der Arbeitnehmer auszubauen, lobt der Fonds.

Sorgen macht sich der IWF über die Effizienz der staatlichen Investitionen in die Infrastruktur. In fast keinem anderen EU-Land würde so viel investiert werden, was eigentlich eine gute Sache sei. Diese Investitionen würden auf eine Verbesserung der Verkehrssituation abzielen – was jedoch ihre Effizienz betrifft, gebe es viel Raum für Verbesserungen. „Für das gleiche Geld könnte Luxemburg bessere Projekte realisieren“, meint Stavrev. Dies falle vor allem im internationalen Vergleich auf.

## IWF-Mission in Luxemburg

Jedes Jahr schaut eine Mission des Internationalen Währungsfonds in Luxemburg vorbei und stellt der Regierung ein Zeugnis aus. Die Arbeit beginnt aber schon, ehe die Mission das Land betritt. „Wir machen unsere Hausaufgaben“, unterstreicht Emil Stavrev, der Chef der Mission. Dies beginne mit „sehr viel Lesen und vielen Analysen“. So würden erste Problemfelder erkannt werden. Die Analyse aus der Ferne reiche aber nicht aus: „Aus Entfernungen von mehreren 1.000 Kilometern ist dies schwierig.“

Um ein besseres Bild der luxemburgischen Wirtschaft zu bekommen, kommen die Spezialisten des IWF ins Land. „Während zwei Wochen haben wir ein volles Programm“, sagt Stavrev. Die Mitglieder der Mission treffen auf alle Akteure der nationalen Wirtschaft, „wir hören uns alle Seiten an“. So beginnt ein wahrer Meeting-Marathon: „Bis zu vier pro Tag.“ Wenn diese Konsultationen mit der Regierung, den Gewerkschaften und Geschäftsverbänden abgeschlossen sind, erstellt der IWF ein Papier und gibt der Regierung Ratschläge.

# IWF stellt gutes Zeugnis aus

Internationaler Währungsfonds begrüßt stabile Staatsfinanzen, warnt aber vor Steuerausfällen

Von Pierre Leyers

**Luxemburg.** Anfang März wurden in Luxemburg die regelmäßig mit jedem Mitgliedsland stattfindenden Konsultationen auf Basis des Artikels IV des IWF-Übereinkommens durchgeführt. Das IWF-Team traf dabei Vertreter von Ministerien, Banken, Gewerkschaften und der Handelskammer. Zum Ende der diesjährigen Konsultationen stellte Emil Stavrev, der diesjährige Missionschef für Luxemburg, eine vorläufige Einschätzung vor.

„Das Luxemburger Geschäftsmodell hat dem Land gut gedient“, heißt es belobigend in dem Bericht. Die Wachstumsaussichten für das Großherzogtum schätzt der IWF weiterhin günstig ein. Unsicherheitsfaktoren, die sich auf die Einnahmen für den Staatshaushalt

auswirken könnten, sieht der IWF vor allem im sich verändernden internationalen steuerlichen Umfeld für Unternehmen.

Mit dem Budgetentwurf für 2019 zeigen sich die IWF-Experten in den großen Zügen einverstanden. Die niedrige Staatsverschuldung und der durchwegs ausgeglichene Staatshaushalt würden eine Senkung der Unternehmenssteuer um 1 Prozent rechtfertigen.

Die Erhöhung des Mindestlohns, steigende Akzisen auf Treibstoffe, sowie die geplanten Investitionen beim Wohnungsbau, im Bildungswesen und bei der Digitalisierung werde im Budget mit 0,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) zu Buche schlagen. Weitere Maßnahmen, um das Wachstum nachhaltiger und grüner zu gestalten, bewertet der IWF

positiv, verlangt aber dazu eine genauere Kosten-Nutzen-Analyse. Diese Pläne sollten finanziell abgesichert sein, rät der IWF, wobei die Regierung darauf achten solle, im Haushalt einen Puffer vorzusehen.

## Steuerliche Attraktivität bedroht

Luxemburg habe mit der Umsetzung der EU-Steuervermeidungsrichtlinie Atad begrüßenswerte Schritte unternommen. Der IWF warnt aber, dass Änderungen bei der Besteuerung Luxemburg für internationale Firmen weniger attraktiv machen könnte, was wiederum zu „nicht zu vernachlässigenden Steuerausfällen“ führen könnte. An die Regierung ergeht der Ratschlag, diese Risiken genauer einzuschätzen, gleichzeitig auch Initiativen zu entwickeln, um

sie möglichst abzufedern. Wie schon in den Vorjahren, nahmen die IWF-Experten in der Konsultation 2019 das Pensionsystem unter die Lupe. Der aktuelle Überschuss in der Pensionskasse und die beträchtlichen Reserven sollten nicht über die Gefahr hinwegtäuschen, dass bei geringerer Einwanderung und einer alternden Bevölkerung diese Vorteile in etwa 20 Jahren in Gefahr geraten könnten. Die Pensionsreform von 2012 sei ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung gewesen. Weitere Reformen seien aber notwendig, um das System nachhaltig zu machen.

Ausdrücklich begrüßt der IWF die öffentlichen Investitionen in die Infrastruktur, rät aber zu einer besseren Koordinierung ihrer Planung.

# S&P bestätigt AAA für Luxemburg

## RATING Immobilienpreise und Wandel im internationalen Steuerumfeld Hauptrisiken

Jean-Philippe Schmit

Das Ratingunternehmen Standard and Poor's (S&P) bestätigt das AAA für Luxemburg. Damit bleibt das Großherzogtum ein Schuldner höchster Bonität das Ausfallrisiko ist so gut wie vernachlässigbar.

Das freut den Finanzminister Pierre Gramegna. In einer Stellungnahme sagt er, dass das AAA die gesunden Staatsfinanzen und die Attraktivität der Wirtschaft widerspiegeln: „Dieses Rating unterstreicht die Richtigkeit der Haushaltsentscheidungen der Regierung.“

Laut Rating wird dies in den kommenden zwei Jahren so bleiben, auch wenn sich das internationale Umfeld weiter verändert. Die Wirtschaft des kleinen Landes floriere, meint S&P, die Regierungspolitik sei transparent und effizient, die Budgetpolitik vorsichtig. Seit dem Jahr 1995 habe der Staat in der Regel Überschüsse erwirtschaftet, „dank der Sozialkassen“, wie S&P erklärt.

### Eine florierende Wirtschaft

Das Ratingunternehmen schätzt, dass das BIP in den kommenden Jahren um 2,2 Prozent pro Jahr wächst. „Das BIP pro Kopf ist mit 113.000 Dollar eines der höchsten der Welt“, so S&P. Die Steuerreform aus dem Jahr 2017, die ausgezahlten Index-Tranchen aus den Jahren 2017 und 2018 sowie die Mindestloohnerhöhung

von 100 Euro aus diesem Jahr würden das Wachstum unterstützen. Die Lohnempfänger konnten sich schon über Steuererleichterungen freuen, S&P erwartet, dass dies die Unternehmen auch bald können. Die Erhöhung der Mehrwertsteuer von zwei Prozent würde für diese Erleichterungen Raum lassen.

Auf der Ausgabenseite kommen höhere Belastungen auf das Land zu, meint S&P mit Blick auf die Infrastrukturinvestitionen. Dennoch gebe es auch in Zukunft ein „mildes Plus“, was die Staatsfinanzen betrifft.

Den Brexit sieht S&P als positiv für die Luxemburger Wirtschaft – zumindest kurzfristig. Einige Unternehmen haben sich bereits von Großbritannien verabschiedet und nach Luxemburg übersiedelt. Der Brexit könnte der luxemburgischen Wirtschaft jedoch auch schaden, da er „negative Auswirkungen auf die Wirtschaft der Eurozone haben kann, also auch auf die von Luxemburg“.

Donald Trumps Steuerreform zählt S&P ebenfalls zu den Risiken für Luxemburg, da sie US-Firmen Anreize bietet, ihre Profite aus anderen Staaten in die USA zu übertragen. „Diese Auswirkungen können sich bald bemerkbar machen“, heißt es im Bericht des Unternehmens.

Eines der Hauptrisiken sei aber eine „harte Landung“, was die Immobilienpreise betrifft. Viele Faktoren hätten dazu geführt, dass die Preise nur eine Richtung

kennen: nach oben. Dazu zählt S&P den expandierenden Arbeitsmarkt und die ständig wachsende Bevölkerung, die einem Angebot gegenüberstehen, das nicht im gleichen Rhythmus wächst.

### Immobilienpreise und Steuern

Die Niedrigzinsen und Steuervorteile für Häuslebauer hätten ihren Teil zu den Preissteigerungen beigetragen, weil sie die Nachfrage erhöhten, meint S&P. Wenn die Zinsen steigen sollten und die Regierung es schaffe, den Wohnungsbau auszuweiten, könnten die Preissteigerungen gebremst werden.

„Wenn sich die Bezahlbarkeit der Wohnungen weiterhin verschlechtert, kann dies das Wirtschaftswachstum untergraben und der Attraktivität des Landes für ausländische Arbeitskräfte schaden.“ Überbewertungen bei Immobilienpreisen könnten ein Risiko für die finanzielle Stabilität sein.

Ein weiteres Risiko, das der Finanzminister im Blick behalten sollte, sind die Unternehmensbesteuerungen. Wenn die internationalen Gesetzgebungen strenger würden, könne dies dazu führen, dass einige Unternehmen dem Land den Rücken kehrten. Dies mache sich in der Staatskasse bemerkbar.

## DBRS bestätigt AAA-Rating

Die Ratingagentur DBRS Ratings Limited (DBRS) hat die Bestnote AAA als langfristiges Rating für Luxemburg bestätigt. Das Land behält somit die bestmögliche Note. Als Begründung der Entscheidung schreibt DBRS, dass Luxemburg über eine beträchtliche Kapazität verfügt, um negativen wirtschaftlichen Schocks zu begegnen. Zudem bleiben die wirtschaftlichen Aussichten des Landes trotz der Abhängigkeit von der Volatilität der Finanzmärkte robust. Angesichts der starken Fundamentaldaten Luxemburgs hält DBRS einen Abwärtsdruck auf die Ratings für unwahrscheinlich.

Lobend hob die Agentur hervor, dass die Schuldenquote von einem Höchststand von 23,7 Prozent der Wirtschaftsleistung im Jahr 2013 auf geschätzte 21,4 Prozent im Jahr 2018 gesunken ist. Als mögliche Herausforderungen für die Zukunft sieht die Agentur die relativ geringe wirtschaftliche Diversifizierung, die Anfälligkeit für externe Schocks sowie die steigende Verschuldung der Haushalte und mittelfristiger Druck auf dem Wohnimmobilienmarkt.

# Private Equity 3.0

Die „Luxembourg Private Equity Association“ gab auf ihrer Jahreskonferenz einen Ausblick auf die Zukunft des Sektors

LUXEMBURG

CORDELIA CHATON

**F**ür die meisten Menschen ist Private Equity nichts, was ihnen etwas sagt. Doch die Gruppe jener privaten Investoren, die ihr Geld in Unternehmen stecken, die nicht an der Börse notiert sind, wird immer größer. Deshalb gründeten 2010 zwanzig von ihnen die „Luxembourg Private Equity Association (LPEA). Mittlerweile zählt der Verband rund 210 Mitglieder und wächst stetig. Zum dritten Mal veranstaltete er seine jährliche Konferenz in der Philharmonie.

In Anlehnung an Industrie 4.0 lautete der Titel „Private Equity 3.0“, denn es ging um die Zukunft der noch jungen Branche nach „leveraged buy-outs“, also den kreditfinanzierten Unternehmenskäufen durch eine Investorengruppe, einem Stadium der 80er Jahre, das LPEA-Präsidentin Rajaa Mekouar-Schneider als „Private Equity 1.0“ bezeichnete, über effizienzorientiertes Management hin zu „Private Equity 3.0“, bei dem „venture capital“ stärker wächst als Buy-outs.

Das Thema interessierte so viele Teilnehmer, dass der kleine Saal der Philharmonie quasi aus den Nähten platzte. Teilnehmer aus Luxemburg, Liechtenstein, Frankreich, Deutschland, der Schweiz oder Großbritannien waren erschienen, um zu erfahren, wohin sich Private Equity entwickeln könnte.

Mekouar-Schneider hat da sehr klare Ideen: „Wir wollen die Nummer eins für Private Equity in Europa werden“, hielt sie fest. Der scheidende, offiziell herzlich verabschiedete LPEA-Geschäftsführer Paul Junck unterstrich, dass in diesem Segment allein in Luxemburg 500 Milliarden Euro verwaltet werden, was Private Equity zu einer Säule des Finanzplatzes mache. „Weltweit werden 500 Billionen Dollar von Private Equity-Unternehmen verwaltet“, unterstrich die LPEA-Präsidentin. Neun der zehn großen Anleger seien in Luxemburg präsent. Private Equity habe sogar seit 2014 die Konzerne des S&P Index überholt. Und: „Der Kuchen wächst“, zeigte sich die Expertin überzeugt. Eine An-

triebsfeder für die Zukunft seien vor allem Kriterien wie Nachhaltigkeit und Sozialverträglichkeit, von den Rednern unter dem Akronym ESG für „Environmental Social Governance“ zusammen gefasst. ESG werde den Markt ebenso antreiben wie Millennials und Frauen, die sozialverantwortliche Investments wollen. Aber auch der afrikanische Markt und die digitale Revolution spielten für die Zukunft eine Rolle, hielt die LPEA-Präsidentin fest. Innerhalb der privaten Investoren sind laut ihr vor allem Family Offices wichtige Investoren, noch vor Stiftungen. Gefahren sieht sie angesichts möglicherweise steigender Zinsen bei aufgenommenen Schulden, steigendem Wettbewerb sowie digitalen Brüchen.

## Nachhaltigkeit wird Kriterium für den Kauf

Prinz Max von Liechtenstein, CEO von LGT, einem Unternehmen im Bereich Private Banking und Asset Management, das dem Fürstenhaus gehört und über 200 Milliarden Franken verwaltet, ist mit der LPEA-Präsidentin relativ einig, was die Zukunft angeht. Als Trends macht er zum einen ein steigendes Interesse der Investoren an Unternehmen aus, die mit sozialen und anderen Herausforderungen umgehen können. Zum anderen ist er überzeugt, dass große Venture Capital-Unternehmen mit Private Equity-Fonds auf den Markt kommen werden. Als Beispiel nannte er die japanische Technologie-Gruppe Softbank, die 2016 mit Saudi-Arabien den rund 100 Milliarden Dollar schweren Technologie-Fonds „Vision Fund“ auflegte. „Das Interesse an Nachhaltigkeit wächst“, zeigte sich der Prinz aus Liechtenstein überzeugt. „Diese Elemente wurden bislang zu wenig beachtet.“ Früher seien die Aktionäre die Gewinner gewesen. „Der große Verlierer war unser Planet.“ Jetzt würden der Klimawandel, steigende Meeresspiegel und daraus folgende wirtschaftliche und politische Konsequenzen für ein Umdenken sorgen.

LGT, das von ihm geleitete Unternehmen, hat darauf reagiert. „Wir haben ein ESG-Cockpit entwickelt, mit dem wir Unternehmen, die wir kaufen wollen, nach einem Fünf-Sterne-System bewerten“, hielt er fest.

Von Liechtenstein rechnet im Private Equity-Bereich mit einer stärkeren Regulierung hinsichtlich der Umwelt.

Beim anschließenden Panel gaben ihm die Teilnehmer Recht. Nino Tronchetti Provera, dessen Unternehmen Ambienta 1,2 Milliarden Euro verwaltet, ist ebenfalls der Meinung, dass Umweltaspekte an Bedeutung zunehmen. Cornelia Gomez, Leiterin des Bereichs ESG und Nachhaltigkeit bei PAI Part-

ners, stimmt ihm zu und bemerkt auch eine wachsende Sensibilisierung der Politik. Serge Younes, in gleicher Position wie Gomez bei InvestIndustrial tätig, die unter anderem in Eutelsat, Ducati und Aston Martin investiert haben, erzählte, wie sie ein Unternehmen dazu gebracht hätten Teile zu reparieren und auch Plastik zu recyceln. „Am Ende war es sogar finanziell interessant. So sollte es sein.“ ●

# „Private Equity“ boomt

EY lud zur Konferenz kurz vorm Brexit - rund 250 Teilnehmer - Front Offices kommen her

LUXEMBURG

CORDELIA CHATON

**D**as Thema „Private Equity“ ist definitiv angesagt: Erst vergangene Woche hat die „Luxembourg Private Equity Association“ (LPEA) ihre große Jahreskonferenz in der Philharmonie mit über 200 Teilnehmern abgehalten, gestern dann lud EY zum „Private Equity and Venture Capital Summit“ in seinen Sitz auf dem Kirchberg. Rund 250 Gäste waren gekommen und einen Parkplatz im Umkreis zu finden war schwierig.

Die Wirtschaftsprüfer, Steuerberater und Experten von EY stellten die sechste weltweite jährliche Umfrage zu „Private Equity“ vor. Darunter wird übrigens das Geld von Privatanlegern verstanden, das in nicht börsennotierte Unternehmen fließt. Laut dem Bericht der Experten, die sich als führend beim Thema unter den Big 4 bezeichnen, wächst dieser Bereich weltweit: Allein 2018 wurden 681 Milliarden Dollar investiert. Eines der Probleme der „Private Equity“ ist denn auch die Suche nach geeignetem Personal. Das Thema „Talentmanagement“ taucht auf der Prioritätenliste der von EY befragten Manager denn auch direkt nach dem Ziel des Vermögenszuwachses auf. Auf dem dritten Platz steht das Kostenmanagement und auf dem vierten die Effizienz des „Back Office“. Bislang wird rund ein Fünftel des Geldes der Anleger in „Private Equity“ investiert (siehe Grafik). Das könnte laut den Experten durchaus mehr werden.

Dieser Meinung ist beispielsweise Alain Kinsch, „Country Managing Partner“ für EY Luxemburg. Er ist auch verantwortlich für das Thema „Private Equity Funds“ im Raum Europa, Naher Osten und Afrika. „Private Equity“ ist damit ganz klar Chefsache. „Private Equity wird noch stark wachsen. Das wird immer mehr eine Main Stream-Kategorie. Auch die Zahl der Investoren steigt. Wir befinden uns jetzt auf dem Vorkrisenniveau, also vor 2008“, sagte er gegenüber dem „Journal“. Darüber hinaus stellt er fest, dass Luxemburg in diesem Geschäft eine andere Rolle zukommt. „Früher wurden hier vor allem Back Office-Dienste angeboten. Jetzt gehen wir vom Back Office zum Middle Office. Dadurch erweitert sich die Wertschöpfungskette“, erklärt er. „Gleichzeitig gibt es mehr öffentliches Interesse.“ Laut Kinsch wurde 2018 in rund 13.000 Unternehmen weltweit investiert. „Das schafft Werte.“ Und wohl auch Interesse. Die Vertreter der „Private Equity“ gehen selbst verstärkt an die Öffentlichkeit. Gleichzeitig sei die Politik dazu positiv eingestellt, vermerkt Kinsch. „Denn hier wird oft in kleinere und mittlere Unternehmen investiert, nicht in multinationale Konzerne.“ Darüber hinaus hilft die aktuelle Niedrigzinssituation dem Sektor, denn so lange es schwierig ist, woanders Geld zu verdienen, wenden sich Investoren Alternativen zu.

Luxemburg profitiert in besonderer Weise von „Private Equity“. „Früher stand Luxemburg etwas abseits. Jetzt kommen PE-Fonds aus den USA und Großbritannien hierher. Auch das erweitert die Wertschöpfungskette“, weiß der EY-Landes-Chef. Laut ihm ist das eine kontinuierliche Entwicklung. „Es war ein langer Prozess via SICAR und RAIF, im Land beschlossene Gesetze und dem Aufbau des Sektors. Jetzt gibt es ein richtiges PE-Ökosystem, ähnlich wie in der UCITS-Industrie.“ Damit verweist er auf die Richtlinie für Fonds und Verwaltungsgesellschaften. Luxemburg ist europaweit Nummer eins bei den Fonds und weltweit Nummer zwei hinter den USA, denn hier werden über 4 Milliarden Euro verwaltet. Kinsch rechnet damit, dass die Entwicklung im „Private Equity“-Bereich ähnlich positiv verläuft wie im Fondsbereich: als positiver Kreislauf. „Nehmen Sie nur die schwedische EQT Partners AB Investorengruppe“, sagt

er. „Die haben ihre europäische Plattform nach Luxemburg geholt. Und sie sind nur einer von vielen. Jetzt sind die Entscheider hier.“ EQT verwaltet über 40 Milliarden Euro in 29 Fonds und beschäftigt über

600 Mitarbeiter in 14 Ländern. Laut Kinsch ist die Ansiedlung der Unternehmen und entscheidungsstarker Strukturen die Frucht der Arbeit der vergangenen 20 Jahre. Den Brexit als Grund will er nicht gelten lassen. „Der Brexit war nur ein Beschleuniger“, stellt er klar. Diese Auffassung teilen Expertinnen und Experten, mit denen wir am Rande der Veranstaltung gesprochen haben.

## „Ein echter Hub“

Ein Brite, der dazu eine dezidierte Meinung hat, ist Peter Myners. Der Partner der Kanzlei Allen & Overy kam 2006 aus privaten Gründen nach Luxemburg. Auf dem EY-Gipfel äußerte er sich zu möglichen Szenarien nach dem Brexit. „Die Möglichkeiten hier in Luxemburg sind immens“, findet er. „Es ist jetzt intern in den Unternehmen auf der Karte.“ Laut dem Experten galt es vorher eher als notwendiges Übel. „Aber jetzt ist es ein echter Hub.“ Deshalb will seine Kanzlei massiv investieren und einstellen. Das Problem sei eher, gute Leute zu finden, denn Fachleute für regulatorische Fragen sind derzeit sehr gesucht. „Schließlich ist der Brexit der größte Dismember der Geschichte“, zeigte sich Myners überzeugt. Die meisten Kunden seien gut vorbereitet. „Denn nach dem Brexit haben sie keinen Zugang zu AIFM und MiFID.“ Gemeint sind harmonisierte Regeln für Fonds. Sie erleichtern unter anderem den Vertrieb.

Laut Myners hat sich die Finanzaufsicht CSSF entgegen so manchem Vorurteil aus der Londoner City als überhaupt nicht lax erwiesen und manch einer hätte bis zu einem Jahr auf eine Lizenz gewartet. Denn viele Fondsgesellschaften wollen in Luxemburg präsent sein, um von hier aus weiter

den europäischen Markt bedienen zu können. Manche würden ihr ganzes Büro aus London mit nach Luxemburg bringen, andere suchten verzweifelt gute Leute. Ein großer Vorteil Luxemburgs seien die im Vergleich zu London geringen Kosten, die operationale Effizienz und die Steuerregeln.

Für die mittelfristige Zukunft in fünf Jahren rechnet der Jurist mit einigen Problemen. „Aber die Fondsindustrie in Luxemburg wird wachsen und die Service Industrie mit ihr. Mehr Front Offices werden kommen.“ Wo sieht der Brite seine Heimat in fünf Jahren? „Das hängt von der Regierung ab. Aber ich denke, da wird es viel Raum für Steuersenkungen und ähnliches geben. Und in zehn Jahren läuft es in Großbritannien wieder.“ ●

**„Jetzt sind  
die Entscheider hier“**

ALAIN KINSCH, EY Country Manager



PRIVATE EQUITY

## *Aufwärts*

CORDELIA CHATON

Die Konferenzen über „Private Equity“ in dieser und der vergangenen Woche zeigen: Der Sektor wächst und schlägt einen ganz ähnlichen Weg ein wie die Fondsindustrie, die ja zu einem Kassenschlager geworden ist. Und auch, wenn einige noch glauben, Luxemburg sei ein Bankenparadies, so wissen doch die meisten, dass es vor allem führend bei Fonds ist. Und zwar europaweit und international auf dem

zweiten Platz. Da der „Private Equity“-Sektor zulegt, kann das Land mit mehr Geld rechnen. Das ist eine gute Nachricht in Zeiten, in denen Straßen und Schienenwege ausgebaut werden müssen und öffentlicher Wohnraum finanziert werden soll, denn hierher kommt auch Geld für die öffentliche Hand.

Manch einer glaubt, der Zuwachs der Investoren in nicht börsennotierte Unternehmen sei nur dem Brexit zu verdanken. Aber das ist Unsinn. Der Brexit treibt vielleicht einige Unentschlossene aus dem Land. Aber dass sie nach Luxemburg kommen, hat mit einer

guten Zusammenarbeit von den Regierungen als Gesetzgeber, der Finanzindustrie und den Verbänden zu tun, die in den vergangenen 20 Jahren nach und nach die Bedingungen verbessert haben.

Und jetzt ist Luxemburg auf der Karte, wie es so schön heißt, wird also nicht nur wahr- sondern auch angenommen. „Front Offices“, jene Orte, an denen Entscheidungen getroffen werden, kommen erstmals her. Das ganze ist eine Aufwärtsspirale, von der das ganze Land profitieren wird.



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG  
Botschaft in Deutschland

# TRANSPORT UND LOGISTIK

Transports / Mobilité - Grande Région

# Schwarzfahrer wider Willen

Deutscher Verkehrsbetrieb verkaufte falsche Jahresabos an Grenzpendler - Kunden müssen nachbezahlen

Von Jörg Tschürtz

**Orscholz (D).** Pendler auf den Linien des SaarLuxBus erhielten dieser Tage ungewöhnliche Post: Der Verkehrsbetrieb, der zum Deutsche-Bahn-Konzern gehört und verschiedene Busstrecken zwischen dem Saarland und Luxemburg bedient, erklärte die selbst ausgegebenen Abo-Karten auf einen Schlag für ungültig.

Anke L.\* verstand die Welt nicht mehr, als sie die Nachricht am 6. März las. Die Busgesellschaft hatte ihr Abonnement ab Orscholz (Saarland) rückwirkend zum 28. Februar gekündigt. Die Pendlerin war somit

eine Woche lang ohne Absicht mit einer ungültigen Fahrkarte unterwegs - und riskierte damit ein hohes Bußgeld wegen Schwarzfahrens.

Die falschen Tickets flogen Ende Februar bei Kontrollen auf den Saar-Lux-Linien 155 und 158 auf. Insgesamt 21 verdutzte Grenzpendler durften sich von CFL-Kontrollleuten belehren lassen, dass sie trotz bezahlten Fahrscheins als Schwarzfahrer unterwegs waren. „Um den betroffenen Kunden entgegenzukommen, hat das Ministerium die Kontrollagenten angewiesen, den Kunden nur den Tarif einer Ta-

geskarte (neun Euro) begleichen zu lassen und nicht die eigentliche Geldstrafe von 150 Euro“, sagt Dany Frank, Sprecherin von Mobilitätsminister François Bausch.

Der Betreiber des SaarLuxBus, die Omnibusverkehr Rhein-Nahe GmbH, nennt „ein Missverständnis mit dem luxemburgischen Mobilitätsministerium“ als Grund für die Abo-Rückrufaktion. Die ausgestellten Tickets entsprächen „nicht dem Standard, der von Luxemburg gefordert wird“. Die Pressestelle der Deutschen Bahn erklärt, dass den betroffenen Kunden die neun Euro rückerstattet werden. Und: DB Re-

gio Bus werde künftig keine Abo-Karten mehr für die Saar-Lux-Busse ausstellen.

Im Mobilitätsministerium in Kirchberg spricht man von einem „noch nie da gewesenen Vorgang“. Wie viele ungültige Tickets noch im Umlauf sind, ist derzeit nicht bekannt. Die betroffenen Buslinien werden übrigens vollständig von Luxemburg finanziert.

Anke L. zog ihre eigenen Konsequenzen. Sie kauft sich ihre Fahrkarte nur noch über die mTicket-Handyapp: „Ich hoffe, dass dies richtig und sicher ist.“

Name von der Redaktion geändert

## Tarife für Grenzpendlerabos

Die Einführung des kostenlosen öffentlichen Transports in Luxemburg am 1. März 2020 wird sich auch auf die Tarife im grenzüberschreitenden Verkehr auswirken - wie genau, steht allerdings noch nicht fest.

Eine Monatskarte auf den grenzüberschreitenden Busverbindungen kostet momentan noch zwischen 50 und 135 Euro, je nach Strecke. Monatsabos mit der Bahn gibt es in der 2. Klasse für 82 Euro (ab Arlon), 85 Euro (ab

Trier Hauptbahnhof) und 86,7 Euro (ab Thionville).

SaarLuxBus-Pendlerin Anke L.\* kann angesichts des bevorstehenden Gratistransports nichts nachvollziehen, „warum jetzt ein Fass in Bezug auf die Abo-Karten aufgemacht wird.“ Sie befürchtet, dass die Busfahrkarten ab 1. März 2020 bis an die Luxemburger Grenze empfindlich teurer werden könnten.

Prinzipiell steht es den ausländi-

schen Verkehrsbetrieben frei, die Tarife für ihre Strecken von und bis zur Luxemburger Grenze selbst festzulegen. „Die CFL hat schon erste Gespräche mit den Bahngesellschaften in den Nachbarländern geführt, beziehungsweise es stehen noch Gespräche bevor“, erklärte Mobilitätsminister François Bausch (Déi Gréng) nun in einer parlamentarischen Antwort an den CSV-Abgeordneten Marc Spautz.

Laut Angaben des Ministers beträgt der Anteil der CFL an einem

Monatsabo derzeit weniger als 50 Euro: Auf den Bahnverbindungen nach Frankreich und Deutschland sind es 42,50 Euro, für Belgien 29 Euro. Den Differenzbetrag müssen Grenzpendler wohl auch ab dem 1. März 2020 weiterhin bezahlen. „Es laufen Gespräche mit den deutschen, belgischen und französischen Bahnbetreibern, um festzulegen, wie die Fahrtkosten künftig anteilig aufzuteilen sind“, betont man auf LW-Nachfrage im Mobilitätsministerium. jt

Luxemburger Wort du 20.03.2019 / page 33

Transports / Mobilité - Grande Région

## Neue OT-Tarife für Grenzgänger: Gespräche laufen

**LUXEMBURG** Wenn im März 2020 Luxemburg den kostenlosen öffentlichen Transport in der zweiten Klasse einführt, dürften auch die Abos der Grenzgänger billiger werden. Allerdings, wie Transportminister François Bausch („déi gréng“) in seiner Antwort auf eine parlamentarische Frage von Marc

Spautz (CSV) betont, steht es den Betreibern im Ausland frei, ihre grenzüberschreitende Tarifpolitik zu definieren. Momentan setzen sich die Preise für die Nutzung grenzüberschreitenden Züge aus zwei Anteilen zusammen: einen für die CFL und einen für den Transportbetreiber im Nachbarland. Bei einem Monatsabo zwischen Frankreich, Deutschland und Luxemburg fließen 42,5 Euro

an die CFL, zwischen Belgien und Luxemburg 29 Euro. „Die grenzüberschreitenden Abonnements werden also nicht automatisch um 50 Euro monatlich billiger“, unterstreicht Bausch. Die CFL habe angesichts der kommenden Änderungen Gespräche mit den Eisenbahnen der Nachbarländer aufgenommen, respektive sei man noch dabei, Termine zu finden. LJ

Lëtzebuenger Journal du 20.03.2019 / page 22

# Gratis bis zur Grenze

## MOBILITÄT CFL diskutiert mit Partnern im Ausland

Yves Greis

Die CFL befindet sich zurzeit in Gesprächen mit den Bahngesellschaften der Nachbarländer, um Details zu dem ab 2020 vorgesehenen kostenlosen öffentlichen Verkehr zu klären.

Die Ankündigung der luxemburgischen Regierung, dass die öffentlichen Verkehrsmittel ab nächstem Jahr für alle Nutzer kostenlos werden, sorgte weltweit für positive Schlagzeilen. In Luxemburg stieß die Maßnahme u.a. bei der Gewerkschaft Landesverband – die besonders stark im Transportsektor vertreten ist – auf Kritik.

Nun gilt es, die Maßnahme umzusetzen und sich mit den Details zu befassen. In diesem Sinne hat die CFL bereits erste Gespräche mit den Bahngesellschaften der Nachbarländer geführt. Weitere seien geplant.

Das erklärte Transportminister François Bausch („déi gréng“) in seiner Antwort auf eine parlamentarische Frage der CSV-Fraktion. Die Preise für grenzüberschreitende Fahrkarten setzen sich aus zwei Anteilen zusammen: dem der Luxemburger Bahn und dem des Betreibers aus dem Nachbarland. Die Anteile werden von der jeweiligen Bahngesellschaft festgelegt.

Andere Länder,

andere Preise

Bausch betont in seiner Antwort, dass der Anteil, den die CFL auf Monatskarten erhebt, nicht für jedes Nachbarland der gleiche ist. Er beträgt 42,50 Euro für Frankreich und Deutschland und 29 Euro für Belgien. Den Nachbarländern sei freigestellt, mit ihrem Anteil am Fahrkartenpreis zu verfahren, wie sie wollen.

Der CSV-Abgeordnete Marc Spautz wollte darüber hinaus vom Transportminister wissen, welche Auswirkungen der kostenlose öffentliche Verkehr auf die Arbeitnehmer in der Mobilitätszentrale habe.

Ihre wichtigste Aufgabe sei nach wie vor, die Kunden zu informieren und auf Reklamationen einzugehen – und nicht der Verkauf von Fahrkarten, antwortete Bausch. „Demnach werden sich ihre Aufgaben nicht fundamental verändern“, meint der Minister.

Die Regierungsparteien hatten sich in ihren Wahlprogrammen für den Gratis-ÖV ausgesprochen. Die Grünen hatten sich in ihrem Programm zu dieser Maßnahme verhalten gezeigt. „Mittelfristig soll der kostenfreie öffentliche Transport anvisiert werden“, heißt es dort an wenig prominenter Stelle.

Der grüne Minister Bausch hatte sich kurz vor den Wahlen im Oktober noch verhalten gezeigt. In einem Interview mit dem

*Tageblatt* begründete er seine fehlende Begeisterung zu dem Thema mit folgenden Worten: „Weil ich davon nicht überzeugt bin und es die falsche Debatte ist. Der Preis ist überhaupt nicht das Problem.“

Gleichzeitig investiert Luxemburg massiv in seine Infrastruktur. Unter anderem wird der hauptstädtische Bahnhof derzeit erweitert.

Luxemburg wird hiermit der erste Staat mit landesweit kostenlosen öffentlichen Verkehrsmitteln sein. Weltweit existieren solche Modelle nur in einzelnen Städten, zum Beispiel im bayrischen Aschaffenburg.

Die Ankündigung hatte weltweit für Schlagzeilen gesorgt. Zeitungen wie der britische *Guardian* und die deutsche *Zeit* berichteten darüber. Premierminister Xavier Bettel hatte in der Presse gesagt, die Maßnahme trage zum Image des Landes bei und stehe dem Großherzogtum gut zu Gesicht. Bausch hatte bei einer Pressekonferenz mitgeteilt, der Nulltarif sei „die soziale Kirsche auf dem Kuchen“. Mit dem Kuchen meinte er den öffentlichen Personennahverkehr, der derzeit verbessert werde.

Die Maßnahme führe jedoch nicht dazu, dass mehr Menschen mit Bus und Bahn fahren. Dieses Ziel würde nur mit einem besseren Angebot erreicht werden.

# Eingeschränkter Verkehr

Aktionsplan „Fluglärm“: Die Zahl der Nachtflüge ist im vergangenen Jahr leicht gesunken

**Luxemburg.** Wurden 2017 noch 2 226 Flüge während der Nacht gezählt, waren es im Jahre 2018 deren noch 2 145. Somit wurde die Zahl der Nachtflüge zwischen Mitternacht und 6 Uhr morgens um 9,5 Prozent reduziert. Diese Zahlen gehen aus der Antwort von Mobilitätsminister François Bausch (Déi Gréng) auf eine parlamentarische Frage des CSV-Abgeordneten Serge Wilmes hervor.

Deutlich wird dieser Rückgang auch im Hinblick auf das Verhältnis zwischen der Anzahl der Nachtflüge im Vergleich zu den Bewegungen: Bei 66 332 Bewegungen wurde im Jahr 2017 ein Prozentsatz von 3,28 Prozent erzielt; im vergangenen Jahr kam man bei insgesamt 71 991 Bewegungen auf 2,97 Prozent. Dazu beigetragen hat laut François Bausch die anno 2015 eingeführte und 2018 von der Cargolux und der Luftfahrtverwaltung (ANA) unterzeichnete Quotenregelung betreffend die Reduzierung der Nachtflüge. So habe allein Cargolux 46 Nacht-

flüge weniger beantragt, schreibt Bausch.

## Keine Entschädigung wegen Lärmbelästigung

Durch diverse Mittel, die im Aktionsplan „Fluglärm“ festgehalten wurden, soll die Lärmbelästigung jedoch noch weiter reduziert werden. Vor allem in Bezug auf die Einführung einer neuen Flughafengebühr, bei der die Ankunftszeiten - mit Strafen für Nachtflüge - und die Lärmbelästigung in Betracht gezogen werden, will Serge Wilmes zusätzliche Informationen in Erfahrung bringen. Die Details zu dieser Gebühr würden derzeit noch ausgearbeitet werden, antwortet Bausch darauf.

Allerdings komme die Gebühr nicht, wie Wilmes vorgeschlagen hatte, jenen Personen, die unter den Nachtflügen leiden, zugute. Vielmehr diene dieses Entgelt der Finanzierung des Angebots zwischen Flughafen und Nutzern, folglich den Fluggesellschaften und den Passagieren. „Es handelt sich demnach um eine notwendi-

ge Einnahme des Flughafens, um die anfallenden Kosten decken zu können“, betont der Minister.

Auch sollen die Einnahmen dazu dienen, Investitionen am Flughafen durchzuführen und „die Entwicklung der Flughafenplattform zu gewährleisten“.

## Gebühren für Dienstleistungen

Doch bereits jetzt kann die Flughafengesellschaft - gemäß Artikel 7 des abgeänderten Gesetzes vom 31. Januar 1948 - Gebühren in Zusammenhang mit dem Flughafenbetrieb erheben. So gelten etwa die sogenannten „airport charges“ für Flughafenaktivitäten. Zusätzlich kann die Flughafenverwaltung (ANA) Taxen für erbrachte Dienstleistungen beim Flugverkehr - die „Terminal navigation charges“ festlegen. Diese beiden unterschiedlichen Abgaben würden denn auch im jeweiligen Kompetenzbereich der Flughafenverwaltung beziehungsweise der ANA liegen, erklärt der Mobilitätsminister. nas

## Die Entwicklung der Nachtflüge

Jahr	2015	2016	2017	2018
Nachtflüge	1.806	1.991	2.226	2.145
Bewegungen	56.874	61.483	66.332	71.991
Verhältnis Nachtflüge/ Bewegungen (%)	3,11	3,18	3,28	2,97

# Sprit teurer, Nahverkehr kostenlos: Luxemburg will Klima schützen

Im Nachbarland soll der CO<sub>2</sub>-Ausstoß reduziert werden - auch durch Bio-Treibstoff. Umweltperten sind skeptisch und sagen, dass die Pläne der Regierung nichts bringen.

VON BERND WIENTJES

**LUXEMBURG** Luxemburg gibt Gas in Sachen Klimaschutz. Seit Anfang des Jahres gibt es an den Tankstellen fast ausschließlich nur noch das mit Bio-Ethanol versetzte E 10-Benzin. Dadurch soll der Ausstoß von klimaschädlichem CO<sub>2</sub> reduziert werden. Ab Mai soll der Sprit teurer werden, um den Verbrauch zu drosseln. Die Steuern für Benzin sollen um einen, die für Diesel um zwei Cent erhöht werden (der TV berichtete). Laut einer Studie aus dem Jahr 2016 im Auftrag des luxemburgischen Verkehrsministeriums könnten dadurch die CO<sub>2</sub>-Emissionen durch Benzin um 3000 und durch Diesel bis zu 55 000 Tausend Tonnen reduziert werden. Umweltschützer halten allerdings wenig von dieser Maßnahme. Sie werde keinen Anreiz darstellen, „weniger Kilometer mit dem Wagen zu fahren, sich ein sparsameres Auto zuzulegen oder keinen Tankstopp in Luxemburg einzuplanen“, kritisiert die luxemburgische Umwelt-

bewegung Mouvement Ecologique. „An der eigentlichen katastrophalen Bilanz des Tanktourismus ändert diese Erhöhung absolut nichts“, lautet das Fazit der Umweltschützer. Allerdings sind laut der Studie weniger die klassischen Tanktouristen, die kurz mal zum Tanken und Kaffee kaufen über die Grenzen fahren, das Problem, sondern die LKW, die etwa von Belgien Richtung Frankreich durch Luxemburg fahren. Von den im Tank exportierten, also nicht im Land bleibenden Treibstoffen entfielen in früheren Jahren über 70 Prozent auf LKW- und 13 Prozent auf PKW-Diesel und 16 Prozent auf Benzin. Die reinen Tanktouristen würden zur Umwelt- und Gesundheitsbelastung in Luxemburg selbst nur „in marginalem Ausmaß“ beitragen, heißt es in der Studie.

Der Trierer Politikwissenschaftler und Luxemburg-Experte Wolfgang Lorig glaubt, dass die Regierung des Großherzogtums die „erheblichen

Defizite bezüglich einer nachhaltigen Umweltpolitik zur Kenntnis genommen hat“ und nun reagiert. Auch wenn diese erst „mittelfristig Erträge“ zeige, hält er die Maßnahmen für geeignet, „die Belastungen der Umwelt einzuschränken“. Das sieht sein Luxemburger Kollege Markus Hesse kritischer. Er geht nicht davon aus, dass die Erhöhung der Spritpreise Auswirkungen auf den Kraftstoffverbrauch haben wird. Auch sieht er keine Strategie, wie Luxemburg die zunehmenden Verkehrsprobleme in den Griff bekommen will. Den Plan, im kommenden Jahr den Nahverkehr kostenlos zu machen, hält er für keine gute Idee. „Das wird keine Auswirkungen auf die Umwelt haben“, sagt Hesse. Möglicherweise würden einige Fußgänger und Radfahrer dann sogar auf Busse umsteigen. Dadurch würde der CO<sub>2</sub>-Ausstoß aber nicht reduziert.



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG  
Botschaft in Deutschland

# TOURISMUS UND GASTRONOMIE

# In der Berliner Luft

## Tourismusminister Lex Delles zu Gast auf der ITB

LUXEMBURG

**D**ie ITB stellt eine ausgezeichnete Gelegenheit dar, um für die Vorzüge des Reiseziels Luxemburg zu werben“, meinte Tourismusminister Lex Delles am vergangenen Mittwoch anlässlich seines Besuchs der bis zum kommenden Sonntag andau-

ernden Internationalen Tourismusbörse Berlin (ITB). Mit über 10.000 Ausstellern und 160.000 Besuchern ist die ITB ein unumgängliches Event, um die neuesten Trends der Tourismusindustrie zu entdecken und neue Möglichkeiten auszuloten. An dem diesjährigen, neuen luxemburgischen Stand des Wirtschaftsministeriums auf der ITB beteiligen sich folgende Partner: Das „Luxembourg City Tourist Of-

ficie“ (LCTO), die „Domaine Thermal“ Mondorf, „Luxair Group“, „Voyages Emile Weber“, „City of Luxembourg & Urban Timetravel“ sowie die „Ecole d’hôtellerie et de tourisme du Luxembourg“. Neben dem Luxemburg-Stand besuchte Delles noch die Stände von Slowenien und Estland und tauschte sich mit seinem slowenischen Amtskollegen über nachhaltigen Tourismus aus. ●



Gruppenbild mit Minister: Tourismusminister Lex Delles mit den Mitarbeitern des Luxemburg-Standes

Foto: MEco

WO STEHEN WIR?

# Positive Tendenz

## Zufriedene Camping-Branche in Luxemburg

Vom Camping mit Zelt, Wohnwagen oder Wohnmobil geht weiterhin eine große Faszination aus. Schließlich gibt einem diese Art des Reisens beziehungsweise des Urlaubs eine Art von Freiheit, die man mit Hotels nicht hat. Man kann dort hinfahren, wo und wann man will.

Allerdings gibt es einige Beschränkungen, die man sich vor Augen führen sollte, bevor es losgeht. So kann man in einigen Ländern nur dort in seinem Gefährt übernachten, wo dies auch ausdrücklich erlaubt ist, in erster Linie Campingplätze. Außerdem sollte man sich über die Strecke, die man wählt, entsprechend informieren. Wenn man zum Beispiel einen größeren Wohnwagen fährt, ob dieser auch durch die Straßen passt. Denn vor allem, wenn der Weg durch ältere Dörfer und Städte führt, kann es eng werden. Mit Blick auf Dieserverbote und Feinstaubbestimmungen sollte man sich auch diesbezüglich über etwaige Einschränkungen informieren. Dann steht dem Spaß Camping auch nichts mehr im Weg.

Trotz der verschiedenen Einschränkungen sowie der steigenden Kosten zieht es auch nach Luxemburg jedes Jahr zahlreiche Touristen, die hier campen. Wie dem „Bilan de la saison touristique 2016“ zu entnehmen ist, steigt die Zahl der Übernachtungen auf Campingplätzen seit 2012 wieder. Zuvor wurde hier ein Rückgang verzeichnet, der laut dem Bericht auf einige Veränderungen in der Branche zurückzuführen sei, wie etwa Mieterhöhungen und der Anstieg des Anteils von Wohnwagen.

Waren es 2012 rund 777.000 Übernachtungen auf Campingplätzen, sind es laut Zahlen des Tourismusministeriums 2017 erstmals mehr als eine Millionen gewesen. Insgesamt ist die Zahl der Übernachtungen in 2017 auf über drei Millionen gestiegen, Hotels und Jugendherbergen inbegriffen. Und auch 2018 ist laut

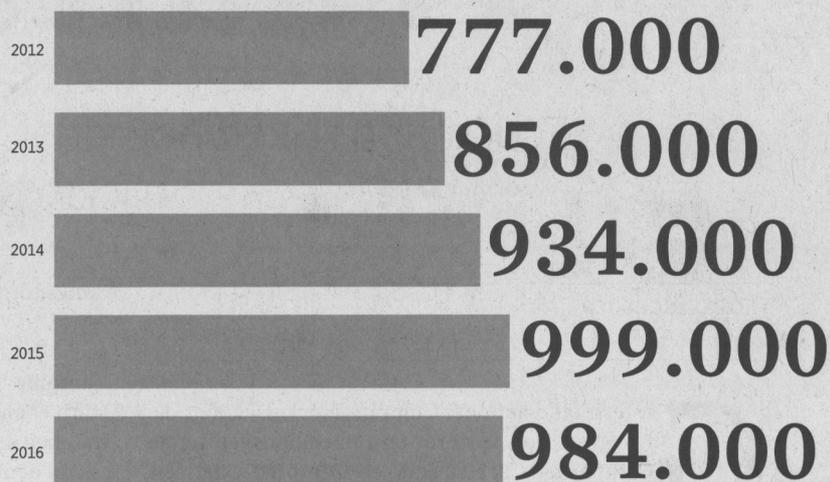
Camprilux, dem Dachverband der Campingbetreiber, ein „guter Jahrgang“ gewesen. „Außergewöhnlich hoch waren nicht nur die Temperaturen und die Anzahl der Sonnentage während den Sommerferien, auch die Auslastung lag im oberen Bereich bei allen Campings. Für viele war es die beste Hauptsaison seit einigen Jahren. Es mussten gar kurzfristige Anfragen abgewiesen werden“, heißt es in einer Mitteilung von Camprilux.

Diese positive Entwicklung kann auf verschiedene Faktoren zurückgeführt werden. So sind etwa „Glamping“-Angebote immer stärker gefragt, also Formen des Campings, die etwas komfortabler oder gar luxuriöser sind. Hier wäre etwa die Nachfrage nach Pods, kleine Unterkünfte aus Holz, wie man sie etwa auf dem „Camping Kautenbach“ findet, zu nennen. Auch Schlaffässer, die es unter anderem auf dem „Camping officiel Echternach“ gibt, reizen viele Touristen. Dabei sind es vor allem Flamen und Niederländer, die es ins Großherzogtum zieht. Das auch wegen dem gewachsenen Angebot an hochwertigen Wanderrouten, Fahrradwegen und anderen Outdoor-Freizeitaktivitäten. Aber auch die luxemburgische Gastronomie ist laut Camprilux ein Grund für die Attraktivität des Landes für Touristen.

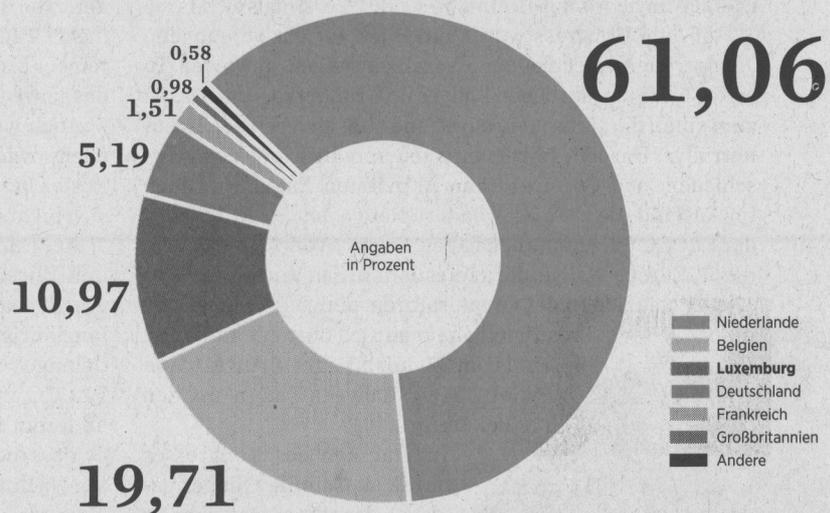
Eine weitere Entwicklung ist, dass sich die Aufenthaltszeit von Campingplatzbesuchern weiter verkürzt. „Hinzu kommt noch, dass etliche während ihres Urlaubs die Orte wechseln“, so Camprilux. Dies habe eine höhere Belastung für die Betreiber zur Folge, von denen somit mehr Flexibilität gefordert werde. Etwa bei der Reaktionszeit auf Anfragen, die immer kurzfristiger würden. Diese bedeuten, dass eine längerfristige Planung schwieriger werde. Sowohl mit Blick auf das Personal als auch das Wirtschaftliche. JEFF KARIER

## CAMPING BELIEBT IN LUXEMBURG

### STEIGENDE ÜBERNACHTUNGEN



### NIEDERLÄNDER WEIT VORNE



**OBEN** Seit 2012 steigen die Zahlen, nur 2016 gab es einen kleinen Rückgang. Dafür soll 2017 laut neueren Zahlen des Tourismusministeriums ein Rekordjahr gewesen sein mit erstmals mehr als eine Million Campingübernachtungen

**UNTEN** 2016 waren es vor allem Niederländer sowie Flamen, die im Großherzogtum ihren Urlaub auf einem Campingplatz verbrachten

Quellen: Statec/LFT

# Grüner Tourismusmagnet

## Arbeiten für Luxemburger Gartenschau 2023 sollen bald Fahrt aufnehmen

**LUXEMBURG** Es gab schon Vorgespräche für die Veranstaltung der LUGA - der Luxemburger Gartenschau - von April bis Oktober 2023. Im kommenden Jahr soll nun eine Vereinigung gegründet werden, um die Vorbereitungsarbeiten für diese Premiere konkret anzugehen. Das sagte Landwirtschafts- und Weinbauminister Romain Schneider (LSAP) gestern Morgen bei einem informellen Gespräch mit der Presse über die Prioritäten im Landwirtschaftsbereich.

Die Organisation einer Gartenschau war schon länger angedacht. Nun wollen Staat und Stadt Luxemburg das Projekt gemeinsam auf die Schiene bringen. Übrigens sollen anders als ursprünglich geplant nicht nur das Petrusstal, sondern alle Stadtviertel in das Event eingebunden werden, das pestizidfrei sein soll und in Teilen auch von Dauer.

Die Veranstaltung soll natürlich ein Tourismusmagnet für Interessierte von nah und fern sein. Schneider gab bei den Treffen auch nicht nur Einblick in die Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik und Pläne für neue Unterstützungen für Quereinsteiger in die Landwirtschaft, sondern ebenfalls über den letzten Stand der Maßnahmen gegen die Afrikanische Schweinegrippe, die seit letztem September unter Wildschweinen in Belgien grassiert und Luxemburg bislang noch nicht erreicht hat. Wie dem Landwirtschaftsportal zu entnehmen ist, waren bis zum 15. März 131

Wildschweinkadaver auf den nur für Schweine gefährlichen Virus getestet worden. Kein Test war positiv. Mittlerweile wurde eine Überwachungszone mit Begrenzung im Norden durch die Autobahn A6 von Steinfort nach Luxemburg, im Osten durch die A4 von Luxemburg nach Esch-sur-Alzette, sowie durch die belgische und die französische Grenze eingerichtet. Die Umzäunungen entlang der Autobahnen wurden auf Schwachstellen überprüft und es werden in den kommenden Tagen und Wochen zusätzliche Zäune errichtet, um Wildschweine zu bremsen. Die Arbeiten werden die Straßenbauverwaltung, Naturverwaltung und Armee durchführen. Die Zaunlänge soll insgesamt rund 20 Kilometer betragen. LJ



**Minister Romain Schneider erwägt schon länger eine LUGA.**

Foto: Editpress



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG  
Botschaft in Deutschland

## VERSCHIEDENES

# Luxemburg hält die Erinnerung an den Holocaust wach

Ab 1. März übernimmt das Großherzogtum in einer Zeit, in der der Antisemitismus wächst, den Vorsitz der Internationalen Allianz zum Holocaust-Gedenken.

VON BODO BOST

**LUXEMBURG** Die „International Holocaust Remembrance Alliance“ (IHRA) steht ab März ein Jahr lang unter der Präsidentschaft des Großherzogtums Luxemburg. Sie vereint Regierungen und Experten in der Bemühung, die Aufklärung über den Holocaust zu verbessern und das Gedenken an die Ermordung von sechs Millionen Juden im Zweiten Weltkrieg aufrechtzuerhalten. Die IHRA wurde 1998 ins Leben gerufen und hat heute 32 Mitgliedsländer – fast alle EU-Staaten, die USA, Kanada, Argentinien und Israel –, zwei Partnerländer – Australien und Portugal – und acht Beobachterstaaten.

Der ehemalige luxemburger Botschafter in Berlin, Georges Santer, ist Chef der luxemburgischen Delegation bei der IHRA, ab dem 5. März wird er auch internationaler Präsident dieser Organisation sein. Zweimal werden sich die Arbeitsgruppen treffen, vom 3. bis 5. Juni in Bad Mondorf und im Dezember in der Stadt Luxemburg. Bad Mondorf spielte in der jüdischen Geschichte Luxemburgs eine wichtige Rolle, weil hier von 1933 bis 1939 eine „Hachschara“-Schule zur Vorbereitung junger Zionisten auf Palästina bestand, und weil hier am Ende des Zweiten Weltkriegs 86 Nazi-Verbrecher, darunter Hermann Göring und Karl Dönitz, im Palace Hotel interniert wurden, bevor ihr Prozess in Nürnberg begann. In Bad Mondorf

fand auch ein Teil der Verhandlungen zwischen der Adenauer-Regierung und Israel statt, die 1952 zum „Luxemburger Abkommen“ über Entschädigungsleistungen Deutschlands an Israel führten.

Botschafter Santer erklärte in einem Interview mit der luxemburger Zeitung „Journal“, dass Luxemburg in einer Zeit des wachsenden Antisemitismus' die Präsidentschaft der IHRA übernimmt, stelle eine große Herausforderung dar. Luxemburg hatte im vergangenen Jahr erstmals eine Antisemitismus-Studie vorgestellt, in der 16 Fälle von Antisemitismus vor allem in den sozialen Netzwerken dokumentiert wurden. Die luxemburger Kandidatur kam auf Wunsch von Premierminister Xavier Bettel zustande, der wollte, dass Luxemburg auch auf internationaler Ebene Verantwortung übernimmt, was die Erinnerung an den Holocaust angeht. Bettel hatte sich 2014, nach der Vorstellung eines historischen Gutachtens, für die Mitverantwortung Luxemburgs an der Shoah entschuldigt. Luxemburg ist seit 2003 Mitglied der IHRA und wird den Vorsitz in einem Jahr an Deutschland weitergeben.

Nach Meinung von Botschafter Santer nimmt nicht nur der Antisemitismus, sondern Diskriminierung im Allgemeinen zu. Das habe mit einer Verunsicherung in der Gesellschaft zu tun, die nicht zuletzt durch wachsende soziale Ungleichheiten auseinanderdrifte. Es gebe

echte und gefühlte Ängste, und es werde nach Verantwortlichen dafür gesucht. Oft seien Minderheiten ein Ziel in einem negativen Klima, das von Nationalisten und Populisten noch weiter angeheizt wird. Die Aufgabe der IHRA werde es sein, aufzuzeigen, zu welch schrecklichen Konsequenzen das führen kann.

Insbesondere der portugiesische Diplomat Aristides de Sousa Mendes (1885-1954) soll während der luxemburger IHRA-Präsidentschaft bekannt gemacht werden. Als portugiesischer Generalkonsul in Bordeaux konnte der „Portugiesische Schindler“ 30 000 Verfolgte durch die Ausgabe von portugiesischen Visa vor den Nazi-Schergen retten, darunter auch Mitglieder der Großherzoglichen Familie. 10 000 der Geretteten waren Juden, weshalb er einer der Ersten war, die von der israelischen Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem als Gerechter unter den Völkern anerkannt wurde.

500 der geretteten Juden waren Luxemburger, die von einem deutschen Wehrmachtsoffizier, Baron Franz von Hoiningen-Huene (1888-1973), als Leiter der luxemburger Passierscheinstelle, Ausreisegenehmigungen erhalten hatten. Die Rolle dieses „Edelmannes mit edlem Charakter“, der auch Verbindungen zum Widerstand des 20. Juli 1944 hatte, ist zurzeit in Luxemburg Gegenstand intensiver historischer Forschungen.

# „Die IHRA international sichtbar machen“

Das Großherzogtum übernimmt Anfang März erstmals den Vorsitz der „International Holocaust Remembrance Alliance“ - Ein Gespräch mit dem Luxemburger Delegationschef Georges Santer

**LUXEMBURG** Botschafter Georges Santer ist Chef der luxemburgischen Delegation bei der „International Holocaust Remembrance Alliance/IHRA“ und ab dem kommenden 5. März internationaler Präsident dieser Organisation mit im Moment 32 Mitgliedsstaaten. Bis März 2020 hat das Großherzogtum den Vorsitz der Allianz inne. Mit dem langjährigen Diplomaten sprachen wir über die Ziele der Präsidentschaft und die Zunahme des Antisemitismus in Europa.

## **Herr Santer, wie kam es zur Kandidatur für die Präsidentschaft und ist es eine Premiere?**

**GEORGES SANTER** Die Kandidatur kam mit Unterstützung von Premier Xavier Bettel zustande, der wünschte, dass Luxemburg auch auf internationaler Ebene seine Verantwortung übernimmt, was die Erinnerung an den Holocaust anbelangt. Und ja, es ist eine Premiere. Luxemburg ist zwar seit 2003 Mitglied der IHRA, hatte aber noch nie den Vorsitz inne. Wir übernehmen ihn nun von Italien und geben ihn in einem Jahr an Deutschland weiter.

## **Was will Luxemburg erreichen?**

**SANTER** Wir haben ehrgeizige Ziele. Nach Bulgarien im November wird nun bei der Juni-Tagung in Bad Mondorf Australien als Mitglied aufgenommen. Wir werden alles daran setzen, dass dann bei der Tagung in Luxemburg im Dezember Portugal unsere Ränge vervollständigt. Dann gibt es zwei markante Ereignisse, welche in unsere Vorsitzzeit fallen. Zum einen jährt sich am kommenden 27. Januar die Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz zum 75. Mal. Zum anderen feiert die Erklärung des Stockholmer Internationalen Forums zum Holocaust kommendes Jahr ihr 20. Jubiläum.

Ziel ist es, angesichts steigendem Antisemitismus die in der Erklärung erhaltenen Verpflichtungen zur Erinnerung mit einer neuen Dynamik zu versehen. Es geht auch darum, einen neuen Text auszuhandeln, der die Stockholmer Erklärung ergänzen soll, um der nicht sehr positiven Entwicklung der letzten 20 Jahre Rechnung zu tragen. Zu erwähnen

ist in diesem Zusammenhang besonders die Rolle der sozialen Medien in der Meinungsbildung. Darüber hinaus möchten wir die IHRA international sichtbarer machen.

**Weshalb, glauben Sie, nimmt Antisemitismus zu?**

SANTER Nicht nur Antisemitismus, sondern Diskriminierungen insgesamt nehmen zu. Das hat meiner Meinung nach mit einer Verunsicherung in der Gesellschaft zu tun, die nicht zuletzt durch wachsende soziale Ungleichheiten auseinanderdriftet. Es gibt echte und gefühlte Ängste und es wird nach Verantwortlichen dafür gesucht. Oft sind Minderheiten ein Ziel in einem negativen Klima, das von Nationalisten und Populisten noch weiter angeheizt wird. Unse-

re Aufgabe ist es, aufzuzeigen, zu welchen schrecklichen Konsequenzen das führen kann. Deshalb sind wir alle gefordert, die Erinnerung an den Holocaust aufrechtzuerhalten. Und jeder Staat muss gewährleisten, dass Mitbürger gleich welcher Konfession oder Lebensart in Frieden, Sicherheit und Zufriedenheit innerhalb seiner Grenzen leben können.

**Laut Umfragen wissen selbst in der EU immer weniger Bürger über den Zweiten Weltkrieg und die Nazi-Herrschaft Bescheid. Wie kann man gegensteuern?**

SANTER Das ist die zentrale Frage in einer Zeit, da es immer weniger Opfer gibt, die aus erster Hand über die Gräueltaten des Holocaust erzählen können. Die Antwort liegt sicher zum Teil in der Bildung. Es gibt in der digitalen Ära neue Wege, Wissen zu vermitteln, aber natürlich hinterlässt ein Besuch in einem Konzentrationslager viel tiefere Eindrücke. Mein Dank gilt den Professoren und den Organisatoren, die Jahr für Jahr Schüler nach Auschwitz oder etwa nach Sachsenhausen begleiten, wie ich dies auf meinem letzten Posten in Berlin eindrucksvoll sehen konnte. Wir müssen und werden aber auch auf die Erwachsenen zugehen.

**Wie konkret?**

SANTER Ausstellungen, Filmprojektionen, Diskussionsrunden und Konferenzen werden unsere IHRA-Präsidentschaft begleiten. Es ist uns gelungen, einen Teil der Ausstellung „State of Deception“ aus Washington in die Abtei Neumünster zu holen. Sie läuft noch bis zum 17. März und zeigt, wie die Weimarer Republik in wenigen Jahren in die Diktatur stürzte. Wir arbeiten auch an einer Ausstellung über Aristides de Sousa Mendes. Er war portugiesischer Generalkonsul in Bordeaux und erteilte - entgegen den Instruktionen der Salazar-Regierung - unzähligen Flücht-

lingen, jüdischen wie nicht-jüdischen, Durchreisevisa nach Portugal, damit sie sich in Sicherheit bringen konnten. Auch viele Luxemburger konnten von diesem mutigen Ungehorsam profitieren. Wir werden in einer zweiten Ausstellung auch zeigen, was in Vilar Formoso geschah, an der Grenze zwischen Spanien und Portugal, wo die Flüchtlings-Züge auf portugiesischem Staatsgebiet eintrafen. Hier wurde im November 1941 ein Zug mit Flüchtlingen, darunter auch welche aus Luxemburg, zurückgewiesen. Die Umstände müssen noch genauer erforscht werden. Wir möchten zeigen, welche Auswirkungen Hitlers Terrorregime in ganz Europa hatte. Wir werden auch dafür sorgen, dass Ausstellungen aus Luxemburg in anderen Ländern gezeigt werden. Wir sind diesbezüglich im Mo-

ment in Gesprächen mit ausländischen Partnern, um die Ausstellung „Between Shade and Darkness“ über das Schicksal der Juden in Luxemburg während des Zweiten Weltkrieges in Berlin zeigen zu können. Ich bin zuversichtlich, dass uns dies gelingen wird. CLAUDE KARGER

*„Premier Xavier Bettel wünschte, dass Luxemburg auch auf internationaler Ebene seine Verantwortung übernimmt, was die Erinnerung an den Holocaust anbelangt“*

GEORGES SANTER Botschafter

#### DIE MITGLIEDER DER IHRA

32 Staaten bislang

**Die Mitgliedstaaten der IHRA sind:** Argentinien, Belgien, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Israel, Italien, Kroatien, Kanada, Lettland, Litauen, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Österreich, Polen, Rumänien, Schweden, Serbien, Slowakei, Slowenien, Spanien, Schweiz, Tschechien, Ungarn, Vereinigte Staaten, Vereinigtes Königreich. **Partnerländer** sind Australien und Portugal. **Länder mit Beobachterstatus:** Albanien, Bosnien und Herzegowina, El Salvador, Nordmazedonien, Moldau, Monaco, Türkei, Uruguay. Des weiteren gibt es **sieben Partnerorganisationen:** Vereinte Nationen, UNESCO, Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)/Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR), Internationaler Suchdienst (ITS), Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA), Europarat und die „Jewish Claims Conference“.

➔ Mehr: [www.holocaustremembrance.com](http://www.holocaustremembrance.com)

#### DEFINITION VON ANTISEMITISMUS

„In Wort und Tat gegen Juden“

Die IHRA erarbeitete im Mai 2016 eine Arbeitsdefinition von Antisemitismus: „**Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort oder Tat gegen jüdische oder nicht-jüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen. Darüber hinaus kann auch der Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, Ziel solcher Angriffe sein.**“

## Luxemburg weltweit unter besten Städten

**Luxemburg.** Die Stadt Luxemburg zählt weiterhin zu den 20 lebenswertesten Städten der Welt. Das geht aus einem neuen Ranking des Beratungsunternehmens Mercer hervor, das gestern vorgestellt wurde. Wie bereits im Vorjahr belegt die Hauptstadt des Großherzogtums im „Quality of Living Ranking“ den 18. Platz unter 231 Städten. Laut einer Mercer-Sonderauswertung ist Luxemburg zudem die sicherste Stadt der Welt. Dahinter folgen Helsinki (Finnland) und die Schweizer Städte Basel, Bern und Zürich. Untersucht wurden dabei Faktoren wie Kriminalitätsrate und Pressefreiheit. Unangefochtene Nummer eins in Sachen Lebensqualität bleibt die österreichische Hauptstadt Wien, gefolgt von Zürich, Vancouver (Kanada), München und Auckland (Neuseeland). Die Schlusslichter der Rangliste bilden Sanaa (Jemen), Bangui (Zentralafrikanische Republik) und Bagdad (Irak). Grundlage der Mercer-Studie sind Befragungen von Expats, also Mitarbeitern, die von Unternehmen ins Ausland entsendet wurden.jt

Démographie - Luxembourg

## Das Großherzogtum wächst und wächst

**Luxemburg.** Innerhalb von 37 Jahren hat die Einwohnerzahl des Großherzogtums um rund zwei Drittel zugenommen. Damit hat Luxemburg das höchste Bevölkerungswachstum in Europa. Wie das Statistikkamt Stateg in seinem neuen demografischen Atlas beleuchtet, erklärt sich dies nicht nur durch einen natürlichen Geburtenüberschuss, sondern vor allem dadurch, dass immer mehr Einwanderer den Weg nach Luxemburg finden. SH/gs

Luxemburger Wort du 02.03.2019 / page 1

Démographie - Luxembourg

# Es werden immer mehr

Luxemburg kennt das höchste Bevölkerungswachstum in Europa

**Luxemburg wächst und wächst – vor allem, weil das Großherzogtum immer mehr Einwanderer anzieht. Dies geht aus dem neuen demografischen Atlas für Luxemburg des Statistikkamts Stateg hervor.**

Zwischen 1981 und 2018 ist die Bevölkerung in Luxemburg um rund zwei Drittel gewachsen. Am 1. Januar vergangenen Jahres bewohnten 602 005 Menschen die 2 586 Quadratmeter des Großherzogtums, 37 Jahre zuvor war das Land mit 364 597 Einwohnern noch deutlich „leerer“. „Luxemburg hat das höchste Bevölkerungswachstum in Europa“, hält das Statistikkamt Stateg fest.

Zwischen 2013 und 2018 schnellte die Einwohnerzahl im Schnitt jedes Jahr um 12 993 Personen in die Höhe. Dies ist vor allem dadurch bedingt, dass Luxemburg seit Jahrzehnten eine starke Anziehungskraft auf Einwanderer ausübt. So wanderten in jenen fünf Jahren im Schnitt 10 863 Personen mehr ein als aus. 2 130 Personen pro Jahr gehen hingegen auf einen natürlichen Geburtenüberschuss zurück.

Mit 116 323 Einwohnern ist die Stadt Luxemburg die Gemeinde mit der höchsten Bevölkerung, gefolgt von Esch/Alzette mit 35 040 Personen zum 1. Januar 2018.

Den stärksten Zuwachs kannte in den vergangenen 37 Jahren die Gemeinde Befort. Lebten 1981 noch 916 Personen dort, waren es deren im vergangenen Jahr mehr als dreimal so viele, nämlich 2 816. Dies entspricht einem Zuwachs

von 207,4 Prozent. Es folgen Frisingen mit einem Plus von 173,2 Prozent, Weiler-la-Tour (+166 Prozent), Fischbach (+165,8 Prozent) und Waldbillig (+160,7 Prozent). Die Stadt Luxemburg zählte 2018 wohl 37 411 mehr Einwohner als 1981, in Prozent ausgedrückt liegt sie damit ebenso wie viele weitere Städte im hinteren Teil der Tabelle. Am wenigsten Zuwachs gab es unterdessen in Diekirch (+21 Prozent).

### Portugiesen, Franzosen, Italiener

Der Ausländeranteil in der Bevölkerung lag zum 1. Januar 2018 bei 48 Prozent. Die 96 544 hier lebenden Portugiesen bilden die größte Migrantengemeinschaft, gefolgt von den Franzosen (45 822) und den Italienern (21 962).

In der Hauptstadt wohnen mittlerweile 70,8 Prozent Menschen mit einer anderen Nationalität als der luxemburgischen. Auch in Strassen (62,3 Prozent) und Fels (58,3 Prozent) ist der Ausländeranteil relativ hoch. In den Gemeinden Wahl (20,4 Prozent), Useldingen (21,3 Prozent), Reckingen/Mess (21,7 Prozent) und Goesdorf (21,7 Prozent) sind die Luxemburger dagegen noch mehrheitlich unter sich.

Beim Blick auf den neu ausgearbeiteten demografischen Atlas lassen sich Gemeinden nach verschiedenen Kriterien durchleuchten, etwa nach dem Alter ihrer Einwohner. Besonders viele Senioren leben demnach in Bad Mondorf (Durchschnittsalter der Einwohner: 44,6 Jahre), Remich (43,8

Jahre), Erpeldingen/Sauer (43 Jahre), Niederanven (42,8 Jahre) und Echternach (42,7 Jahre).

Besonders vielen jungen Menschen unter 20 Jahren begegnet man in Pütscheid (28,2 Prozent der Wohnbevölkerung), Lenningen (27,4 Prozent), Fischbach (27,3 Prozent) oder in Mamer (25,7 Prozent). „Junge Menschen unter 20 Jahren wohnen relativ gesehen eher in den ländlichen Gemeinden im Norden des Landes und in einigen urbaneren Südgemeinden wie Rümelingen oder Weiler-la-Tour“, hält der Stateg fest. Der durchschnittliche Einwohner Luxemburgs ist übrigens 39,4 Jahre alt.

### Männer und Frauen

Männer, die auf der Suche nach einer neuen Partnerin sind, könnten sich eventuell für die Kommunen mit den höchsten Frauenanteilen interessieren: in Walferdingen (52,31 Prozent Frauen), Bad Mondorf (52 Prozent) und Steinsel (51,7 Prozent) ist das weibliche Geschlecht relativ deutlich in der Mehrheit – Angaben über den Beziehungsstatus dieser Frauen erhebt der Stateg allerdings nicht.

Die höchste Männerquote meldet übrigens Weiswampach (53,2 Prozent), gefolgt von Burscheid (53 Prozent) und Esch/Sauer (52,4 Prozent).

Die einzelnen Karten sind online einsehbar. jt/SH

■ [https://map.geoportail.lu/theme/atlas\\_demographique](https://map.geoportail.lu/theme/atlas_demographique)

# Positives Eurobarometer

Mehr als die Hälfte der Einwohner Luxemburgs haben von der Europäischen Union ein gutes Bild

VON PATRICK BESCH

**Die Einwohner Luxemburgs schätzen die wirtschaftliche Lage des Landes, aber auch die der Europäischen Union, als positiv ein. Das bestätigt das Eurobarometer, das gestern vorgestellt wurde.**

Was sind die größten Probleme Luxemburgs? Das Wohnen, die Inflation und das Bildungssystem. So geht es zumindest aus dem aktuellen Eurobarometer hervor. Gestern wurde der Länderbericht für das Großherzogtum im Europa-haus vorgestellt. In den vergangenen Wochen wurden dazu 501 Personen in Luxemburg befragt. 68 Prozent von ihnen waren Luxemburger, die restlichen 32 Prozent stammten aus der EU.

Die Wohnungsproblematik ist mit 56 Prozent dabei einsamer Spitzenreiter. Die Preissteigerung mit 29 Prozent und das Bildungssystem mit 18 Prozent hinken abgeschlagen hinterher. Am wenigsten problematisch sehen die hierzulande Befragten den Schuldenstand (zwei Prozent), den Terrorismus sowie die Wirtschaftslage (jeweils vier Prozent).

## Stichwort Migration

In den vergangenen Monaten hat kaum ein Thema die Schlagzeilen in Europa so dominiert wie die Flüchtlingskrise. Kein Wunder also, dass die meisten Menschen in Europa (40 Prozent) die Migrationsfrage als größte Herausforderung für die Europäische Union sehen. Auf den Plätzen zwei und drei folgen der Terrorismus mit 20 Prozent sowie die Finanzlage der Union mit 19 Prozent.

Die Befragten in Luxemburg sind in ihrer Einschätzung zur Lage der EU in fast allen Bereichen der gleichen Meinung wie ihre europäischen Mitbürger. Nur in einem Punkt gehen die Meinungen auseinander. Während die wirtschaftliche Lage der Union 18 Prozent der Europäer Sorgen bereitet, verbucht dieses Problem aus luxem-

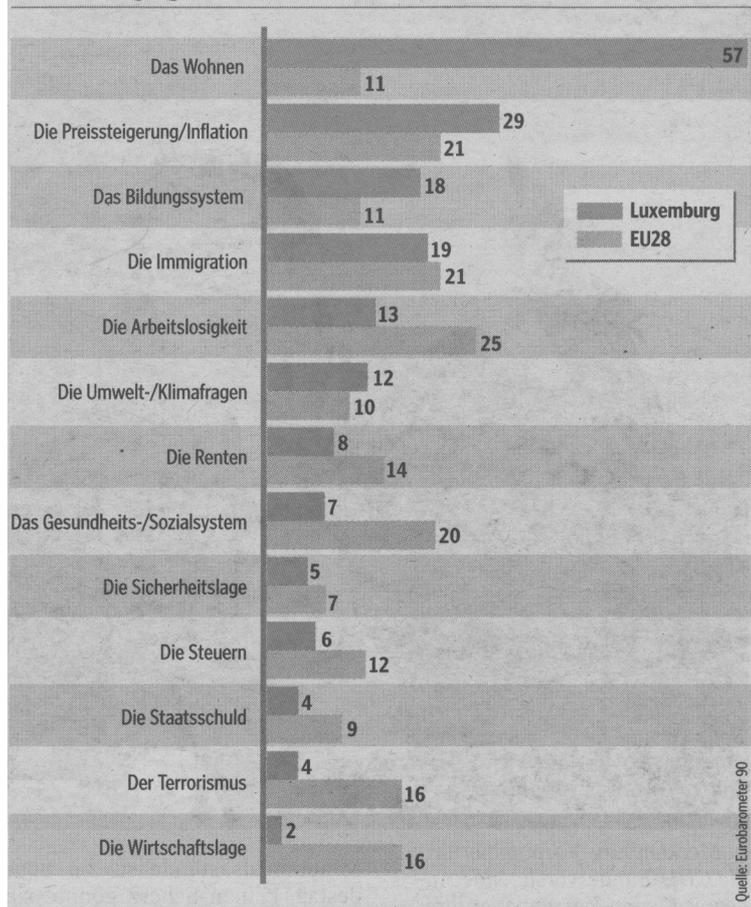
bürgischer Sicht lediglich zehn Prozent. „Die wirtschaftliche Lage hierzulande ist gut, die Arbeitslosenquote ist niedrig“, so der Erklärungsversuch von Tommy Klein vom Meinungsforschungsinstitut TNS Ilres. In Luxemburg gaben neun von zehn Befragten an, dass die Wirtschaftslage ihres Landes gut ist. Der EU-Durchschnitt beträgt lediglich 49 Prozent. Mit sechs Prozent liegt Griechenland in dieser Statistik ganz hinten.

In der Umfrage wurden die Unionsbürger auch dazu befragt, was sie von der Migration halten. Im EU-Durchschnitt bejahten 50 Prozent die Aussage „Immigranten bringen meinem Land viel“. In

Luxemburg liegt der Wert mit 70 Prozent Zustimmung noch höher. Überraschend ist in diesem Kontext die Aussage der Briten. „79 Prozent der Briten finden, dass die Immigranten ihr Land voranbringen. Das ist doch überraschend, war die Migrationsfrage ein zentrales Argument der Brexit-Befürworter“, so Yuriko Backes, die oberste Vertreterin der EU-Kommission in Luxemburg.

Das Image der EU bleibt europaweit und in Luxemburg positiv. Selbst in Großbritannien bewerten 43 Prozent der Befragten die Union als positiv. Der Eurobarometer bestätigt ebenfalls die Tendenz, dass umweltbezogene Themen an Wichtigkeit gewinnen.

## Luxemburgs größte Probleme



# Optimistische Aussicht

## Eurobarometer: Luxemburg bewerten Situation der EU zuversichtlich

LUXEMBURG  
SVEN WOHL

Welche Themen bewegen Luxemburg mit Hinblick auf die Europäische Union? Dies ist eine der zahlreichen Fragen, die im Rahmen des Eurobarometers im vergangenen November an 501 Einwohner des Großherzogtums gestellt wurden. Im Rahmen der bevorstehenden Europawahlen gewinnen sie umso mehr an Gewicht.

### Wohnungswesen als Hauptproblem

Sowohl bei der Einschätzung der nationalen Wirtschaftslage (91 Prozent positiv) als auch der europäischen Wirtschaftslage (56 Prozent positiv) sind die Luxemburger verhältnismäßig optimistisch. In beiden Punkten liegt der EU Durchschnitt bei nur 49 Prozent positiver Einschätzungen. Bei den Nachbarländern fällt vor allem Frankreich auf, wo sowohl die nationale Lage mit 70 Prozent wie auch die europäische Lage mit 54 Prozent als mehrheitlich schlecht bewertet wird.

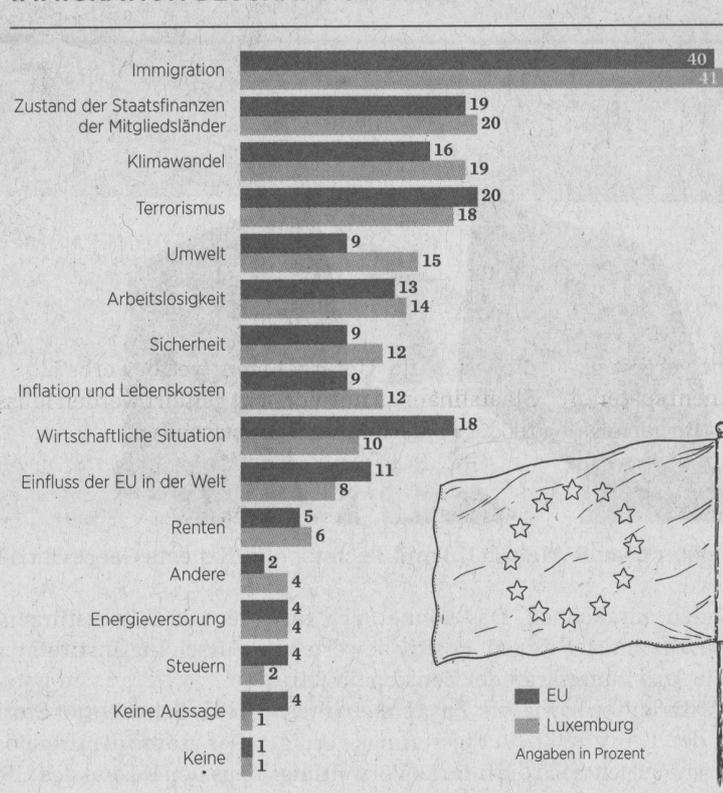
Die Sorgen der Luxemburger was nationale Themen angeht deckt sich nur bedingt mit den europäischen Tendenzen. 56 Prozent der Einwohner gaben das Wohnungswesen als Hauptsorgenkind an. In Europa sind es dagegen nur elf Prozent. Inflation und Lebenskosten sind für 29 Prozent der Befragten in Luxemburg ein Problem, in Europa dagegen durchschnittlich 21 Prozent. Durchschnittlich weniger Sorgen machen sich die Luxemburger um Immigration (14 gegen 21 Prozent), Arbeitslosigkeit (zwölf gegen 23 Prozent) und Gesundheitssystem sowie soziale Sicherheit (neun gegen 20 Prozent). Bei den europäischen Herausforderungen und Problemen liegen die Luxemburger insgesamt näher am EU-Durchschnitt (siehe beistehende Grafik).

### Grenzen des Optimismus

Der Optimismus kennt jedoch seine Grenzen. 47 Prozent der Luxemburger geben an, dass die EU sich nicht in die richtige Richtung entwickle. Nur 25 Prozent sind vom Gegenteil überzeugt, 19 Prozent haben eine neutrale Bewertung. Im EU-Durchschnitt sind 51 Prozent negativ eingestellt. Im Vergleich zur Einschätzung der aktuellen Entwicklung der USA sind diese Zahlen jedoch geradezu optimistisch. Durchschnittlich 63 Prozent empfinden die Entwicklung der USA unter Präsident Trump als negativ. In Luxemburg sind es sogar 77 Prozent.

Bei der gestrigen Vorstellung der Zahlen von Yuriko Backes (Chef der Vertretung der Europäischen Kommission in Luxemburg) und Tommy Klein (TNS/ILRES) ging man auch darauf ein, womit die Einwohner Luxemburgs die EU in Verbindung bringen. Der freie Personenverkehr wurde hier an erster Stelle von 65 Prozent der Befragten angegeben (EU: 53 Prozent). ●

### IMMIGRATION BESCHÄFTIGT EUROPA



Auf die Frage, welche zwei Probleme die wichtigsten der EU darstellen, sprechen sich EU-weit wie auch in Luxemburg die meisten für Immigration aus  
Quelle: TNS/ILRES

# „Beträchtliche Steigerung“

Noch zwei Etappen bis zur Mindestloohnerhöhung um insgesamt 100 Euro netto

LUXEMBURG

CHRISTIAN BLOCK

**E**inhundert Euro mehr Netto-Mindestlohn: Was simpel klingt, ist in der Umsetzung deutlich komplexer. Fakt ist: Die Erhöhung des „salaire social minimum“ wird in insgesamt drei Schritten vollzogen, von denen ein erster bereits erfolgt ist: Im Dezember 2018 hatte das Parlament bereits eine Anhebung des sozialen Mindestlohns um 1,1 Prozent beschlossen.

Die zweite Etappe erfolgt ebenfalls auf legislativem Weg. Arbeits- und Beschäftigungsminister Dan Kersch (LSAP) hat am 1. März einen Gesetzesentwurf im Parlament hinterlegt, der den Mindestlohn rückwirkend zum 1. Januar 2019 um 0,9 Prozent anheben wird.

## Die dritte Etappe macht den größten Unterschied

Die dritte Etappe, die aber mit rund 70 Euro den größten Unterschied machen wird, besteht in einer steuerlichen Maßnahme, genauer gesagt in der Einführung eines Steuerkredits im Budgetentwurf für 2019 (wir berichteten), den „crédit d'impôt salaire social minimum“ (CISSM). Konkret heißt das, dass Empfänger des qualifizierten wie des nichtqualifizierten Mindestlohns aller Wahrscheinlichkeit nach spätestens mit ihrem Juli-Gehalt neben dem CISSM auch die Beträge der ersten Jahreshälfte überwiesen bekommen. In der Steuerklasse 1 (ledig) wird ein Beschäftigter, der am 31. Dezember 1.764 Euro verdiente, demnach auf 1.865 Euro zurückgreifen können. Der qualifizierte Mindestlohn steigt nach den

Anpassungen von 2.062 auf 2.166 Euro. Im Endeffekt macht der Unterschied demnach etwas mehr als 100 Euro aus. Um zu verhindern, dass Beschäftigte, die mit ihrem Gehalt nur geringfügig über dem Mindestlohn liegen, benachteiligt werden, sieht der Budgetentwurf eine Nivellierung vor: Der neu geschaffene Steuerkredit nimmt demnach linear für Gehälter zwischen 2.500 bis 3.000 ab.

Arbeitsminister Dan Kersch und Finanzminister Pierre Gramegna (DP) betonten gestern auf einer Pressekonferenz, dass die Regierung zu ihrem Engagement stehe, den Mindestlohn zu erhöhen. Der LSAP-Minister betonte, dass es sich - abgesehen von der zweijährigen periodischen Anpassung - um die erste strukturelle Erhöhung des Mindestlohns seit den 1970er Jahren handele. Die Anpassung sei eine „beträchtliche Steigerung“ in Höhe von 5,7 Prozent des nichtqualifizierten Netto-Mindestlohns und von etwa fünf Prozent des qualifizierten - auch wenn dadurch „nicht alle Probleme der Lohngerechtigkeit gelöst“ werden könnten. Der liberale Finanzminister meinte seinerseits, diese Mindestloohnerhöhung „sei nicht einfach eine Geste“, sondern sei eine Reaktion auf die Schere zwischen Arm und Reich, die sich öffne. Gramegna sprach zudem von einer „Win-Win-Situation“, würde über die Stärkung der Kaufkraft doch auch wieder mehr Geld in die Wirtschaft fließen.

Die Mindestloohnerhöhung wird zu einem Drittel von den Betrieben und zu zwei Dritteln vom Staat getragen. ●

## „Nicht einfach eine Geste“

PIERRE GRAMEGNA, Finanzminister

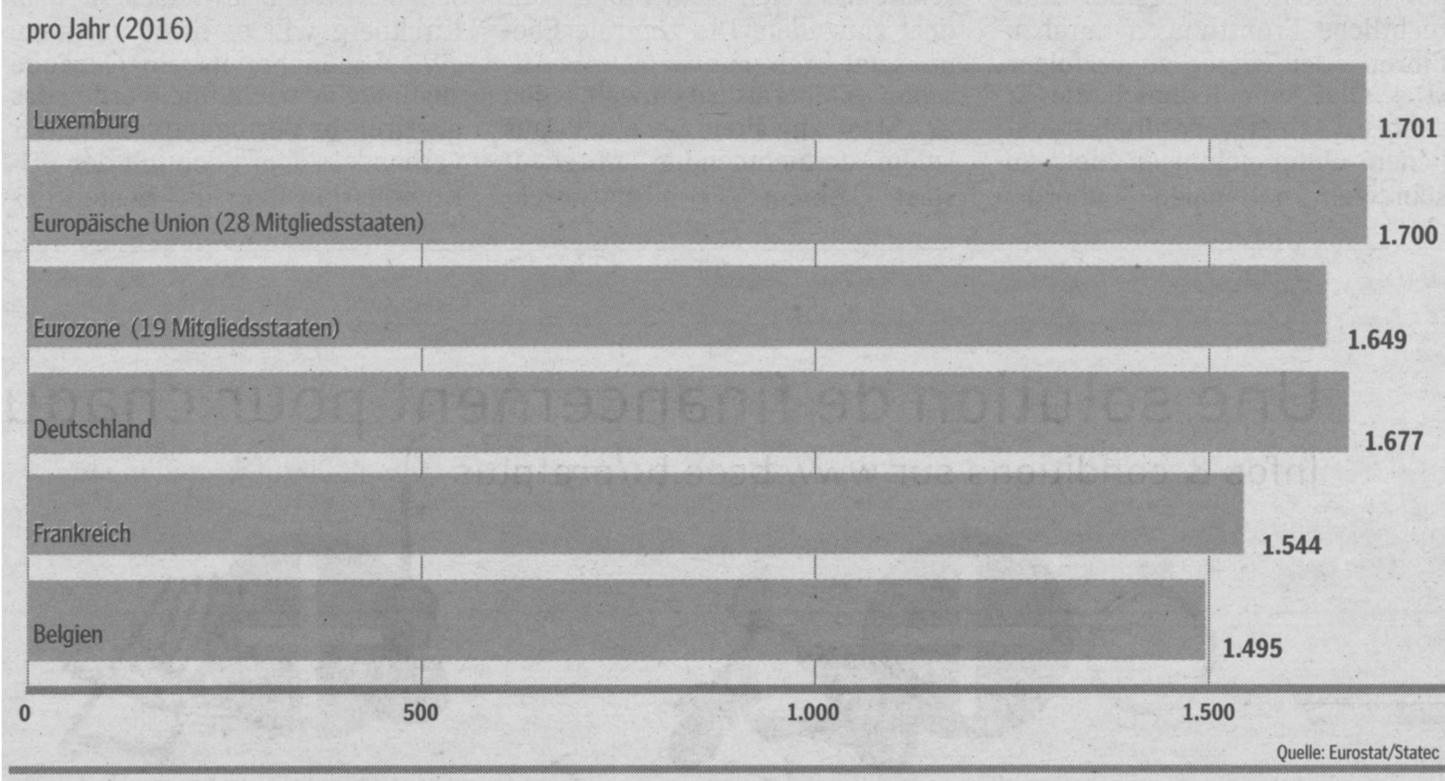
## 1 701 Stunden Arbeit pro Jahr

**Luxemburg.** Das Großherzogtum ist in der Großregion das Land mit der längsten Jahresarbeitszeit, wie aus einer Statec-Studie hervorgeht. Ein Vollzeitangestellter in Luxemburg arbeitet demnach im Schnitt 1 701 Stunden pro Jahr – Überstunden inklusive. In den

Nachbarstaaten reichte die tatsächlich geleistete Jahresarbeitszeit 2016 von 1 495 Stunden in Belgien bis 1 677 in Deutschland; in Frankreich betrug sie 1 544 Stunden. Der Durchschnitt in der Eurozone liegt bei 1 649 Stunden. „Im Vergleich zu Frankreich und Belgien ist die tatsächliche Arbeitszeit in Luxemburg in allen Wirtschaftszweigen höher“, schreibt der Statec. *jt/mbb*

### Grafik der Woche

#### Die durchschnittlich von einem Arbeitnehmer in Europa geleisteten Arbeitsstunden



## Luxemburg im oberen Drittel

**Luxemburg.** 39 Euro: Das kostet eine Arbeitsstunde im Großherzogtum, wie das nationale Statistikkamt Stateg gestern mitteilt. Damit bleiben die durchschnittlichen Kosten pro Arbeitsstunde in Luxemburg im Vergleich zum Durchschnitt der Europäischen Union mit 26 Euro und der Eurozone (30 Euro) relativ hoch. In

den Nachbarländern fallen die durchschnittlichen Kosten pro Arbeitsstunde mit 35 Euro in Frankreich und 34 Euro in Deutschland geringer aus; nur in Belgien ist eine Arbeitsstunde so teuer wie in Luxemburg.

Das Ergebnis für Luxemburg ist dem Stateg zufolge weitgehend auf die luxemburgische Beschäf-

tigungsstruktur zurückzuführen, die sich stärker auf Dienstleistungen mit hoher Wertschöpfung konzentriert. So sind auch die Kosten für eine Arbeitsstunde im Großherzogtum zwischen 2012 und 2016 schneller gestiegen als in der EU oder der Eurozone: In Luxemburg ist der Preis einer Arbeitsstunde um 2,3 Prozent pro Jahr gestiegen - in der EU um 1,5 Prozent, in der Eurozone um 0,9 Prozent.

Die verschiedenen Wirtschaftszweige weisen große Unterschiede auf: So kostet eine Arbeitsstunde im Baugewerbe 26 Euro, für 60 Minuten Arbeit muss ein Arbeitgeber in der Industriebranche 34 Euro zahlen. Dagegen stehen das Finanz- und Versicherungswesen mit 71 Euro oder das Gesundheits- und Sozialwesen mit 39 Euro. *mbb*



Emploi / Travail - Luxembourg

## Parlament sagt Ja zum Urlaub

In ihrem Koalitionsabkommen hatten sich die Regierungsparteien auf zwei zusätzliche Urlaubstage verständigt. Der 9. Mai soll ein gesetzlicher Feiertag und die gesetzlich verankerten Urlaubstage von 25 auf 26 Tage heraufgesetzt werden. Damit die Regelung schon

2019 greift, hatte Beschäftigungsminister Kersch (LSAP) Ende Januar einen Gesetzentwurf eingebracht. Dem stimmte das Parlament gestern zu. Allerdings kommen nicht alle Beschäftigten in den Genuss des 26. Urlaubstags. Wenn im Kollektivvertrag explizit Bezug auf den gesetzlichen Mindesturlaub genommen wird, haben sie automatisch Anspruch auf einen

zusätzlichen freien Tag. Alle anderen können nur hoffen, dass im Rahmen von Neuverhandlungen ihrer Kollektivverträge ihre Urlaubszeit nach oben angepasst wird. Gibt es keinen Kollektivvertrag, bekommen die Beschäftigten automatisch 26 Tage Urlaub. DS

Luxemburger Wort du 28.03.2019 / page 4

Emploi / Travail - Luxembourg

# Der 9. Mai ist arbeitsfrei

## EUROPATAG Parlament billigt zusätzlichen Urlaubstag

Lucien Montebusco

Keine Parlamentsfraktion wollte es sich mit den Beschäftigten verderben. Das Projekt der Einführung des 9. Mai als neuen offiziellen Feiertag und die Anhebung des jährlichen gesetzlichen Mindesturlaubs von 25 auf 26 Tage wurden gestern einstimmig angenommen.

Mit dem neuen Gesetz hat die Koalition nur wenige Monate nach den Wahlen eines ihrer sozialpolitischen Versprechen umgesetzt. Konkret bedeuten diese zwei zusätzlichen Tage eine Arbeitszeitverkürzung, so Berichterstatter Georges Engel (LSAP). Die Zahl der offiziellen Feiertage in Luxemburg liegt nun bei elf.

Man sollte den Tag nutzen, um über Europa und die Vorteile der EU zu reden, mahnten mehrere Redner an. Premierminister Xavier Bettel (DP) hatte bereits eine entsprechende Veranstaltung

in Schengen angekündigt.

Fast 50 Prozent der Beschäftigten werden sofort in den Genuss des zusätzlichen Urlaubstages kommen.

Sie fallen nicht unter den Wirkungsbereich eines Kollektivvertrags. Ihnen stehen lediglich der gesetzliche Mindesturlaub plus die nunmehr elf Feiertage zu. Die meisten Tarifverträge sehen bereits zusätzliche Urlaubstage vor. Auch im öffentlichen Dienst darf länger geruht werden.

Arbeitsminister Dan Kersch wies Vorwürfe zurück, die Politik mische sich mit ihren Entscheidungen in die Tarifautonomie ein. Dabei komme die Maßnahme ausgerechnet jenen Beschäftigten zugute, deren Arbeitgeber nichts von Kollektivvertrag wissen wollen.

Hälfte der Beschäftigten profitiert.

Die Kritik der Arbeitgeberverbände, die Betriebe müssten die neuen freien Tage finanzieren, konterte die liberale Abgeordnete Carole Hartmann mit dem Hinweis auf die geplanten zusätzlichen Steuererleichterungen.

So wurde bereits 2017 die Körperschaftssteuer von 21 auf 18 Prozent reduziert. Sie soll jetzt nochmals um einen Prozentpunkt gesenkt werden. Wenn Kritik am Gesetzentwurf geäußert wurde, dann lediglich an Details.

Die ADR hätte Pfingstdienstag als zusätzlichen Feiertag bevorzugt, so Jeff Engelen – Stichwort Echternacher Springprozession.

Marc Baum von „déi Lénk“ erinnerte an den 8. März als potenziell infrage kommendes Datum. Und Sven Clement von der „Piratepartei“ hätte sich eine Lösung gewünscht, die auch Beschäftigten mit einem Kollektivvertrag zugute gekommen wäre.

tageblatt du 28.03.2019 / page 8

# Das zähe Ringen um die Würde des Menschen

Heute vor zehn Jahren  
traten die Gesetze zur Palliativpflege  
und zur Sterbehilfe in Kraft

Von Dani Schumacher

Selten hat ein Thema das Land so gespalten wie die Debatte über die Sterbehilfe. Auf der einen Seite der Ruf nach einem selbstbestimmten und menschenwürdigen Tod, auf der anderen Seite der bedingungslose Schutz des Lebens. Beide Seiten stehen sich unversöhnlich gegenüber. Bis zum Schluss.

Heute vor genau zehn Jahren trat das Euthanasie-Gesetz in Kraft. Doch es gibt eine lange Vorgeschichte. 1996 befasst sich das Parlament ein erstes Mal mit dem Thema, dies im Rahmen einer von dem grünen Abgeordneten Muck Huss initiierten Interpellation. Daraufhin wird eine Ethikkommission eingesetzt, die eine Orientierungsdebatte zum Thema Palliativpflege und Sterbehilfe vorbereiten soll.

Die Debatte findet erst im März 1999 statt. Im Verlauf der Sitzung schält sich ein Grundtenor heraus, der die gesamte Diskussion bis zum abschließenden Votum im Parlament wie ein roter Faden durchzieht: Beim Thema Palliativpflege sind sich alle einig, beim Thema Sterbehilfe gehen die Meinungen grundlegend auseinander.

Nach der Orientierungsdebatte verschwindet das Thema erst einmal vom parlamentarischen Radar. Interessanterweise ist es der damalige Premierminister Jean-Claude Juncker (CSV), der den Fa-

den 2001 in seiner Rede zur Lage der Nation wieder aufgreift. Damit ist die Debatte endgültig lanciert.

2002 bringen die LSAP-Abgeordnete Lydie Err und ihr grüner Kollege Muck Huss eine Gesetzesinitiative ein, in der es um das „Recht auf ein würdiges Sterben“ geht. Der Text bleibt aber erst einmal liegen. Im März 2003 folgt eine zweite Orientierungsdebatte. Genau wie 1999 gibt es ein eindeutiges Ja zur Palliativpflege, bei der Euthanasie geht erneut ein Riss durch das Parlament: Mit 28 gegen 27 Stimmen wird eine Resolution von Lydie Err, Alex Bodry (LSAP) und Muck Huss zur Straffreiheit bei der Sterbehilfe nur knapp abgelehnt.

Ein Jahr später, im Februar 2004, folgt ein Gesetzentwurf zur Palliativpflege und zur Sterbebegleitung des damaligen Gesundheitsministers Carlo Wagner (DP). Wagners Nachfolger Mars Di Bartolomeo (LSAP) ändert den Text 2006 nach dem Regierungswechsel ab und schickt ihn unter dem Titel „Projet de loi relatif aux soins palliatifs, à la directive anticipée et à l'accompagnement en fin de vie“ erneut auf den Instanzenweg. Um Euthanasie geht es in dem Entwurf nicht, das Thema war im CSV-LSAP-Regierungsprogramm von 2004 nicht festgehalten worden. Die Vorlage der Abgeordneten Err und Huss „sur le droit de

mourir en dignité“ wird allerdings nicht zurückgenommen.

## Erstes Votum

Am 19. Februar 2008 kommen schließlich beide Texte im Parlament zur Abstimmung. Nach mehr als sechs Stunden wird das Palliativgesetz einstimmig angenommen. Ganz anders beim Gesetz zur Sterbehilfe. Weil kein Fraktionszwang besteht, ist der Ausgang bis zum Schluss offen: 30 Abgeordnete stimmen schließlich für den Text, 26 dagegen, drei enthalten sich, ein Parlamentarier fehlt. Die ADR lehnt den Entwurf geschlossen ab, bei der Christsozialen stimmt nur Nancy Kemp-Arendt dafür, die anderen CSV-Abgeordneten votieren dagegen. Bei der LSAP gibt es eine breite Zustimmung, nur Fernand Diederich, Jos Scheuer und Jean-Pierre Klein enthalten sich. Die Grünen sind dafür.

Damit ist die Debatte aber längst nicht abgeschlossen. Denn wenig später verweigert der Staatsrat überraschend die Dispens und fordert eine zweite Lesung. In ihrem Gutachten hatte die Hohe Körperschaft zuvor auf Unstimmigkeiten zwischen den beiden Texten hingewiesen. Damit ist auch der einstimmig angenommene Entwurf zur Palliativmedizin erst einmal blockiert.

Es muss also nachgebessert werden. Doch wie zuvor im Ple-

num herrscht auch im Gesundheitsausschuss Uneinigkeit. CSV und LASP können sich nicht auf einen gemeinsamen Nenner einigen. Schließlich werden 29 Änderungsanträge zurückbehalten, elf werden von den beiden Parteien getragen, 18 Minderheitsanträge werden nur von der CSV gutgeheißen.

Am 7. Oktober 2008 erscheint das zweite Zusatzgutachten des Staatsrats. Die Hohe Körperschaft belegt den abgeänderten Text mit vier Oppositions formelles. Es muss also ein weiteres Mal nachgebessert werden. Dabei ist Eile geboten, denn das zweite Votum soll noch vor Ende des Jahres erfolgen.

## Der Großherzog sagt Nein

Dann platzt die Bombe: Am 2. Dezember – im Parlament laufen zeitgleich die Haushaltsdebatten – wird bekannt, dass Großherzog Henri das Gesetz aus Gewissensgründen nicht unterschreiben wird. Ohne die Unterschrift des Staatsoberhauptes kann das Gesetz laut Verfassung aber nicht in Kraft treten.

Die Ereignisse überschlagen sich. Eine Krisensitzung jagt die nächste. Premier Juncker und Justizminister Luc Frieden (CSV) beraten sich mit den Partei- und Fraktionsvorsitzenden. Schließ-

# Rechte, Vorschriften und Bedingungen

Die beiden Texte zur Euthanasie und zur medizinischen Betreuung am Lebensende im Überblick

Von Dani Schumacher

Laut dem Gesetz vom 16. März 2009 „relative aux soins palliatifs, à la directive anticipée et à l'accompagnement en fin de vie“ hat jeder Bürger, der sich im fortgeschrittenen oder im Endstadium einer schweren und unheilbaren Krankheit befindet, Anspruch auf Palliativpflege, die die Behandlung der Schmerzen und des körperlichen Leidens beinhaltet. In einer Situation, in der eine Genesung nicht mehr möglich ist, soll die Palliativpflege die Lebensqualität der sterbenden Person und ihrer Angehörigen erhalten oder verbessern. Diese Pflege wird unter Achtung der Würde und Berücksichtigung der Wünsche der betroffenen Person von einem multidisziplinären Team koordiniert. Palliativpflege kann im Krankenhaus oder beim Kranken zu Hause geleistet werden. In einer Patientenverfügung (directive anticipée) kann man vorzeitig festhalten, welche medizinischen Behandlungen man will, und welche nicht. Angehörige können einen fünfjährigen Sonderurlaub zur Sterbebegleitung beantragen.

## Freie Entscheidung

Das Gesetz vom 16. März 2009 über die aktive Sterbehilfe und die Beihilfe zur Selbsttötung bietet eine Möglichkeit zu sterben, wenn der Patient sein Leid als unerträglich empfindet. Das Gesetz bietet ihm die Möglichkeit, frei über sein Lebensende zu entscheiden, und sichert gleichzeitig die Ärzte ab, die sich bereit erklären, der Bitte um aktive Sterbehilfe oder um Beihilfe zur Selbsttötung stattzugeben.

## „Euthanasie: Neen! Palliativ: Jo!“

Auch die Gesellschaft ist in der Frage der aktiven Sterbehilfe gespalten. Kurz nach der ersten Abstimmung im Parlament formiert sich die Initiative „Action pour la vie et contre l'euthanasie“. Unter dem Motto „Euthanasie: Neen! – Palliativ: Jo!“ startet sie eine Unterschriftenaktion, die von mehreren tausend Bürgern unterschrieben wird. Ihre Hauptargumente: Mit dem Euthanasiegesetz wird das

Strenge gesetzliche Bestimmungen sorgen für eine entsprechende Transparenz und die Überwachung der medizinischen Maßnahmen.

Sterbehilfe wird im Sinne des Gesetzes als medizinische Maßnahme definiert, mit der ein Arzt dem Leben einer anderen Person auf deren ausdrücklichen und freiwilligen Wunsch hin absichtlich ein Ende setzt. Beihilfe zur Selbsttötung, für die die gleichen Bestimmungen gelten, besteht darin, einer anderen Person dabei zu helfen, sich das Leben zu nehmen, und zwar insbesondere dadurch, dass ihr die hierzu notwendigen Mittel bereitgestellt werden.

Bevor er Sterbehilfe oder Beihilfe zur Selbsttötung leistet, muss der Arzt alle formalen und verfahrenstechnischen Bedingungen erfüllen (z. B. mehrere Gespräche mit dem Patienten führen usw.). Er kann aus Gewissensgründen ablehnen, Sterbehilfe oder Beihilfe zur Selbsttötung zu leisten.

Der Patient muss sich infolge eines Unfalls oder einer Krankheit in einer vom medizinischen Standpunkt aus gesehen ausweglosen Lage befinden. Dabei ist es unerheblich, wodurch es zu diesem ausweglosen Gesundheitszustand kam. Die gesundheitlichen Probleme des Patienten können sich aus jeder schweren, unheilbaren und irreversiblen Erkrankung ergeben, die unerträgliches körperliches oder psychisches Leid mit sich bringt.

Man kann seinen Wunsch vorzeitig in einer Verfügung zum Lebensende (dispositions de fin de vie) schriftlich festhalten. Die Verfügungen müssen von der betroffenen Person schriftlich fest-

Tabu, nicht zu töten, gebrochen. Zudem werde aus den Ärzten eine Berufsgruppe gemacht, die auf Antrag per Gesetz den Tod herbeiführen darf. Die Vertreter der Initiative sind der Meinung, dass das Gesetz zur Palliativmedizin eine gesetzliche Regelung der aktiven Sterbehilfe überflüssig macht. Auch die Kirche meldet sich zu Wort. Der damalige Erzbischof Fernand Franck bezieht mehrfach klar Stellung gegen die Sterbehilfe.

gehalten, datiert und unterzeichnet werden. Eine nationale Kontroll- und Evaluierungskommission überprüft nachträglich, ob bei der vollzogenen Euthanasie die Voraussetzungen erfüllt waren.

## Die Kontrollkommission

Laut dem Bericht der nationalen Kontroll- und Evaluierungskommission aus dem Jahr 2016 sind zwischen 2009 und 2016 52 Anträge auf Sterbehilfe eingegangen. In vier Fällen war der Patient zwischen 40 und 59 Jahre alt, 32 Patienten waren zwischen 60 und 79 Jahre alt und 16 Patienten waren älter als 80 Jahre. Die meisten litten unter Krebs. Laut Gesetz muss die Kontrollkommission dem Parlament alle zwei Jahre einen Bericht vorlegen. Die Zahlen für die Jahre 2017-2018 werden demnächst veröffentlicht.

Lich steht fest: Artikel 34 der Verfassung soll im Hauruckverfahren abgeändert werden. In seiner damaligen Form schreibt die Passage vor, dass das Staatsoberhaupt die Gesetze billigt (sanctionner) und erlässt (promulguer). Und weil Großherzog Henri das Euthanasiegesetz aus Gewissensgründen nicht billigen kann, soll die Billigungsgewalt möglichst rasch aus der Verfassung gestrichen werden. Für viele Verfassungsrechtler ist dies ohnehin ein längst überfälliger Schritt.

Am Ende des Tages liegt zwar eine Lösung auf dem Tisch, doch die Zeitschiene ist mehr als eng: Für eine Änderung des Grundgesetzes bedarf es nicht nur einer Zweidrittelmehrheit im Parlament, es müssen auch drei Monate zwischen dem ersten und dem vorgeschriebenen zweiten Votum liegen. Auf der anderen Seite hat

der Staatschef nur drei Monate Zeit, um seine Unterschrift unter den Text zu setzen. Im Klartext bedeutet dies, dass die Verfassungsänderung noch vor der zweiten Abstimmung über das Euthanasiegesetz erfolgen muss. Zur Erinnerung: Während Regierung und Parlament um eine Lösung ringen, tobt zeitgleich im Hintergrund die Finanzkrise!

Am 11. Dezember stimmen die Abgeordneten ein erstes Mal über die Verfassungsänderung ab. Das zweite Votum kann also erst am 11. März 2009 erfolgen. Die Abstimmung über das Euthanasie- und das Palliativgesetz wird für den 18. Dezember anberaumt, Großherzog Henri muss also spätestens am 18. März 2009 unterschreiben.

Wie vorgesehen passiert die Verfassungsänderung das Parlament am 11. Dezember. Am 18. Dezember wird das Palliativgesetz einstimmig angenommen. Wie zu erwarten, stehen sich beim Gesetz zur Sterbehilfe beide Seiten erneut unversöhnlich gegenüber. Das Ergebnis fällt denkbar knapp aus: 31 Parlamentarier stimmen dafür, 26 dagegen, drei enthalten sich. Wie schon im Februar war auch diesmal der Fraktionszwang aufgehoben worden. Das Palliativ- wie auch das Euthanasiegesetz treten schließlich am 16. März 2009 in Kraft.

Das Votum strahlt allerdings über die beiden Gesetze hinaus: Es ist das erste Mal, dass sich die drei aktuellen Regierungsparteien DP, LSAP und Grüne gemeinsam gegen die CSV durchsetzen. Die Abstimmung nimmt die Dreierkoalition, die seit 2013 im Amt ist, gewissermaßen vorweg.

## Unterschiedliche Regelungen für Sterbehilfe in Europa

Aktive Sterbehilfe ja oder nein? Über diese Frage wird in Europa immer wieder heftig diskutiert. Die Gesetzeslage für die aktive Sterbehilfe ist in den einzelnen Ländern unterschiedlich.

### Deutschland

Aktive Sterbehilfe ist in Deutschland verboten. Auch die Beihilfe zum Suizid ist rechtswidrig. Im Gegensatz dazu sind die indirekte und die passive Sterbehilfe unter bestimmten, eng begrenzten Voraussetzungen straffrei.

Berücksichtigt werden müssen bei einer Entscheidung in puncto Sterbehilfe nicht nur mündliche oder schriftliche Äußerungen des Kranken, etwa in einer Patientenverfügung, auch religiöse Überzeugungen, persönliche Wertvorstellungen, die altersbedingte Lebenserwartung oder das Erleiden von Schmerzen spielen eine Rolle.

### Niederlande

Die Niederlande waren das erste Land weltweit, das aktive Sterbehilfe erlaubt hat. Im April 2001 wurde ein

Gesetz zur Legalisierung der aktiven Sterbehilfe von der ersten Kammer des niederländischen Parlaments verabschiedet. Seitdem ist die Sterbehilfe weitgehend freigegeben, sprich unter bestimmten Bedingungen straffrei. Sowohl die indirekte als auch die passive Sterbehilfe gelten als natürlicher Tod. Die Niederlande sind das erste EU-Land, das auch Kindern und Jugendlichen das Recht auf aktive Sterbehilfe gewährt.

#### **Frankreich**

Die aktive Sterbehilfe ist in Frankreich ein Straftatbestand. Auch die

Beihilfe zum Suizid, die als unterlassene Hilfeleistung und Vernachlässigung der Garantenpflicht gesehen wird, ist verboten. Jedoch dürfen die Ärzte einen unheilbar kranken Patienten „sterben lassen“, sein Leben aber nicht aktiv beenden. Das heißt, der Patient darf auf eigenen Wunsch schmerzstillende Mittel bekommen, auch wenn sein Tod dadurch möglicherweise beschleunigt wird.

#### **Belgien**

Auch Belgien gilt bei der Sterbehilfe als einer der Pioniere: Bereits 2002 wurde die aktive Sterbehilfe

für Erwachsene legalisiert. Voraussetzung ist, dass der Patient eine unheilbare Krankheit hat und unerträglich leidet.

#### **Schweiz**

Aktive Sterbehilfe ist in der Schweiz verboten und wird bestraft. Doch Sterbehilfeorganisationen wie Dignitas bieten erkrankten Menschen Beihilfe zum Suizid an. Der Staat nimmt die Beihilfe zur Selbsttötung hin, sie ist aber nicht ausdrücklich erlaubt. Laut Gesetz ist es strafbar, jemandem „aus selbstsüchtigen Beweggründen“ beim Suizid zu helfen – solange dem Helfer aber kein selbstsüchtiger Be-

weggrund vorzuwerfen ist, wird er nicht bestraft. Mediziner dürfen einem unheilbar Kranken eine tödliche Dosis eines Medikamentes besorgen, die er dann selbst einnehmen muss.

#### **Griechenland und Polen**

In Griechenland, wo die orthodoxe Kirche sehr einflussreich ist, gilt Sterbehilfe als Beleidigung Gottes und ist streng verboten. Auch Polen hat Sterbehilfe unter Strafe gestellt – wer gegen das Gesetz verstößt, nimmt bis zu fünf Jahre Gefängnis in Kauf. *chl*

## Die peinlichste Niederlage der deutschen Nationalmannschaft

Von Udo Muras



„Es darf kein Zweifel darüber bestehen, dass die Luxemburger Mannschaft einen verdienten Sieg errungen hat“, schrieb der Kicker damals. Am 26. März 1939 verlor Deutschland gegen den Fußballzerg.

Quelle: WELT / Christoph Hipp



**Vor 80 Jahren blamierte sich die deutsche Nationalelf bei einem Fußballzerg bis auf die Knochen. Der „Kicker“ nannte einen Spieler „Versager“. Die Niederlage kam jedoch durch Umstände zustande, die heute undenkbar wären.**

Jeder deutsche Fußballfan kennt sie, die Orte, die für Schmach und Schande stehen. Cordoba, Gijon, Tirana und neuerdings auch Kasan. Wenn die Nationalmannschaft aus großen Turnieren ausscheidet, ist das Wort von der Blamage schnell gesprochen.

Ebenso, wenn sie, wie 1967 in Albanien, ausnahmsweise mal eines verpasst. Fast schon egal, wie der Gegner heißt. Doch zeugt es von Arroganz und Unkenntnis, etwa Algerien (bei der WM 1982) oder Österreich (1978) als Fußballzerg zu bezeichnen. Gegen einen solchen hat Deutschland nur einmal verloren – am Dienstag vor 80 Jahren in Luxemburg.

Länderspiel 158 ist längst vergessen, und es gab einige mildernde Umstände, aber im Grunde ist es die peinlichste Niederlage in der Geschichte der Nationalmannschaft. „Die ganzen äußeren Umstände machen uns überhaupt etwas sprachlos, daß wir dieses Spiel, dieses überlegen geführte Spiel verloren haben“, schrieb die Berliner „Fußball-Woche“ zwei Tage danach, am 28. März 1939. In Zeiten, da sich das nationalsozialistische Deutschland anschickte, sich den Kontinent untertan zu machen – gerade erst hatte man sich das Sudetenland einverleibt –, passten Niederlagen nicht ins Weltbild der Machthaber und der gleichgeschalteten Presse.

Wobei: Ganz so gleichgeschaltet war sie auch wieder nicht, der „Kicker“ etwa attestierte den Luxemburgern streckenweise eine „ausgesprochene Überlegenheit“. Fazit des Fachblatts: „Es darf kein Zweifel darüber bestehen, daß die Luxemburger Mannschaft einen verdienten Sieg errungen hat.“

### „Elf hochklingende Namen“

Wie kam es zur Blamage von Differdingen? Um der Wahrheit die Ehre zu geben, es spielte nicht Deutschlands bestes Aufgebot. Zu den Merkwürdigkeiten jener Dekade zählte es, dass der DFB (damals umbenannt in „Fachamt Fußball im Reichsbund für Leibesübungen“) die seltenen Länderspieltermine nutzte, um zuweilen zwei Spiele an einem Tag auszutragen.

So hatte ein März-Länderspiel in Luxemburg für die zweite Garde schon Tradition. Wie 1937 (3:2) und 1938 (2:1) testete man Kandidaten für die erste Garnitur, die 1939 am selben Tag in Florenz spielte. Dort war auch Reichstrainer Sepp Herberger, den in Differdingen sein Assistent Emil Melcher vertrat. Die „Fußball-Woche“ sprach trotzdem von „elf hochklingenden Namen“, was zur damaligen Zeit seine Berechtigung gehabt haben mag.

Immerhin stand in Abwehrchef Reinhold Münzenberg ein Vertreter der mythischen Breslau-Elf im Team, aber es liefen sechs Debütanten auf. Für drei war das erste auch das letzte Länderspiel, was im Falle des Ulmer Mittelläufers Alfred Picard am wenigsten verwunderte. Ihm wäre noch rückwirkend zu wünschen, dass er keine Zeitung gelesen hat nach seinem fatalen Debüt. „Ein fast vollständiger Ausfall“ nannte ihn die „Fußball-Woche“, „ein Versager“ war er für den „Kicker“.

Die Ermittlung von Sündenböcken gehörte zu allen Zeiten zur obersten Journalistenpflicht, das Volk verlangte es. Wie kam es zur unerwarteten Niederlage gegen ein Land, das 1939 nur 300.000 Einwohner und 76 Fußballvereine hatte? In den Analysen finden sich Hinweise auf „fehlende Robustheit“ und „Unterschätzung des Gegners“, den Deutschland in der WM-Qualifikation 1934 noch 9:1 und bei Olympia 1936 in Berlin locker 9:0 weggefegt hatte.

Lag es an der freundlichen Aufnahme? Am Vorabend ging es ins Cabaret, am Spieltag zum Rathausempfang. Auf dem mit Schnee bedeckten Spielfeld war es mit der Freundschaft schnell vorbei. Dabei ging Deutschland nach 90 Sekunden durch einen Freistoß des Sachsen Erich Hänel vom BC Hartha in Führung. Alles lief programmgemäß für die Elf, aus der Herberger sich eine Olympiiauswahl basteln wollte. Helsinki erwartete die Völker der Welt 1940, die wegen des Kriegsausbruchs im September 1939 dann doch erst 1952 kamen.

In Luxemburg empfahlen sich ohnehin nur wenige für höhere Aufgaben. Einer von ihnen war der Torwart von Niedersachsenmeister VfL Osnabrück – Heinz Flotho. Der Debütant machte zahlreiche Chancen der nach dem Rückstand wütend anrennenden Luxemburger zunichte und war „der größte Gewinn von diesem Spiel“ („Kicker“). Den Ausgleich nach 18 Minuten konnte er nicht verhindern, der offizielle Torschütze hieß Mart, aber den letzten Kick gab dem Ball Ludwig Männer von Meister Hannover 96.

Besonders peinlich: Luxemburg glich in Unterzahl aus, Linksaußen Kemp war verletzt und kam erst nach der Pause wieder. Auswechslungen waren damals nicht erlaubt, selbst zehn Luxemburger waren trotzdem nicht zu bezwingen – und als sie nach etwa einer Stunde wieder komplett waren, bekamen sie Oberwasser.

### **Grober Klotz**

Zwar gingen sie ordentlich „auf die Knochen“, wie die „Fußball-Woche“ monierte, aber die rund 10.000 Zuschauer feierten sie. Die Deutschen versuchten, fast alles spielerisch zu lösen und „das Hauptgewicht auf die spielerische Überlegenheit zu legen“. Statt „auch einmal auf einen groben Klotz einen groben Keil zu setzen.“

Das durfte auch der Ulmer Picard auf sich beziehen, der sich mit allzu zaghaftem Einsatz in der 87. Minute den Ball abjagen ließ, den Mart aus 20 Metern eindrosch. Fertig war die Sensation, und „das Stadion war vor Freude toll“ („Kicker“). Das große Strafgericht blieb den Verlierern erspart, hatte doch die erste Garnitur beim amtierenden Weltmeister Italien am selben Tag ein mehr als respektables 2:3 errungen. So fiel die bis heute einzige Pleite gegen Luxemburg, der zwölf Siege gegenüberstehen, allmählich der Vergessenheit anheim.